

Bürgerstiftungsschelte - Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen: eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal / Baden-Württemberg

Barth, Annette

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Barth, A. (2012). *Bürgerstiftungsschelte - Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen: eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal / Baden-Württemberg*. (Opuscula, 53). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-308367>

Nutzungsbedingungen:

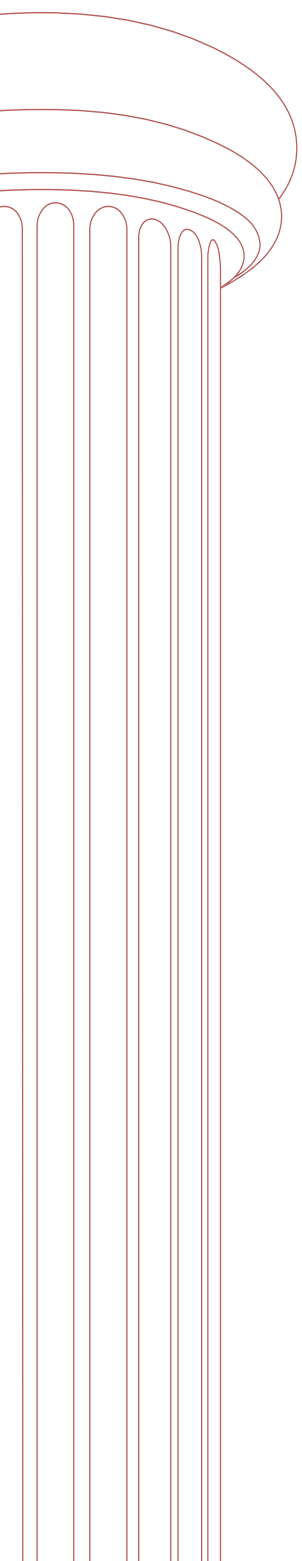
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Annette Barth

**Bürgerstiftungsschelte.
Anspruch und Wirklichkeit von
Bürgerstiftungen.**

Eine Fallstudie am Beispiel der Region
Vorderes Fließtal / Baden-Württemberg

Die Autorin

Annette Barth hat bis 2005 an den Universitäten Freiburg und Wien Volkskunde/ Europäische Ethnologie, Geschichte und Politikwissenschaft studiert. Im Jahr 2011 hat sie das berufsbegleitende Aufbaustudium „Nonprofit-Management and Governance“ an der Universität Münster mit dem Master of Nonprofit-Administration (MNA) abgeschlossen. Die Fallstudie, die dem nachstehenden Text zugrunde liegt, war Ausgangspunkt für ihre Masterarbeit zum Thema „Bürgerstiftung oder Bürgermeisterstiftung? Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerstiftungen als Governance-Modell“.

Die Autorin arbeitet seit 2006 für eine Vereinsstiftung in Heimdorf und gehört seit 2011 auch deren Vorstand an. Sie ist ehrenamtlich tätiges Mitglied in mehreren gemeinnützigen Organisationen.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: <http://www.maecenata.eu/institut>

Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:
<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber: MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,
Wilhelmstrasse 67, 10117 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,
E-Mail: mi@maecenata.eu,
Website: www.maecenata.eu

Redaktion Rupert Graf Strachwitz, Christian Schreier

ISSN (Web) 1868-1840

URN: [urn:nbn:de:0243-012012op532](http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0243-012012op532)

Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/de/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Die Region Vorderes Fließtal	8
2.1	Lage, Wirtschaft, Kultur.....	8
2.2	Politische Kultur und Dritter Sektor	9
2.3	Bürgerstiftungen im Vorderen Fließtal	11
3	Ansprüche an Bürgerstiftungen	13
3.1	Behauptung: Bürgerstiftungen sind gemeinnützige Stiftungen des bürgerlichen Rechts ..	15
3.2	Behauptung: Stiftungshandeln ist selbstlos.....	17
3.3	Behauptung: Bürgerstiftungen sind unabhängig, basisdemokratisch und egalitär	20
3.4	Behauptung: Bürgerstiftungen sind neuartig, innovativ und bedarfsorientiert	28
3.5	Behauptung: Bürgerstiftungen sind zentrale Akteure im örtlichen Dritten Sektor	33
3.6	Behauptung: Bürgerstiftungen können Staatsaufgaben übernehmen.....	40
4	Fazit und Ausblick.....	43
5	Literaturverzeichnis.....	49
	Anhang	

1 Einleitung

Stiftungen haben in Deutschland in den letzten Jahren eine steile Karriere durchlaufen, sowohl, was die Menge ihrer Neugründungen anbelangt, als auch hinsichtlich ihres Rufs. Ihr Image war bis vor kurzem schlecht; sie galten als elitäre, intransparente Gegenöffentlichkeit, die die Bedürfnisse einer verschwindenden Minderheit bedienten.¹ In jüngster Zeit häufen sich hingegen Einschätzungen, die vom Gegenteil ausgehen. Insbesondere Bürgerstiftungen gelten nun als tragende Säulen einer aktiven Bürgergesellschaft. Sie werden im Kontext der Zivilgesellschafts-Debatte als Teil einer gesellschaftspolitischen Reformbewegung behandelt.² Privatpersonen, Politiker und Unternehmer feiern sie als „unternehmerisch-gemeinnützige und zivilgesellschaftliche Elemente einer flexibel gestalteten, modernisierten Gesellschaft, in der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zum Teil neu verteilt werden und die generell eine Reduktion staatlichen Wirkens bei gleichzeitiger Ausweitung individuellen Engagements befürworten.“³

Gemeinsam mit der Zahl der Stiftungsgründungen wächst auch die Menge wissenschaftlicher Literatur vor allem über das nicht mehr ganz junge Phänomen der Bürgerstiftungen. Vor allem Zimmer⁴ und Strachwitz⁵ haben sich um die allgemeine Dritte-Sektor-Forschung verdient gemacht. Vogt⁶ setzt mit ihrer umfassenden empirischen Arbeit Maßstäbe, wie das Wesen von Bürgerstiftungen aus der Praxis heraus zu erfassen sein kann.

Neben solchen Arbeiten, die den Anschluss an universitäre Disziplinen und Diskurse finden, ist in den letzten Jahren aber auch eine Fülle grauer Literatur zum Thema Bürgerstiftungen veröffentlicht worden, die dem großen öffentlichen Interesse an dem Thema geschuldet ist. Zahlreiche *Support*-Organisationen wie der Bundesverband deutscher Stifter⁷, die Bertelsmann-Stiftung⁸ oder die Aktive Bürgerschaft e.V.⁹ nehmen sich des Themas ebenso

¹ Vgl. zu dieser Einschätzung v.a. Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): *Stiftungen. Nutzen, fördern und einrichten. Ein Handbuch.* Frankfurt/ Main 1994. S. 14.

² Vgl. Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft.* Opladen 2002.

³ Anheier, Helmut K.: *Stiftungen. Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft.* Gütersloh 2000. S. 10.

⁴ Überblicksartig etwa Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard: *Der Dritte Sektor in Deutschland. Wachstum und Wandel*, in: *Gegenwartskunde*, Jg. 50/ Heft 1. S. 121 – 147.

⁵ Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): *Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen.* Berlin 2005.

⁶ Vogt, Ludgera: *Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements.* Frankfurt/ New York 2005.

⁷ Vgl. v.a. die online-Publikationen der Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes deutscher Stiftungen auf [<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/>] vom 31.1.2011.

⁸ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründe, Aufbau, Projekte.* Gütersloh 1998.

⁹ Vgl. deren reiches online-Angebot von Materialien auf [<http://www.aktive-buergerschaft.de/>] vom 31.1.2011.

an wie management-orientierte Fachblätter aus dem *Nonprofit*-Bereich¹⁰, namhafte Finanz- und Kreditinstitute¹¹, Vertreter der Städte und Gemeinden¹² u.v.m. Viele dieser Publikationen verfolgen einen praxeologischen oder zumindest stark praxisorientierten Ansatz. So liefern etwa die Autoren aus dem Band von Nährlich¹³ wertvolle Anhaltspunkte für die Einordnung des Phänomens Bürgerstiftungen in Deutschland auf der Basis empirischer Erkenntnisse.

Für die Beförderung des Bürgerstiftungsgedankens in Deutschland äußerst förderlich, aus wissenschaftlicher Sicht aber zumindest fragwürdig, ist die starke normative Komponente, die in zahlreichen Publikationen mitschwingt. Vor allem (Kommunal-) Politiker scheinen in dem Konzept Bürgerstiftung ein neues Wundermittel der Kommunalpolitik zu sehen. Für die Unterstützung von Bürgerstiftungen werden regelmäßig große Worte verwendet, die von Demokratie, Werten und Bürgersinn handeln. Exemplarisch und aufgrund seiner räumlichen Nähe zum Untersuchungsraum der Fallstudie sei hier der Oberbürgermeister von Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, aus seinem Vorwort in einer Publikation des Initiativkreises Stuttgarter Stiftungen (ISS) zitiert. Dem ISS gehören auch einige der in der Fallstudie untersuchten Fließtälere Bürgerstiftungen an.

„Diese bürgerschaftliche Bewegung ist Ausdruck eines gelebten Wertesystems, in dem gegenseitige Verantwortung selbstverständlich ist und Rechte wie Pflichten als die beiden Seiten derselben Medaille empfunden werden. Wir erleben eine Renaissance bürgerschaftlichen Bewusstseins, welches Theodor Heuss, erster Bundespräsident und Stuttgarter Ehrenbürger, mit dem Anspruch auf andauernde Gültigkeit formulierte: `Die Demokratie als Gesinnungskraft und Lebensform lebt von den vielen Freiwilligkeiten der Bürger.‘“¹⁴

Schuster zieht keinen geringeren als den aus der Region stammenden Altbundespräsidenten Heuss als Vorbild heran. Er besitzt einen hohen Bekanntheitsgrad in Stuttgart und Umgebung und stellt daher eine wirkmächtige Identifikationsfigur dar. Auf Bundesebene setzte sich insbesondere Ursula von der Leyen in ihrer Ägide als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stark für die Bewegung ein. Sie formulierte wörtlich: „Die Bundesregierung fördert deshalb die Initiative Bürgerstiftungen und stärkt damit die

¹⁰ Walkenhorst, Peter: Erfolge und Herausforderungen. Zehn Jahre Bürgerstiftungen in Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Stiftung und Sponsoring Heft 1/ 2007. S. 22 – 23.

¹¹ Bundesverband deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Hrsg.): BankInformation. MitStiften! Mit Geld, Zeit, Ideen. Heft 4/ 2011. Berlin 2011, vgl. auch auf [http://issuu.com/aktivebuergerschaft/docs/bvr_bi_sonderausgabe_buergerstiftungen_2011_gross/2?mode=a_p] vom 29.4.2011.

¹² Bock, Irmtraud u.a. (Hrsg.): Gemeinden und Stiftungen. Studie zur Gründung von Stiftungen auf kommunaler Ebene zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und öffentlicher Zwecke (Schriftenreihe des Gemeindetags Baden-Württemberg, Bd. 8). Stuttgart 2006.

¹³ Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005.

¹⁴ Schuster, Wolfgang: Grußwort zur Neuauflage, in: ISS (Hrsg.): Den Stein ins Rollen bringen. Stiften und Stiftungen rund um Stuttgart. Stuttgart 2005. S. 10 – 11. S. 10.

Zivilgesellschaft in Deutschland.“¹⁵ Es ist überdeutlich: (Bürger-) Stiftungen sind politisch gewollt.¹⁶ Sie gelten in einem *governance*-zentrierten Regierungsstil als geeignete Akteure der Politik- und Gesellschaftsgestaltung.¹⁷

Die Frage, die sich aus den zitierten Hoffnungen und Imperativen ergibt, lautet simpel formuliert: Was ist dran? Werden Bürgerstiftungen den Anforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht? Welche Anforderungen sind das genau? Die Bürgerstiftungen der Städte Hannover und Gütersloh feierten unlängst ihr 15jähriges Bestehen und viele weitere Bürgerstiftungen können ebenfalls bereits auf eine ganze Dekade gemeinnützigen Schaffens zurückblicken. Die Arbeit unternimmt also eine längst fällige Bestandsaufnahme, die im Tonfall bewusst provokant daherkommt. Sie stellt in Frage, was in den oben zitierten Sonntagsreden als Selbstverständlichkeit behauptet wird und legt bewusst ihr Augenmerk auf die Schwächen, die das Konzept in der Praxis offenbart.¹⁸ Es geht bei der vorliegenden Bürgerstiftungsschelte also nicht in erster Linie darum, das Konzept an sich oder gar seine Unterstützer anzuschwärzen. Allerdings soll der bisweilen recht unkritische, unreflektierte Umgang damit herausgearbeitet werden. Derzeit genießen Bürgerstiftungen noch einen hohen Vertrauensvorschuss, der in erheblichem Maße zum Gelingen und Funktionieren von *Nonprofit*-Organisationen beiträgt.¹⁹ Verspielen sie diesen Bonus, droht nach dem Boom die große Ernüchterung und nichts wäre gewonnen. Trotz der Negativschlagseite der Arbeit versteht sich dieselbe also durchaus auch als konstruktiver Beitrag zur Förderung eines Dritten Sektors, der sich seiner Stärken und Schwächen, Möglichkeiten und Grenzen bewusst ist und sich dem entsprechend verhält.

Die Arbeit beschreibt die Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen hauptsächlich anhand einer Fallstudie, die im Zeitraum von etwa einem

¹⁵ Ursula von der Leyen, ehem. Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=120092.html> vom 29.4.2011.

¹⁶ Vgl. Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002.

¹⁷ „Der Begriff Governance reflektiert den Umstand, dass Regelung, Koordination und Produktion öffentlicher Leistungen in einer komplexen, dynamischen und ausdifferenzierten Gesellschaft nicht (mehr) allein innerhalb staatlicher Instanzen zu verorten sind. Stattdessen münden wechselseitige Abhängigkeiten darin, dass Government im Sinne einer hierarchischen staatlichen Regulierung durch interaktive Aufgabenformulierung und ~umsetzung abgelöst wird. Diese überschreiten die bisherigen Grenzen von Markt, Gesellschaft und Staat.“ Sack, Detlef: Governance und Politics. Die Institutionalisierung öffentlich-privater Partnerschaften in Deutschland (Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 15) Baden-Baden 2009. S. 14.

¹⁸ Damit unterscheidet sie sich von der in der Regel mehr als wohlwollend ausgerichteten Gattung der „Bestandsaufnahme-Literatur“, wie etwa Walkenhorst, Peter: Erfolge und Herausforderungen. Zehn Jahre Bürgerstiftungen in Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Stiftung und Sponsoring Heft 1/ 2007. S. 22 – 23.

¹⁹ Vgl. insbesondere die sog. *trust-related theories* von Hansmann; vgl. dazu Salamon, Lester M./ Anheier, Helmut K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch, in: Dieselben u.a. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin 1998. S. 211 – 247. S. 221ff.

Jahr in der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg durchgeführt wurde.²⁰ Die Region eignet sich wegen ihrer klar definierbaren geografischen Lage und einem deutlichen kulturellen Regionalbewusstsein als Untersuchungsobjekt. Überdies hat die Autorin in der Region ihren Arbeitsplatz in einer *Nonprofit*-Organisation. Sie beobachtet den Dritten Sektor der Region seit über fünf Jahren und hat das Entstehen und Wachsen der Bürgerstiftungen im Feld begleitet.²¹ Sie hat an Veranstaltungen teilgenommen, lokale Medien ausgewertet und 13 Expertengespräche als teilstandardisierte Leitfadeninterviews geführt.²² Bei der Auswertung der Gespräche wird nach dem Typischen – nicht Gesetzmäßigen – gesucht, das in jedem Fall das Interessante und Auffällige ist und daher stets vor dem Hintergrund der Subjektivität des Forschers bewertet wird.²³

Zur Beantwortung der Fragestellung stellt die Autorin der vorliegenden Arbeit zunächst die Region Fließtal und die dortige Bürgerstiftungslandschaft vor. Sie untersucht danach kritisch die Anforderungen, die Bürgerstiftungen selbst sowie namhafte *Support*-Organisationen an die örtlichen Bürgerstiftungen stellen. Anhand der Fallstudie kann exemplarisch für das Vorderes Fließtal gezeigt werden, dass Anspruch und Wirklichkeit mitunter gravierend auseinanderfallen. Im Schlussteil werden die Ergebnisse zusammengefasst und Hinweise abgeleitet, wie die Diskrepanz möglicherweise überwunden werden kann.

²⁰ Maßgeblicher Zeitraum: Januar bis November 2010. Im Stil einer teilnehmenden Beobachtung führte die Verfasserin aufgrund ihres Berufes ihre Beobachtungen im Feld aber bis heute weiter. Sie unternimmt weiterhin stichprobenhafte, nicht-repräsentative Gespräche im Vorderen Fließtal, Großraum Stuttgart und andernorts. Die mittlerweile schon etwas zurück liegende Fallstudie wurde in der Zwischenzeit in ihren Annahmen nur bestätigt.

²¹ Vgl. zur Methode der teilnehmenden Beobachtung v. Hirschauer, Stefan/ Ammann, Klaus (Hrsg.): Die Befremdung der eigenen Kultur. Zur ethnografischen Herausforderung soziologischer Empirie. Frankfurt/ Main 1997.

²² Aus jeder Bürgerstiftung mindestens ein Gremienmitglied, darüber hinaus fanden Gespräche statt mit einem Bürgermeister ohne Bürgerstiftung, Mitgliedern von lokalen Vereinen und Organisationen, die nichts mit der jeweiligen Bürgerstiftung zu tun haben, mit Zustiftern, Mittelempfängern und dem Vorstand der Volksbank Fließ, bzw. Stuttgart eG.

Bei der Wiedergabe von Zitaten wurde der besseren Lesbarkeit stets ein geglätteter Ausdruck verwendet. Alle Orte und auch die Namen der Gesprächspartner wurden für die Arbeit mit Pseudonymen verschlüsselt. Alle Interviewpartner stimmten der Bitte der Autorin zu, ihre Aussagen für die vorliegende Arbeit verwenden zu dürfen. Die Autorin weist ausdrücklich darauf hin, dass die Weiterverwendung ihrer Aussagen nicht erlaubt ist. Der Anhang der Arbeit enthält den Gesprächsleitfaden und eine kurze Charakterisierung der Interviewpartner.

Überdies wurde der besseren Lesbarkeit halber weitgehend auf *gendering* verzichtet. Soweit es für das Textverständnis nicht unerlässlich ist, wurde die männliche Form von Substantiven verwendet.

²³ Vgl. zur Erkenntnisoffenheit des Feldforschers v. Thimm, Elisabeth: Eine missachtete Bedeutung oder Das Skript im Kopf der Forscherin, in: Eisch, Katharina – Hamm, Marion (Hrsg.): Die Poesie des Feldes. Beiträge zur ethnografischen Kulturanalyse (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 62). Tübingen 1984. S. 81 – 92.

2 Die Region Vorderes Fließtal

Für das Verständnis der Bürgerstiftungen im Fließtal, ihrer Akteure, deren Motive und ihres Stiftungshandelns ist die Kenntnis der Region in ihrer Besonderheit wichtig. Zunächst werden also einige Umweltbedingungen, wie Wirtschaft und politische Kultur der Region vorgestellt.²⁴

2.1 Lage, Wirtschaft, Kultur

Das Fließtal liegt im zentralen Nordosten des Bundeslandes Baden-Württemberg und zieht sich entlang des Flusses Fließ durch drei Landkreise. Es wird im Westen begrenzt durch den Neckar, bzw. die Landeshauptstadt Stuttgart und im Osten durch die Ausläufer der Schwäbischen Alb. Im Folgenden interessiert nur der westliche Teil der Region mit den Kommunen, die unmittelbar an der Fließ bzw. der Bahnlinie liegen. Das hier gewählte Untersuchungsgebiet Vorderes Fließtal umfasst also insgesamt neun Kommunen, namentlich die Städte Staufingen, Weinbach, Fünfstadt und Heimdorf sowie die Gemeinden Steinen, Fließhalden, Fließenbach, Stückach und Schülerhausen. In diesem Teil des Kreises liegt der Siedlungsschwerpunkt mit vier von sechs Großen Kreisstädten. Die Region ist mit Bundesstraße, Nah- und Regionalbahn gut angebunden an die Landeshauptstadt Stuttgart, d.h. Innenstadt, Flughafen und Messe. Die verkehrsgünstige Lage nahe einer wirtschaftsstarken Landeshauptstadt, die auch kulturell einiges zu bieten hat, ist ein Hauptmerkmal der Region. Allerdings besitzt das Fließtal selbst genug kleinere und größere mittelständische Unternehmen sowie einige Weltmarktführer vor allem im Bereich Maschinenbau (u.a. Bosch, Stiehl und Kärcher), um selbstbewusst neben Stuttgart zu existieren. Die Region gehört zu den dicht besiedeltsten und wohlhabendsten der Republik.²⁵

Das regionale Tourismusmanagement bewirbt die reizvolle Landschaft, überschaubare Ortschaften mit Fachwerkbauten und einwandfreier Infrastruktur inmitten von Weinbau und Streuobstwiesen. Die Bewohner sind zudem stolz auf ihre reiche historische Vergangenheit. Als Heimat von Staufer- und Salierkönigen bezeichnet sich die Region als „Wiege Württembergs“. Zahlreiche historische Persönlichkeiten lebten oder wirkten vor Ort, einer der bekanntesten ist der in Heimdorf geborene Gottlieb Daimler.²⁶

²⁴ Vgl. auch den Anhang der Arbeit.

²⁵ Vgl. zu aktuellen Zahlen und Fakten über den Fließ-Murr-Kreis v.a. [http://www.Fließ-murr-kreis.de/2347_DEU_WWW.php] vom 16.6.2010.

²⁶ Vgl. zu Informationen über Land und Leute besonders den lokalen Tourismusverband Fließtal-Route unter [<http://www.Fließtal-route.de/Land-amp-Leute.392.0.html>] vom 18.6.2010.

2.2 Politische Kultur und Dritter Sektor

Im süddeutschen Verfassungssystem werden sowohl der Rat als auch der (Ober-) Bürgermeister direkt gewählt. Kommunale Entscheidungen werden durch diese beiden Organe getroffen. Der Gemeinderat ist lt. § 24 Abs. 1 Satz 1 der baden-württembergischen Gemeindeordnung das Hauptorgan der Gemeinde.²⁷ Das Votum der Bürgerschaft hat also traditionell einen hohen Stellenwert in der Lokalpolitik. Die Einbindung der Bürger, namentlich der männlichen Hausväter, geht bis in die Selbstverwaltungsordnung baden-württembergischer Kommunen im späten 18. Jahrhundert zurück.²⁸ Der heutige Gemeindeliberalismus gilt als Instrument der Politisierung und zählt in seiner frühen Form zu den ältesten Traditionslinien des Engagements und der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland überhaupt.²⁹

Der Hauptakteur ist aber in der kommunalen Wirklichkeit meist der (Ober-) Bürgermeister. Seine Kompetenzen bündeln drei Führungsfunktionen in einem Amt und einer Person: Er ist gleichzeitig stimmberechtigter Vorsitzender des Rats und aller seiner Ausschüsse, Repräsentant und Rechtsvertreter der Kommune und Oberhaupt der auf ihn zugeschnittenen Verwaltung. Laut Wehling bietet diese Konstruktion einen Anreiz für besonders starke und durchsetzungsfähige Persönlichkeiten.³⁰ Das zeigt sich in der Tatsache, dass sich Kandidaten ohne Parteienvorschlag direkt für das Amt bewerben können. Noch mehr Einfluss gewinnt der baden-württembergische Bürgermeister, weil er im Gegensatz zu den nebenberuflichen Gemeinderäten ein Polit-Profi ist. Wenn ein so einflussreicher Bürgermeister in einer der südwestdeutschen Kommunen seine Möglichkeiten voll auszuschöpfen weiß, kann er zu einem „kleinen Herrgötte“³¹ werden. Vor allem in kleineren Kommunen, wie zB. den untersuchten Städten und Gemeinden im Vorderen Fließtal, spielen

²⁷ Gemeindeordnung für Baden-Württemberg, §§ 20f auf [<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+BW+Inhaltsverzeichnis&psml=bsbawueprod.psml&max=true>] vom 31.1.2011.

²⁸ Vgl. Prüve, Ralf: Stadtgemeindlicher Republikanismus und die „Macht des Volkes“. Civile Ordnungsformationen und kommunale Leitbilder politischer Partizipation in den Deutschen Staaten vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000. S. 23ff.

²⁹ Vgl. die Angaben der AB auf [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/basisinformationen/entwicklung_und_diskurs/deutsche_traditionen] vom 31.1.2011 und den dortigen Literaturverweis auf Sachse, Christoph: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements, in: Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002. S. 23-28.

³⁰ Vgl. auch für die folgende Ausführung Wehling, Hans-Georg: Artikel „Süddeutsche Ratsverfassung“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Unterschiedliche Verfassungsmodelle (Informationen zur politischen Bildung, Bd. 242), auf [http://www.bpb.de/publikationen/MYGRXS,4,0,Unterschiedliche_Verfassungsmodelle.html#index] vom 31.1.2011.

³¹ Die Verniedlichung des „kleinen Gottes“ schuf der Tübinger Staatsrechtler Günter Püttner, zitiert nach Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Baden-Württemberg. Kleine politische Landeskunde. Stuttgart 1999, auf [<http://www.lpb-bw.de/publikationen/politischelandeskunde/99/ratsverfassung.gif&imgrefurl>] vom 31.1.2011.

seine Popularität und sein persönlicher Bekanntheitsgrad eine große Rolle. Sein Verhältnis zur Partei bleibt vielfach instrumentell; auf parteipolitische Konflikte wird er sich nicht einlassen, um als Bürgermeister aller Bürgerinnen und Bürger agieren zu können.

Der selbstbewusste Einsatz der Bürger für ihre Stadt oder Gemeinde und die zentrale Position des Bürgermeisters münden im Fließtal in eine besondere politische Kultur, die sogenannte Fließtalpolitik.³² Der Begriff Fließtalpolitik wertete in den 1950er Jahren zunächst die Ablehnung der Deutschlandverträge durch einen Staufinger Bundestagsabgeordneten als provinziell ab. Der aus Heimdorf stammende Bundestagsabgeordnete und ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Reinhold Maier wandte den Begriff aber alsbald ins Positive und übertrug ihn als regionalspezifischen Politikstil auf die Landes- und Kommunalpolitik. Seither bezeichnet Fließtalpolitik eine Spielart des politischen Liberalismus, die sich abgrenzt vom hierarchisch strukturierten Konservatismus oder egalitären Sozialismus.

Sie besitzt eine bürgerliche, eine soziale und eine freiheitliche Komponente: Sie ist erstens bürgerlich im Sinne der beschriebenen Gemeindeordnung und Ratsverfassung des 19. Jahrhunderts. Demzufolge gewährt nicht der Staat dem Bürger seine Freiheiten, sondern die Bürger billigen dem Staat sein Regelungsrecht zu. Sie ist zweitens sozial, weil sie in der protestantisch-pietistischen Tradition der selbstverantwortlichen Schaffung von Eigenkapital, Eigenverantwortung und selbstbestimmtem Leben steht. Der moralische Imperativ schließt aber ausdrücklich eine unternehmerische Komponente mit ein. Deutlichen Niederschlag findet diese Haltung in den zahlreichen genossenschaftlichen Organisationen, die individuelle Interessen zu gemeinschaftlichem wirtschaftlichem Vorteil bündeln, wie es z.B. die Weinbaugenossenschaften oder Volks- und Raiffeisenbanken tun. Sie ist drittens freiheitlich, weil sie den Eigenwillen der politischen Akteure fordert; Fraktionsdisziplin und Gruppenzwang sind verpönt. Ein pragmatischer Politikstil à la Fließtalpolitik bewertet Politiker und ihre Handlungen *output-orientiert* nach dem Resultat für das Wohl der Kommune.

Jede Kommune im Fließtal verfügt über zahlreiche Drittsektororganisationen, angefangen beim obligatorischen Sportverein, von dem es in einigen Städten gleich mehrere gibt, über Fördervereine für Schulen und Kindergärten, bis hin zum weit verzweigten Netz der Wohlfahrts- und Pflegeeinrichtungen und Werkstätten der Diakonie Stetten³³. Laut Stifterverzeichnis des Regierungspräsidiums Stuttgart sind im gesamten Fließ-Murr-Kreis

³² Vgl. Brehmer, Jörg/ Moersch, Karl: Fließtalpolitik (Schriftenreihe der Reinhold-Maier-Stiftung, Bd. 31). Stuttgart 2004.

³³ Allein im Fließ-Murr-Kreis ist die Diakonie Stetten an 55 Standorten vertreten. Vgl. die Seite [<http://www.stetten.de/Zahlen-Fakten.12.0.html>] vom 17.6.2010.

derzeit nicht weniger als 80 rechtsfähige Stiftungen verzeichnet³⁴, davon nach eigenen Zählungen allein in den neun Kommunen des Vorderen Fließtals mit 27 Stiftungen etwa ein Drittel. Die kulturelle Prägung hat im Fließtal also offensichtlich einen Menschenschlag geformt, der als „Aktiv-Bürger“³⁵ bezeichnet werden kann. Er beschreibt Bürger, für die das Engagement in einem Verein, Ehrenamt oder in einer Initiative aufgrund ihrer Sozialisation und Enkulturation selbstverständlich ist.³⁶ Dabei schwingt bei der Frage nach dem spezifisch Bürgerschaftlichen dieser Engagementform stets die politische Dimension mit. Der Begriff beschreibt die „Solidarität fürs Gemeinwohl“³⁷, impliziert die Identifikation mit und Partizipation an der Kommune. Diese „aktive Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben [...] zur positiven Entwicklung des Gemeinwesens“³⁸ ist also mehr als im privaten Umfeld einem Hobby im Verein zu frönen.³⁹ Die Tradition der politischen Kultur des Fließtals hat genau dieses bürgerschaftliche Engagement für die Kommune in der Region verankert. Neben Großorganisationen wie Kirchen oder Parteien waren es hier immer die einzelnen Bürger, die in ihrem unmittelbaren persönlichen Umfeld Engagement und Partizipation einforderten und umsetzten.

2.3 Bürgerstiftungen im Vorderen Fließtal

Bürgerstiftungen machen im Dritten Sektor des Fließtals eine junge Spezies aus. Der erste Überblick über einige Eckdaten zeigt eine homogene Gruppe von Bürgerstiftungen im untersuchten Raum. Acht der neun Kommunen des gesamten Fließtals verfügen mittlerweile

³⁴ Lt. telefonischer Auskunft des RP Stuttgart, Referat 14 vom 15.6.2010 eine „Circa-Angabe“, vgl. zum Stand 31.8.2008 das Zahlenmaterial unter [<http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1062854/index.html>] vom 15.6.2010.

³⁵ Der Begriff bezeichnet im Folgenden nicht den Aktivbürger, der das aktive Wahlrecht der BRD besitzt und daher eine Art Verfassungsorgan ist, sondern meint „Bürger, die das politische Geschehen dauerhaft aktiv mitbestimmen wollen und auch können.“ Vgl. zu dieser Definition Detjen, Joachim: Leitbilder der Demokratie-Erziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Bürger – Aktivbürger auf

[http://www.bpb.de/veranstaltungen/P9KG4D,0,Leitbilder_der_DemokratieErziehung%3A_Reflektierte_Zuschauer_%96_interventionsf%20E4hige_B%FCrger_%96_Aktiv%FCrger.html] vom 31.1.2011.

³⁶ Die große Rolle der Stifterkultur und der Erziehung zum Ehrenamt zeigt sich bei Zimmer u.a.: Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen. Bürgerschaftliches Engagement und Management. Münster 2005.

Die überwiegende Mehrheit der Gremienmitglieder in den untersuchten Bürgerstiftungen übt bereits ein oder mehr Ehrenämter aus, ist bereits in einem oder mehreren Vereinen tätig, kann also als Aktiv-Bürger bezeichnet werden. Die größte Ämterhäufung von elf Beteiligungen wurde bei einem Stiftungsratsmitglied aus Fünfstadt festgestellt, der für die vorliegende Studie zwar nicht befragt wurde, aber auf seiner *Homepage* Auskunft gibt: [<http://familie-hucke.de/Theo%20Bachteler.htm>] vom 31.1.2011.

³⁷ Staufinger Satzung, vgl. [<http://www.Staufingen.de/sixcms/detail.php?id=14773>] vom 17.6.2010.

³⁸ Weinbacher Satzung, vgl. [http://213.23.113.117/buergerstiftung/cms/front_content.php?idcat=96] vom 4.4.2011.

³⁹ Obwohl Vertreter der demokratietheoretischen *Nonprofit*-Forschung zurecht in allen Formen des Vereinswesens positive Wirkungen für die *Civil Society* erkennen. Vgl. dazu Strachwitz, Rupert Graf: Plädoyer für eine Zivilgesellschaftspolitik, in: Bucerius Law School (HRsg.): npoR Heft 1/ 2009. S. 2 – 9.

über eine Bürgerstiftung. Das ist eine beachtliche Dichte, die dem allgemeinen Trend in Baden-Württemberg entspricht. Von den derzeit rund 250 Bürgerstiftungen in ganz Deutschland haben 46 ihren Sitz in Baden-Württemberg. Das ist nach Nordrhein-Westfalen absolute Spitze im Bundesvergleich.⁴⁰

Befragt wurden Repräsentanten von sechs Bürgerstiftungen im Vorderen Fließtal, namentlich der Städte Weinbach, Staufingen und Heimdorf und Fünfstadt, sowie der Gemeinden Steinen und Schülerhausen. Ergänzend eingeholt wurden Informationen über die Fließenbacher Bank-Stiftung, die ebenfalls zur untersuchten Region gehört. Sie widmet sich zwar ausschließlich lokalen Belangen, ist aber eine reine Unternehmensstiftung und nimmt insofern eine Sonderstellung ein. Die Gemeinde Stückach hatte im engeren Untersuchungszeitraum noch keine Bürgerstiftung.⁴¹

Gemeinsam ist allen untersuchten Bürgerstiftungen zunächst ihr junges Alter. Die Gründungsdaten liegen im Zeitraum zwischen 2004 (Staufingen) und 2010 (Stückach). Die Höhe der Stiftungsvermögen variiert ebenfalls nicht sehr stark.⁴² Der Bundesdurchschnitt des Stiftungsvermögens betrug 2009 rund 510.600 €. ⁴³ Weinbach übertrifft das Mittelmaß mit ca. 605.900 € Kapitalvermögen bei rund 44.400 Einwohnern, gefolgt von Heimdorf mit einem Grundstockvermögen von 401.800 € bei nur 39.400 Einwohnern. Gemessen an der Größe der Stadt steht Staufingen mit 165.100 € bei rund 52.800 Einwohnern am schlechtesten da.

Hinsichtlich der Mittelvergabe ähneln sich die jungen Bürgerstiftungen ebenfalls stark. Die für Bürgerstiftungen charakteristische Vielfalt der Zwecke sticht auf der Tabelle im Anhang sofort ins Auge. Insbesondere in Heimdorf und Schülerhausen fällt die große Bandbreite der Förderzwecke auf. Dagegen nimmt sich Staufingen geradezu bescheiden aus. Zum Vergleich ist in der Tabelle auch die Fließenbacher Bank Stiftung mit aufgeführt. Es wird deutlich, dass auch sie sich der Kommune verpflichtet fühlt und neben vielem anderen auch Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement fördern möchte. Sie führt sogar, im Gegensatz zu den meisten anderen, die Förderung mildtätiger und kirchlicher Zwecke an und ist insofern noch vielfältiger aufgestellt als einige der zum Vergleich herangezogenen Bürgerstiftungen.

⁴⁰ Bundesverband deutscher Stiftungen, Faktenblatt Märzumfrage 2010 auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/8_Presse/2_Pressematerial/IBS_Faktenblatt_2010_10_01.pdf] vom 18.1.2011.

⁴¹ Am 15.11.2010 gründete sich die Gemeinschaftsstiftung „Kind und Jugend – Bürgerstiftung Stückach“, die hier wegen der späten Gründung nur randständig berücksichtigt werden kann. Sie entspricht überdies wegen ihres engen Stiftungszwecks mehr einer Gemeinschafts- als einer Bürgerstiftung.

⁴² Alle Zahlen wurden aus Gründen der Vereinheitlichung zum Stand 31.12.2009 abgefragt.

⁴³ Vgl. die Märzumfrage 2009 der Initiative Bürgerstiftungen des BdSt auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/2_News_und_Wissen/5_Buergerstiftungswissen/Zahlen_und_Fakten/Fakten_Maerzumfrage_2009.pdf] vom 31.1.2011.

3 Ansprüche an Bürgerstiftungen

Am konkretesten, vielleicht auch am prominentesten, formuliert das Zehnpunkteprogramm des BdSt⁴⁴ seine Anforderungen an Bürgerstiftungen. Seine „zehn Merkmale einer Bürgerstiftung“ sind Teil der Marketinganstrengungen zur Verbreitung des Bürgerstiftungsgedankens in Deutschland, die bundesweit Beachtung finden. Die Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbands deutscher Stiftungen (BdSt) möchte den von ihr aufgestellten Katalog so verbindlich wie möglich machen. Sie möchte den rechtlich nicht definierten Begriff der Bürgerstiftung durch Markenkriterien möglichst eng festlegen. Als Anreiz, dieser Definition zu folgen, bietet der BdSt ein Gütesiegel an, eine Art „Bürgerstiftungs TÜV“⁴⁵, der der „klaren, eindeutigen und einheitlichen Definition des Begriffs Bürgerstiftung“⁴⁶ dienen soll. Die Initiative Bürgerstiftung des BdSt begibt sich damit auf dünnes Eis: Sie versucht, aus der Praxis gewonnene Erkenntnisse in einem Regelwerk einzufrieren und dieses wiederum der Realität aufzuerlegen. Diese paradoxe Vorgehensweise legt das Phänomen Bürgerstiftung auf einen willkürlich terminierten *status quo* fest. Es hemmt genau die Eigenschaften, die es ermöglicht haben, dass die Idee in Deutschland so populär werden konnte: Ihre Anpassungsfähigkeit an die ganz spezifischen Bedingungen vor Ort und die geringe Gängelung durch rechtliche Vorschriften, die von anderen Kennern der Thematik als Wesenskern herausgearbeitet wurde:

„This flexibility is probably the greatest strength of the concept. The community foundation model [...] is not a stagnant institution, but is constantly re-inventing itself to adress new opportunities and challenges as they arise.“⁴⁷

Der BdSt und seine Initiative Bürgerstiftungen hingegen stilisieren nicht nur ihre eigene Definition des Phänomens zur verbindlichen Norm und geben Praxisratgeber zur Erreichung derselben heraus, sie bieten sich auch selbst sogleich als Überwacher dieser Norm an und inszenieren sich als Prüfungsinstanz von vermeintlich universellem Charakter.⁴⁸ Dabei besitzt der BdSt keinerlei juristische, politische oder anderweitige Legitimation zur Ahndung bei Nichtbeachtung seiner Richtlinien. Die Rechtsaufsicht des Landes Baden-Württemberg für Stiftungen im Fließ-Murr-Kreis beispielsweise liegt beim Regierungspräsidium Stuttgart; für die Einhaltung der steuerrechtlichen Gemeinnützigkeitsrichtlinien sind die örtlichen Finanzämter zuständig. Der Bundesverband beschäftigt sich also mit einem hausgemachten

⁴⁴ [<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/guetesiegel.html>] vom 4.4.2011.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Schlüter, Andreas/ Walkenhorst, Peter: Foreword, in: Walkenhorst, Peter (Hrsg.): Community Foundations in Civil Society/ Bürgerstiftungen in der Zivilgesellschaft. Gütersloh 1999. S. 7 – 12. S. 9.

⁴⁸ Die Aktive bürgerschaft e.V. etwa bietet mit ihren 30 Punkten des BürgerstiftungsChecks zwar auch eine ausgefeilten Handlungskatalog an, der orientiert sich aber an Fragen des guten Managements und der Erreichung selbst festgelegter Ziele. Rechtsform oder Gründungsmitglieder sind für diese Art der Qualitätssicherung nicht relevant. Vgl. [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergerstiftungen/unsere_leistungen/ratgeberreihe_buergerstiftungen/buergerstiftungscheck] vom 4.4.2011.

Problem. Er macht es sich zudem noch schwer dadurch, dass zahlreiche seiner Vorschriften Kann- oder Soll-Vorschriften, also echte Gummiparagrafen sind.

Drei der sechs untersuchten Fließtälér Bürgerstiftungen (Steinen, Fünfstadt und Weinbach) tragen das Gütesiegel des BdSt.⁴⁹ Die drei anderen erfüllen derzeit nicht die formalen Vorgaben und/ oder verzichten bewusst darauf. Dieses Verhältnis von Gütesiegel-Trägerinnen zu Nicht-Gütesiegel-Trägerinnen spiegelt in etwa den baden-württembergischen Landesdurchschnitt wider.⁵⁰ Verstärkt suchen sie dagegen die Nähe zu örtlichen oder regionalen Bündnissen des Dritten Sektors, wie etwa dem ISS.⁵¹ Es ist also nicht zielführend, die Bürgerstiftungen des Untersuchungsraumes nur an externen Ansprüchen zu messen, wie sie etwa der BdSt formuliert. Denn diesen unterwerfen sie sich nur zum Teil. Allerdings berufen sich sämtliche Experten in den Interviews immer wieder auf das Bild von Bürgerstiftungen, das unterschiedliche *Support-Organisationen* und prominente Markenbotschafter erfolgreich im öffentlichen Bewusstsein verankert haben.

Im Folgenden werden daher die Maßstäbe angelegt, denen sich die Bürgerstiftungen laut ihrer Satzungen oder Expertenauskünften selbst unterwerfen müssen oder wollen. Dass diese Maßstäbe nicht aus der Luft gegriffen sind, sondern auf einem nahezu glorifizierten, zumindest aber teilweise unkritischen Bild basieren, das in der Öffentlichkeit ventiliert wird, zeigen entsprechende begleitende Zitate. Die NPOs werden dabei von ihren Zielen her betrachtet, denn es ist stets die „unverrückbare Beziehung zu einem Leitbild“⁵², die Strachwitz als urtümlichen Kern des Stiftungsgedankens ausmacht. Diesem Leitbild sind Rechtsform und Gremienanordnung als Mittel zum Zweck stets nachgeordnet. Dennoch sollen Rechtsform und Gremienanordnung einleitende Kapitel gewidmet werden, denn in beiden zeigt sich bereits das Leitbild der Fließtälér Bürgerstiftungen und ihre Charakteristik.

⁴⁹ Weinbach, Steinen und Fünfstadt.

⁵⁰ Von den 73 Bürgerstiftungen in Baden-Württemberg, die die AB im Länderreport 2010 auflistet, trugen im Jahr 2010 etwas mehr als die Hälfte, also 45 Bürgerstiftungen, das Gütesiegel des BdSt. Vgl. [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/6_Publikationen_Bilder/Publikationen_pdf/IBS_BS_stellen_sich_vor_2010_s.pdf] vom 26.4.2011, S. 26. Vgl. zum Länderspiegel Bürgerstiftungen der AB 2010 [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Laenderspiegel_BS_2010.pdf] vom 26.4.2011, S. 24.

⁵¹ Vgl. die Seite des ISS auf [<http://www.stuttgarter-stiftungen.de/index.php>] vom 31.1.2011.

⁵² Rassem, Mohammed: Die Stiftung als Modell, in: Stiftung und Leistung. Essays zur Kulturosoziologie. Mittenwald 1979. S. 193, zitiert nach Strachwitz, Rupert Graf: Deutsche Stiftungen, ein Spiegel der Gesellschaft auf [<http://staatundstiftung.wordpress.com/2010/01/10/deutsche-stiftungen-ein-spiegel-der-gesellschaft/>] vom 31.1.2011.

3.1 Behauptung: Bürgerstiftungen sind gemeinnützige Stiftungen des bürgerlichen Rechts

„Eine Alternative zur Stiftung kam eigentlich nie in Frage.“⁵³

„Eine Bürgerstiftung ist eine unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftung.“⁵⁴

Wie bereits erwähnt, existiert kein rechtlich geschützter Begriff des praktischen Phänomens Bürgerstiftung. Nach wie vor gibt es in Deutschland eine Zahl Bürgervereine, die sich in vielfältiger Weise um das Gemeinwohl einer kleinräumigen Gemeinschaft bemühen. Ihre Gründerjahre liegen fast durchweg im späten 19. oder frühen 20. Jahrhundert. Damit sind sie deutlich älter als sämtliche Bürgerstiftungen der Republik.⁵⁵ Und obwohl die meisten Bürgerstiftungen in Deutschland – und alle im Untersuchungsraum Fließtal – sich der Rechtsform der gemeinnützigen rechtsfähigen Stiftung des öffentlichen Rechts bedienen, gibt es auch unter den Bürgerstiftungen der jüngeren Generation Ausnahmen von der Regel, wie etwa den gemeinnützigen Verein⁵⁶ oder die gemeinnützige AG⁵⁷.

Das von den amerikanischen *community foundations* abgeleitete Konzept der jüngeren Bürgerstiftungen entwickelte sich in Deutschland nicht nach rechtsverbindlichen Vorgaben sondern entlang seiner Organisationslogik. Die meisten, nicht nur rechtswissenschaftlich orientierten, Untersuchungen, die sich dem Thema widmen, beklagen dem entsprechend „erhebliche Schwierigkeiten, den Tatbestand ‘Bürgerstiftung’ juristisch befriedigend zu fassen“⁵⁸. Auch die künstliche Verengung des BdSt auf Bürgerstiftungen in der Rechtsform der Stiftung greift zu kurz. Zwar impliziert die Rechtsform der Stiftung gerade gegenüber losen Verbänden oder Vereinen eine gewisse Dauerhaftigkeit des Kapitals. Eine Garantie dafür, dass gerade die Form der Bürgerstiftung „unsere Zeit weit überdauern wird und eine Plattform darstellt, auf der sich von Generation zu Generation Bürger für ihre Heimatregion

⁵³ Herr Rieber, Weinbach.

⁵⁴ Präambel des Zehnpunkteprogramms des BdSt [<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/guetesiegel/die-10-merkmale.html>] vom 26.4.2011.

⁵⁵ Z.B. der Bürgerverein Blankenese in Hamburg: [<http://www.blankeneser-buergerverein.de/wir.php>] vom 17.6.2010.

⁵⁶ Vgl. etwa die Bürgerstiftung Ostrachtal e.V. in Bad Hindelang unter [http://www.bad-hindelang.info/se_data/_filebank/pdf/gemeinde/vereine/VEREINE-Liste%20Internet.pdf] vom 17.6.2010. Die meisten Bürgerstiftungs-e.V.s sind aber Gründungsinitiativen und werden über kurz oder lang in eine „echte“ Stiftung überführt, so etwa in Berlin: [<http://www.buergerstiftung-berlin.de/index.php?id=39>] vom 17.6.2010.

⁵⁷ Vgl. etwa Bürgerstiftung Duisburg gAG unter [<http://www.buergerstiftung-duisburg.de/Satzung.html>] vom 17.6.2010.

⁵⁸ Rawert, Peter: Bürgerstiftungen in Deutschland. Eine kritische Einführung aus juristischer Sicht, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S.40 – 51. S. 49.

engagieren können“⁵⁹ hat aber auch sie nicht eingebaut. Das mussten einige Stiftungen während der Finanzkrise des Jahres 2009/10 schmerzhaft erfahren.⁶⁰

Eine nützliche Definition von Bürgerstiftungen bietet in dieser Hinsicht nur Suzanne Feurt. Ihr zufolge ist eine Bürgerstiftung

„eine autonome philanthropische Organisation, die in einem bestimmten geografischen Gebiet arbeitet, im Laufe der Zeit zu einem Sammelbecken für finanzielle Zuwendungen von vielen Spendern wird, Förder- und Projektmittel vergibt, gemeinnützige Aktivitäten in der jeweiligen Gemeinde bzw. Region organisiert und sich auf diese Weise mit einer Vielzahl von lokalen Problemen befasst.“⁶¹

Auch Feurt bezieht sich wie andere Autoren bei der Aufzählung von Wesensmerkmalen auf eine Häufung derselben in der empirischen Praxis,⁶² aber sie lässt die Rechtsform offen. Im Gegensatz dazu plädieren namhafte Vertreter von Bürgerstiftungs-Support-Organisationen dafür, andersartige oder hybride Organisationsformen, die nicht den Kriterien des BdSt entsprechen, nicht anzuerkennen.⁶³ Auf die damit verdrängte Tatsache, dass Bürgerstiftungen ihrerseits im Grunde eine Mischung aus Vereins- und Stiftungsrecht darstellen, geht das Kapitel über die Partizipation anhand der Gremienaufstellung noch weiter ein.

Zahlreiche Gesprächspartner der Fallstudie sehen nicht in der Rechtsform, sondern in der Gewinnung engagierter Menschen das maßgebliche Problem. Exemplarisch mag die kleine Gemeinde Steinen angeführt sein. Hier bildeten sich nahezu zeitgleich eine Bürgerstiftung und das sogenannte Bürgernetz, ein loser Verbund aktiver Bürger, das aus Unterstützern des örtlichen Zukunftsbeirats der Leitbildkampagne hervorging. Der Bürgermeister der Kommune unterstützte eher das Bürgernetz und spielt im Vergleich zu den umliegenden Städten und Gemeinden eine sehr zurückhaltende Rolle innerhalb der Bürgerstiftung. Die Steinener Bürgerstiftung trägt stolz das Gütesiegel des BdSt. In Steinen scheint die Bürgerstiftung im Wesentlichen die Rolle eines Fördervereins für das weit aktivere Bürgernetz zu spielen, wie Herr Quedtmaier, Stiftungsvorstand, und Herr Räsch, Bürgernetzvertreter, beschreiben:

⁵⁹ Nikolaus Turner, in: BdSt (Hrsg.): Bürgerstiftungen stellen sich vor. Berlin 2006. S. 3.

⁶⁰ Vgl. BdSt (Hrsg.): Stiftungsreport 2010/11. Stadt trifft Stiftung. Gemeinsam gestalten vor Ort. Berlin 2010.

⁶¹ Feurt, Suzanne: Gemeinschaftsstiftungen. Stiftungsarbeit von Bürgern für Bürger, in: Bertelsmann Stiftung 1998. S. 139 – 268. S. 243.

⁶² Vgl. Müller, Karin: Bürgerstiftungen und ihre Charakteristika. Anspruch und Realität, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S. 67 – 90, ebenso Hinterhuber, Eva Maria: Die Bürgerstiftung – ein Sonderfall?, in: Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005. S. 337 – 342. S. 339. Vgl. auch das 10-Punkte-Programm des BdSt. a.a.O.

⁶³ Walkenhorst, Peter: Erfolge und Herausforderungen. Zehn Jahre Bürgerstiftungen in Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Stiftung und Sponsoring Heft 1/ 2007. S. 22 – 23. S. 22.

„Mittlerweile sind die Aufgabenbereiche auch klar getrennt: Die Stiftung unterstützt fremde Projekte, macht *Fundraising* und unterstützt das Bürgernetz. Das Bürgernetz vermittelt Ehrenamtliche und macht eigene Projekte. Anfänglich gab es schon ganz schöne Unklarheiten und Kompetenzgerangel bis alles eingelaufen war. Aber jetzt kommt oft die Idee vom Netz und die Stiftung gibt das Geld. So schubst man sich halt gegenseitig.“⁶⁴

Das Beispiel macht deutlich, dass durchaus auch andere (Rechts-) Formen ihre berechnete Existenz haben. Auch die Heimdorfer Eich-Stiftung e.V. übernimmt seit vielen Jahren die Förderung zahlreicher Projekte vor Ort und führt selbst eigene Großprojekte durch. Ihr Stiftungszweck reicht von der Jugend- über die Alten- bis zur Behindertenhilfe, von Denkmalschutz und Heimatpflege über die Förderung der Meinungs- und Pressefreiheit und der demokratischen Strukturen der Republik bis hin zur Förderung neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements.⁶⁵ In Zielsetzung und Wirkungsraum unterscheidet sie sich also nicht von der sehr viel später gegründeten Heimdorfer Bürgerstiftung – wohl aber in ihrem größeren Budget, ihrer längeren Tradition und in ihrer Rechtsform. Um innovative, effiziente, nachhaltige oder öffentlichkeitswirksame Förderarbeit vor Ort leisten zu können, ist die Rechtsform Stiftung also nicht ausschlaggebend.

3.2 Behauptung: Stiftungshandeln ist selbstlos

„In den letzten 2-3 Jahren hat sich hier wirklich was verändert. Das war so eine Ego-Kultur! Jetzt wünsche ich mir, dass das weiter wächst, diese Werte, dass man gemeinsam was in Bewegung bringen kann. [...] Die Leute besinnen sich eben darauf, dass es noch was anderes gibt, außer den eigenen Reichtum zu vermehren. Das Grundgesetz hat schon Recht, wenn es sagt, dass Eigentum verpflichtet.“⁶⁶

„Sie [Bürgerstiftungen, Anm. d. Verf.] bieten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, [...] philanthropisch tätig zu werden, sich aktiv für das Gemeinwesen einzusetzen und einen persönlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu leisten.“⁶⁷

Die Bürgerstiftungsbewegung und ihre Befürworter gehen davon aus, dass überwiegend altruistische oder philanthropische Motive zur Gründung einer Bürgerstiftung führen. Im Fall der Fließtöler Bürgerstiftungen drängt sich hingegen der Verdacht auf, dass selbstlose Gründe eine sehr untergeordnete Rolle gespielt haben. An den Gründungsdaten lässt sich ablesen, wie die Bürgerstiftungsbewegung gleich einer Welle vom wirtschaftlich-kulturellen Zentrum Stuttgart ausgehend Richtung Nordosten rollte: Staufen: 5.10.2004 – Weinbach: 27.4.2005 – Steinen: 23.5.2006 – Fünfstadt: 7.11.2006 – Heimdorf: 12.12.2007 – Schülerhausen: 18.11.2008. Das Bedürfnis, dem allgemeinen Trend zu folgen, sich selbst

⁶⁴ Dr. Quedtmaier und Herr Räscher, beide Steinen.

⁶⁵ Vgl. [www.Eich-stiftung.de] vom 17.10.2011.

⁶⁶ Frau Leibhardt, Heimdorf.

⁶⁷ Walkenhorst, Peter: Erfolge und Herausforderungen. Zehn Jahre Bürgerstiftungen in Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Stiftung und Sponsoring Heft 1/ 2007. S. 22 – 23. S. 22.

als Politiker auf der Höhe der Zeit zu inszenieren oder der bundesweiten Marketingkampagne des eigenen Kreditinstituts genüge zu tun, sind deutlich erkennbar. „Das ist doch derzeit der Trend, alle haben eine, da hat Schülerhausen doch auch eine gebraucht“, bringt Herr Falz für Schülerhausen auf den Punkt, was ebenso für viele andere gilt, „eine Lücke füllt die bei uns eher nicht“⁶⁸.

Dem Bürgermeister von Fließenbach fällt es schwer, sich mit der Tatsache abzufinden, dass es in seiner Kommune im Gegensatz zu sämtlichen umliegenden Städten und Gemeinden wohl nie eine Bürgerstiftung geben wird. Die bereits 2003 von der Fließenbacher Bank eG gegründete Fließenbacher Bank-Stiftung versteht sich als „eine Art Dividende an die Fließenbacher“⁶⁹. Sie deckt den gesamten Förderbedarf der kleinen, wohlhabenden Gemeinde. In der Vielfalt ihrer Zwecke, ihrem lokalen Bezug und selbst hinsichtlich der engen Verknüpfung lokaler Eliten (der Bürgermeister ist als geborenes Mitglied im Vorstand der Bank gleichzeitig auch Stiftungsrat) nahe verwandt. Bürgermeister Teilich sinniert:

„Ich hab das schon x-mal überlegt zu machen, aber die Signale von den Vereinen und auch im Gemeinderat waren gar nicht so positiv. Das versteh ich nicht so ganz, denn im Grunde ist doch die Langfristigkeit, der fehlende Werteverzehr, das ganze „von Bürgern für Bürger“ eine klasse Idee. Gedanklich bin ich weiter dran! [...] Aber die Bank-Stiftung hat auch so vielfältige Förderzwecke: Kultur, Soziales, Denkmalschutz... Im Prinzip tickt die doch wie eine Bürgerstiftung, nur halt unter einer anderen Überschrift. Da ist Fließenbach eben in eine andere Richtung marschiert als der Rest im Fließtal. Und jetzt fehlt uns vielleicht einfach die Zugkraft für eine weitere Bürgerstiftung. Tja, man darf sich vielleicht einfach nicht verzetteln. [...] Ich selber würde es aber eigentlich echt gern machen, mit so richtig aktiven Leuten, sehr gern, jederzeit!“⁷⁰

Herr Teilich kann sich also im Gegensatz zu seinen Kollegen in den umliegenden Städten und Gemeinden nicht als Stiftungsgründer profilieren.

Herr Vinze, Vorstand der Volksbank Fließ, später Volksbank Stuttgart eG, hingegen, ist mit seinem Kreditinstitut gleich neunmaliger Stiftungsgründer. Er spricht offen darüber, dass die Mitbegründung der Bürgerstiftungen für sein Kreditinstitut strategisches *Corporate Citizenship* ist.⁷¹ Er zielt auf Wachstum, Kundenbindung und Standortpflege, aber keineswegs auf reine Philanthropie ab.

⁶⁸ Herr Falz, Schülerhausen.

⁶⁹ Bankvorstand H. in den Heimdorfer Nachrichten vom März 2003 auf [http://www.Fließenbacher-bank.de/konto___karten/presse/gruendung.html] vom 31.1.2011.

⁷⁰ Bürgermeister Teilich, Fließenbach.

⁷¹ „CC hingegen bezeichnet das über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement von Unternehmen zur Lösung gesellschaftlicher Fragen. Das Unternehmen wird in der Rolle des Bürgers wahrgenommen.“ Vgl. die Angaben der AB auf [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/basisinformationen/entwicklung_und_diskurs/engagement_von_unternehmen] vom 31.1.2011 sowie Backhaus-Maul, Holger u.a. (Hrsg.): *Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven*. Wiesbaden 2010.

„Bewusst gehe ich persönlich mit dem Thema seit 2004 um. Da war die Fusion zur Volksbank Fließ. Und Winnenden hatte zu dem Zeitpunkt bereits eine Bürgerstiftung, die auch auf die Initiative der dortigen Volksbank zurückging. Da kam dann die Frage auf, wie wir in Zukunft damit umgehen wollen. Wir haben das dann ganz positiv aufgenommen, denn das war ja eine riesen Chance vom Image her! Wir haben die Stiftung in Winnenden dann ein Jahr beobachtet und uns dann langsam an die anderen herangetastet. Demnächst beginnen wir mit der neunten Beteiligung in der Region. [...] Diese Art von Marketing ist völlig neu. Die klassischen Spenden laufen nebenher aber trotzdem weiter, einen Spendenetat hat natürlich jede Bank, das war schon früher so. [...] Aber das Thema Bürgerstiftungen gehen wir langfristig an, da wollen wir dabei bleiben, um die Regionalität zu dokumentieren. [...] Außerdem ist ja auch das Genossenschaftsmodell wieder hochaktuell und wichtig ist für uns auch die Suche nach einem Alleinstellungsmerkmal. Das hat mit den Bürgerstiftungen gut funktioniert.“⁷²

In einer Region wie dem Vorderen Fließtal, wo zahlreiche mittelständische Unternehmen angesiedelt sind, herrscht große Konkurrenz unter den ansässigen Kreditinstituten. Für sie ist es notwendig, ihre Alleinstellungsmerkmale zu schärfen. Immerhin bewirbt auch die Kreissparkasse Stauffingen, stärkste Konkurrentin der Volksbank Fließ in der Region, mit dem „Bürgerpreis Fließ-Murr“, ihr bürgerschaftliches Engagement.⁷³ Die gewählte *Marketingstrategie* scheint vor dem genossenschaftlichen Hintergrund der Volksbank und der Verbreitung dieses Modells in der Region für ihre Kooperationspartner und Destinatäre aber besonders glaubwürdig zu sein. Ihr ist es gelungen, im Fließtal die Zusammengehörigkeit von Volksbank und Bürgerstiftung als meist gewähltes Modell zu etablieren.

Das Verhältnis von Einsatz und Wirkung ist dabei günstig für die Banken. Der Betrag, mit dem die heutige Volksbank Stuttgart die insgesamt acht Bürgerstiftungen im Fließtal 2009 unterstützte, belief sich auf rund 47.000 €. Zum Vergleich: Die Ausgaben für Sponsoring betrugen rund 208.000 €; allein die Sportförderung machte 194.000 €, die Kulturförderung immer noch 66.000 € aus.⁷⁴ Da es sich dabei weitgehend um Gründungsstiftungen handelt und fast jede Kommune der Region mittlerweile ihre Bürgerstiftung hat, wird sich dieser Betrag in Zukunft deutlich reduzieren. Langfristig macht sich das Engagement im Bürgerstiftungsbereich für die Bank aber bezahlt. Ist sie Gründungstifterin, richtet die jeweilige Bürgerstiftung aus Loyalität ihr Spendenkonto dort ein oder legt einen Gutteil des Kapitals bei ihr an.⁷⁵ Sie tut dies, den Vorschriften des Stiftungsgesetzes folgend,

⁷² Bankvorstand Herr Vinze.

⁷³ Vgl. [<https://www.swn-online.de/buergerpreis.aspx>]; sowie die Presseberichterstattung u.a. in der Stuttgarter Zeitung vom 26.5.2010 auf [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2498721_0_9223_-endspurt-beim-buergerpreis-der-kreissparkasse.html], jeweils vom 31.1.2011.

⁷⁴ Alle Zahlen von 2009 aus: Volksbank Fließ eG (Hrsg.): Sozialbericht 2010 für 2009, auf [http://www.volksbank-stuttgart.de/etc/medialib/i211m8900/pdf/wir_ueber_uns/geschaeftsberichte.Par.0004.File.tmp/sozialbericht2009.pdf] vom 31.1.2011, S. 13f und S. 18.

⁷⁵ Dies trifft auf alle untersuchten Stiftungen zu. Vgl. die Angaben auf den jeweiligen Homepages in Anhang A 2.

mittlerhaltend und konservativ und erlaubt der Bank so ein langfristiges Wirtschaften mit dem Stiftungsgeld.⁷⁶

Gerade in der hier vorrangig beschriebenen Anfangsphase einer NPO ist die immense Sogwirkung des dynamischen *Start-ups* nicht zu unterschätzen. Die hochprofessionelle Verbindung von Kapital und Autorität, Bank und Politik, ist eine vielversprechende Voraussetzung für die erfolgreiche Stiftungsgründung. Aus zahlreichen Gesprächen der Fallstudie⁷⁷ lässt sich der unternehmerische Ehrgeiz der ersten Generation von Gremienmitgliedern herauslesen, aus der anvertrauten Aufgabe mit all den zur Verfügung stehenden optimalen Mitteln das Beste zu machen. Vor allem hinsichtlich der Mittelbeschaffung akquirierten sich die untersuchten Bürgerstiftungen – immer mit einem Auge auf die Nachbarkommune schielend – in einen Rausch, der sich in beachtlichen Erfolgen auf den jeweiligen Spendenbarometern niederschlug.

Der Anspruch, eine Stiftung aus rein altruistischen oder philanthropischen Motiven heraus zu gründen greift nicht nur im Fall Fließtal zu kurz. Diese Betrachtungsweise lässt außer Acht, dass es stets *caritas* UND *memoria*, Gemeinwohl UND Eigennutz, waren, die effektives Stiftungshandeln hervorgebracht haben.⁷⁸ Es ist schließlich keinesfalls verwerflich, sich eines gelingenden Marketinginstruments – sei es für eine Bank oder eine Kommune – zu bedienen. Bei den hohen moralischen Ansprüchen der Bürgerstiftungen an sich selbst muss aber gewarnt werden, dass die Fallhöhe bei Aufdeckung der offensichtlichen Diskrepanz außerordentlich hoch sein kann.

3.3 Behauptung: Bürgerstiftungen sind unabhängig, basisdemokratisch und egalitär

„Wir haben uns bewusst so breit aufgestellt, so parteiübergreifend, dass sie [die Bürgerstiftung, Anm. d. Verf.] in keine Richtung gedrängt wird, sondern dass sich alle darin wiederfinden. Sie soll ja nicht aus einem Klüngel bestehen, das war dem OB wichtig. Deswegen sind alle Parteien vertreten, die Bürgerschaft, die Kirchen ebenfalls. So ist die ganze Bevölkerung abgebildet in der Bürgerstiftung.“⁷⁹

⁷⁶ Vgl. das baden-württembergische Stiftungsrecht auf [<http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/show/1104314/stiftungsgesetz.pdf>] vom 31.1.2011, S. 3.

⁷⁷ Unter anderem mit dem Patron eines der größten privat geführten Kaufhäuser der Region und Stiftungsratsmitglied Herrn Alben, Heimdorf.

⁷⁸ Vogt kommt in ihrer Studie über die Kohlener Bürgerstiftung zum gleichen Ergebnis. Vogt, Ludgera: Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements. Frankfurt/ New York 2005. Und Zimmer liefert Zahlenmaterial, das belegt, wie hoch der Anteil an „Lust“ oder „persönliche Bereicherung“ von Mitarbeitern in NPOs sein kann. Vgl. dazu Zimmer, Annette u.a. (Hrsg.): Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen. Bürgerschaftliches Engagement und Management. Münster 2005.

⁷⁹ Frau Leibhardt, Heimdorf.

„Hier können sich alle einbringen, sei es mit freiwilliger Arbeit, sei es durch finanzielle Unterstützung.“⁸⁰

Unter dem griffigen Slogan „Von Bürgern für Bürger“ vermarktet der BdSt die Bürgerstiftungsidee in Deutschland erfolgreich. Alle untersuchten Bürgerstiftungen im Fließtal (bis auf Weinbach) übernehmen diese Formulierung wörtlich bereits in der Präambel ihrer Satzung. Sie birgt bei genauerer Betrachtung zwei Aspekte. Erstens enthält sie den Anspruch auf Umfassendheit: Möglichst viele, wenn nicht gar alle Bewohner der Stadt sollen sich durch die Bürgerstiftung angesprochen fühlen – sowohl als Förderer als auch als Förderungsempfänger. Es wird der Anschein erweckt, als würde über kurz oder lang keiner an der Institution vorbeikommen. Dies ist der quantitative Aspekt, der auf ein Mehr an Partizipation abhebt. Zweitens transportiert er das Bild einer *bottom-up*-Bewegung von mündigen Bürgern, die sich die passive Behandlung durch einen maroden Staat und seine elitären Repräsentanten nicht mehr gefallen lassen und das Heft selbst in die Hand nehmen wollen. Dieser qualitative Aspekt zielt darauf ab, dass nicht nur mehr, sondern auch andere, eher politikfremde, Menschen, sich nun einbringen und aktivieren lassen. Wie sieht also die Beteiligungsstruktur der untersuchten Bürgerstiftungen aus? Wer ist Gründer, wer Zustifter, wer Gremienmitglied? Können neue und andere Personenkreise als „Aktiv-Bürger“ hinzugewonnen werden?

Grundsätzlich ist weder das Prinzip des gemeinschaftlichen Stiftungsaktes⁸¹ noch die Möglichkeit von Beteiligungen an einer bereits bestehenden Institution in Form von unselbständigen Stiftungen, zweckgebundenen Fonds oder Zustiftungen ins Grundstockvermögen neu und einzigartig für die Charakterisierung von Bürgerstiftungen. Selbst der BdSt räumt ein, dass Bürgerstiftungen nur „in der Regel von mehreren Stiftern errichtet [werden.] Eine Initiative zu ihrer Errichtung kann auch von Einzelpersonen oder einzelnen Institutionen ausgehen.“⁸² Im krassen Gegensatz zum Anspruch, eine Gemeinschaftsstiftung zu sein, sind im Vorderen Fließtal in der Regel nur die örtlichen Bürgermeister und die Volksbankvorstände, nicht aber die vielbeschworenen Bürger, an der Gründung beteiligt. Ihnen bleibt nur, sich im Sinne der Feurt'schen Definition „im Laufe der Zeit“ in die Organisation hinein zu spenden oder ~zu arbeiten.

Doch es scheint, als arbeiteten die Erstlingsgremien verstärkt daran, Beteiligungsmöglichkeiten für einen möglichst großen Personenkreis zu schaffen. Mit der

⁸⁰ Ursula von der Leyen, ehem. Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf [<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=120092.html>] vom 29.4.2011.

⁸¹ Definition von Gemeinschaftsstiftungen in Abgrenzung zu Bürgerstiftungen vgl. etwa bei der Bertelsmann Stiftung auf [http://www.buergerstiftungen.de/cps/rde/xchg/buergerstiftungen/hs.xsl/2132_18468.htm] vom 4.4.2011.

⁸² Vgl. den BdSt auf [<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/quetesiegel.html>] vom 4.4.2011.

Einbindung in ein Stiftungsgremium, so die Hoffnung, steigt die Identifikation mit der Organisation. Als vielversprechender Ansatz wird in Bürgerstiftungskreisen die Errichtung eines dritten Gremiums (Stifterforums oder Stifterversammlung) empfohlen. Einige Stiftungen überlassen die Berufungskriterien und den Zeitpunkt der Berufung dem Vorstand (Staufingen), andere dem Stiftungsrat (Fünfstadt), eine dritte Gruppe hat bereits in der Satzung festgelegt, welche Kriterien erfüllt werden müssen, um wie viele Jahre dem dritten Gremium anzugehören (Heimdorf und Schülerhausen). Einige sehen nur Geldspender in dem Gremium, andere erlauben ausdrücklich auch herausragenden Zeitstiftern die Teilnahme (Weinbach und Fünfstadt). Wieder andere haben ein gestaffeltes System, das über die je unterschiedliche Dauer der Gremienzugehörigkeit entscheidet (Steinen). Alle haben aber in ihren dritten Gremien eine Art Mitgliederbereich eingeführt, der der NPO eine breite Basis verleihen soll. Als Nachtrag zur Diskussion um die Rechtsform mag hier ergänzt werden, dass diese recht freie Selbstbedienung bei der Gremienanordnung des Vereinsrechtes laut Zehnpunkteprogramm des BdSt ein prägendes Charakteristikum deutscher Bürgerstiftungen sei. Aber auch hier gilt: Formaljuristisch besteht keinerlei Veranlassung, sich dieser Organisationsform zu unterwerfen. Die Situation in Staufingen illustriert, was passiert, wenn der Vorstand der satzungsgemäßen Soll-Vorschrift, ein Stifterforum einzurichten, nicht nachkommt: nichts. Laut Auskunft des Vorstands Reeb, „ruht“⁸³ das Gremium derzeit, Vorstand und Stiftungsrat führen die Stiftungsgeschäfte allein. Das in der Satzung eigentlich vorgesehene Gremium wird von ihnen weder vermisst noch von Außenstehenden oder potenziellen Mitgliedern (Großspendern) eingefordert. Im Folgenden wird deutlich, dass es sich bei dem scheinbar offenen Partizipationsangebot zum Teil nur um pseudo-demokratische Gremien handelt.

Wirkliche Kompetenzen, vergleichbar der Mitgliederversammlung eines Vereins, haben diese Gremien nämlich nicht. Im Weinbacher Modell, das der Mehrheit der untersuchten Stiftungen entspricht, gehören dem Stifterforum oder der Stifterversammlung die Gründungstifter sowie diejenigen Personen, deren Zustiftung über einem Betrag von 1.000 € liegt, für zehn Jahre an. Das bedeutet, dass zumindest in der Anfangsphase der OB und der Volksbankvertreter ebenfalls dem Gremium angehören. Sie sind es auch, die als Vorstände in der Regel einmal jährlich das dritte Gremium einberufen. Der Vorstand leitet die Sitzung und ist in jedem Fall teilnahmeberechtigt. Die dritten Gremien nehmen in der Regel den Wirtschaftsplan für das jeweilige Haushaltsjahr sowie den Jahresabschluss, den Rechenschaftsbericht und den Tätigkeitsbericht des Vorjahres zur Kenntnis. Zum Teil können sie unverbindliche Vorschläge für Empfehlungen zur Zuwahl geeigneter Personen in den Stiftungsrat oder Vorstand unterbreiten. Außerdem können sich die Mitglieder in sog. Fachausschüssen der Stiftung engagieren, sofern es welche gibt (Heimdorf). Nur in zwei

⁸³ Herr Reeb, Weinbach.

Fällen (Steinen und in Fünfstadt) kommt ihnen zumindest regulative Kompetenz zu, indem sie den Stiftungsrat direkt wählen und einzelne Mitglieder auch wieder abberufen können. Eine tatsächliche Teilhabe am operativen Geschäft durch Kontrolle, Mitbestimmung oder Verwaltung ist also nicht erkennbar.

Die Stifterforen oder ~versammlungen übernehmen zugleich aber die Aufgabe einer Dankeschön- und Werbeveranstaltung für ihre Förderer. So wird etwa in Heimdorf ein festlicher Abend veranstaltet, an dem Volksbank und Stadt zu Vorträgen namhafter Redner und einem festlichen Imbiss im Foyer der Volksbank einladen. Geladen sind nicht nur die offiziellen 35 Forumsmitglieder, sondern alle Stifter, Spender und Unterstützter – auch potenzielle Stifter, die erst noch umworben sein sollen (oder wollen).⁸⁴ An solchen Veranstaltungen wird Jahresrückblick gehalten, die Erfolge gezählt und Projekte vorgestellt. In Weinbach werden anlässlich der Stifterforen Ehrennadeln und Urkunden über die erworbene Mitgliedschaft in einem Gremium der Bürgerstiftung vom Oberbürgermeister persönlich überreicht.⁸⁵ Solche Veranstaltungen können nicht nur öffentlichkeitswirksam den Erfolg der jungen Bürgerstiftungen präsentieren und helfen, ihre Existenz zu legitimieren. Sie dienen auch der Selbstvergewisserung ihrer Mitglieder, das richtige zu tun. Das Gefühl, eine gemeinsame Aufgabe und ein Ziel zu haben, wirkt für die Anwesend verbindend und kann ihre Identifikation mit der Bürgerstiftung verstärken. Die dritten Gremien haben also tatsächlich eine wichtige Aufgabe, wenn diese auch nicht der Mitbestimmung oder gar der Machtkontrolle innerhalb der NPO dienen, wie es zunächst den Anschein erweckt.

Wer nun sind die Mitglieder der Stiftungsgremien? Lassen sich Anhaltspunkte finden, dass in ihnen die Vielfalt der städtischen Bevölkerungsgruppen abgebildet ist? In der Wahrnehmung der für die Fallstudie befragten Nicht- Gremienmitglieder ist dies definitiv nicht der Fall:

„Also ich identifiziere die Bürgerstiftung ganz eindeutig mit dem Bürgermeister und mit der Stadt. Klar, es ist total mitreißend, dass der Bürgermeister so die Werbetrommel rührt und aktiv ist. Aber ich habe nicht den Eindruck, dass die Bürgerstiftung besonders breit aufgestellt ist und bei vielen angenommen ist. Ist das nicht mehr ein Elitenspielzeug?“⁸⁶

Frau Jepp aus Heimdorf bestätigt mit ihrem Eindruck Ergebnisse anderer empirischer Untersuchungen.⁸⁷ Sie steht in der vorliegenden Fallstudie stellvertretend für diejenigen, die die Mitglieder in den Gremien der Bürgerstiftungen als „Politprofis“⁸⁸ oder „hohe Tiere“⁸⁹

⁸⁴ Vgl. auf [<http://www2.buergerstiftung-Heimdorf.de/?p=190>] vom 31.1.2011.

⁸⁵ Artikel in der Weinbacher Zeitung vom 9.6.2010 auf [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2517199_0_9223_--quot-jeder-gespendete-euro-kommt-an-quot-.html] vom 31.1.2011.

⁸⁶ Frau Jepp, Heimdorf.

⁸⁷ Fischbach, Christian: Bürgerstiftungen und Partizipation. Betrachtungen zu den Stakeholdern von Bürgerstiftungen, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S. 147 – 162.

⁸⁸ Herr Keim, Heimdorf.

identifizieren. Deren Engagement für Stadt und Bürgerstiftung schätzen sie zwar als lobenswert ein. Sie selbst fühlen sich aber gerade davon abgestoßen. Über den Organen, auch über den angeblich auf Teilhabe und Mitbestimmung ausgerichteten dritten Gremien, liegt der Verdacht des Exklusiven, im Sinne des Elitären und Ausschließenden.

In den veröffentlichten Fällen liest sich der „erlauchte Kreis des Stifterforums“⁹⁰ tatsächlich wie ein Verzeichnis der lokalen *haute volée*. Es überwiegen die Namen der alteingesessenen Familien, der Ehrenbürger und ihrer Nachkommen, der Gemeinde- und Kreisräte, der Bürgermeister selbst. Abgerundet wird dieses *who is who* der jeweiligen Kommunen durch lokale Händler und Handwerksbetriebe von Ruf (der Apotheker, der Steuerberater, die regionale Bäckereikette), die größeren Unternehmen bis hin zu ortsansässigen Weltmarktbeschickern wie Frech und Schaeffler, sowie die Gruppe der arbeitnehmerfreundlichen Organisationen, etwa der Handels- und Gewerbevereine oder Lions- und Rotary Clubs. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in allen dritten Gremien der untersuchten Bürgerstiftungen fast ausschließlich vermögende, überwiegend akademisch gebildete Personenkreise vertreten sind.⁹¹ Einerseits ist das dem Umstand geschuldet, dass im geringsten Fall 1.000 € erforderlich sind, um die Zugehörigkeit zum Stifterforum zu erwerben. Eine solche Summe wird, gerade bei noch jungen Organisationen, nicht jeder aufbringen können oder wollen. Andererseits deckt sich der Befund mit der Besetzung der Vorstände und Stiftungsräte, für die diese Zahlung nicht notwendig ist. Es kann also davon ausgegangen werden, dass „in gewissen Kreisen“⁹² die Beteiligung an der Bürgerstiftung ein Statussymbol ist.

Der Befund der zitierten Frau Jepp ist auch in sofern zutreffend, als dass in keiner untersuchten Bürgerstiftung, in keinem Gremium auch nur eine Person mit Migrationshintergrund verzeichnet ist. Dabei liegt der Ausländeranteil im gesamten Fließ-Murr-Kreis immerhin bei durchschnittlich ca. 12,6% und damit über dem baden-württembergischen Landesdurchschnitt von 11,8%.⁹³ Die Gruppe der Mitbürger mit Migrationshintergrund steht in der vorliegenden Fallstudie, das ist anzunehmen, nur exemplarisch für andere schwach repräsentierte Bevölkerungsgruppen.

Legt man die Personalien der Gremien als Maßstab an, muss sogar davon ausgegangen werden, dass ein Großteil der Bevölkerung der untersuchten Kommunen vom

⁸⁹ Frau Gohle, Heimdorf.

⁹⁰ Heimdorf Aktuell vom 25.2.2010 auf [<http://www2.buergerstiftung-Heimdorf.de/?m=201002>] vom 31.1.2011.

⁹¹ Vgl. beispielhaft das Stifterforum der Bürgerstiftung Schülerhausen auf [<http://buergerstiftung.pluederhausen.de/data/stiftungsforum.php>] vom 31.1.2011.

⁹² Herr Keim, Heimdorf.

⁹³ Alle Zahlen aus der Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg für das Jahr 2009 auf [<http://www.statistik-bw.de/srdb/home.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&R=GE119067>] vom 31.1.2011.

Bürgerstiftungsgedanken geradezu ausgeschlossen ist. Der durchschnittliche Akteur der untersuchten Stiftungen ist männlich, gut ausgebildeter Akademiker, über 50 Jahre alt und bereits in einer oder mehreren anderen NPOs aktiv. Außer Migranten sind auch Jugendliche oder Arbeitslose als Mitarbeiter von Bürgerstiftungen nicht sichtbar und treten auch als Spender nur selten auf. In Heimdorf ist die Exklusivität sogar räumlich zu greifen: die überwiegende Mehrheit der Beteiligten, sei es an Gremien oder an Spendenaktionen für die Bürgerstiftung, stammen aus der Alt- oder Kernstadt. Nur wenige Personen oder Organisationen aus den sieben Stadtteilen wurden bisher aktiv.⁹⁴

Es ist unwahrscheinlich, dass sich dieser Zustand in Kürze ändern wird. Die Personalgewinnung verläuft in konzentrischen Kreisen um die bereits berufenen Gremienmitglieder herum. Sie ergänzen sich meist durch Zuwahl, laufen also Gefahr, kaum offen für Außenseiter zu sein. Doch selbst wenn der Stiftungsrat den Vorstand wählt oder das Stifterforum den Rat – die stimmberechtigten Personen gehören stets zum Kreis der „üblichen Verdächtigen“⁹⁵, der sich aus altem örtlichen Adel und wirtschaftlich erfolgreichen Personen rekrutiert. Wenn also die AB als Erfolg bewertet, dass „in Baden-Württemberg [...] 42% aller Bürger Zugang zu einer Bürgerstiftung“⁹⁶ haben, bleibt fraglich, was genau damit gemeint ist. Selbstverständlich ist jedem Bewohner der Kommunen des Vorderen Fließtals theoretisch der Zugang zur jeweiligen Bürgerstiftung vor Ort möglich. Klüngel, Seilschaften, finanzielle, zeitliche, bildungsmäßige und kulturelle Hürden gilt es allerdings zu überwinden, bevor die untersuchten Bürgerstiftungen auch nur annähernd das vielfältige Gesicht ihrer Stadt und deren Bewohner abbilden.

Im Vergleich zu anderen Bürgerstiftungen der Republik ist in diesem Zusammenhang eine bereits angesprochene Besonderheit des Vorderen Fließtals hervorzuheben: Nicht nur die Gründungsinitiative allein, sondern auch die weitere Personal- und Mittelakquise, die Ausrichtung, Durchführung und Vermarktung der Fördermaßnahmen werden in hohem Maße dominiert von der lokalen Autorität des (Ober-) Bürgermeisters. In der überwiegenden Zahl der Fälle war er es, der die Initiative zur Stiftungsgründung gab. Nicht selten machte der Betrag, der auf sein Bestreben hin aus der kommunalen Kasse ins Anfangsvermögen der Stiftungen floss, die Hälfte bis Dreiviertel des Startkapitals aus. Nur in zwei Fällen (Steinen und Schülerhausen) traten Bürger mit ihrem Privatvermögen unmittelbar als Gründerstifter auf. Die örtlichen Niederlassungen der Volksbanken zeigten auf seine Vermittlung hin ebenfalls großes finanzielles und personelles Engagement bei der Mitbegründung. Nur in Stauffingen und Steinen waren die Volksbanken nicht an der Stiftungsgründung beteiligt; nur

⁹⁴ Das Gespräch mit Herrn Gässler ergab denselben Befund für Fünfstadt.

⁹⁵ Frau Quedel, Heimdorf.

⁹⁶ Aktive Bürgerschaft e.V. (Hrsg.): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2010. Berlin 2010 auf [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Laenderspiegel_BS_2010.pdf] vom 31.1.1011.

in Schülerhausen übertraf der Anteil Dritter bei der Stiftungsgründung den Anteil von Bank und Gemeinde deutlich. Variationen dieses Modells ergeben sich lediglich in Höhe und Verhältnis der Gründungstiftungen von Stadt und Bank sowie in der Einrichtung bzw. Höhe ihrer jeweiligen *matching funds*. Die Formel für die Gründung einer funktionstüchtigen Stiftung scheint den hiesigen Vertretern die Initiative eines Regierungsvertreters mit der Absicherung durch den Gemeinderat und die Finanzkraft der örtlichen Bank zu sein. Erst an zweiter Stelle rangiert das Bedürfnis, möglichst viele Menschen bereits bei der Gründung mit einzubeziehen, wie es etwa in Schülerhausen der Fall war und vom BdSt gefordert wird.

In den Themenbereich von Beteiligung und Teilhabe spielen auch Fragen nach der Kontrollfähigkeit der Organisation mit hinein. Die Gefahr der Abhängigkeit und Dominanz einzelner Personen oder Institutionen wird im Untersuchungsraum zwar durchaus problematisiert, aber stets dem Postulat der Funktionstüchtigkeit nachgeordnet⁹⁷, wie folgendes Zitat eines aktiven Stiftungsratsmitglieds verdeutlicht:

„Keiner hat momentan einen zu starken Einfluss, obwohl die Verwaltung bei der Stadt angesiedelt ist. Im Moment kommt das Geld von Bank und Stadt. Die Stadt macht auch Vorschläge und die werden von uns auch akzeptiert. Gut, insofern ist ihr Einfluss stark. Aber man muss sie ja nicht akzeptieren. Kritisch wird's erst, wenn kritische Vorschläge kommen, die man akzeptieren muss. Denn es ist ja auch eine Bürgerstiftung, die für die Kommune da ist. Wenn die Verwaltung absolut neutral wäre, außerhalb der Kommune – ich weiß nicht, ob das besser wäre. Dann sind vielleicht andere Einflüsse da. [...] Ich wüsste auch gar nicht, wer das machen sollte und mit welchem Geld. Von daher ist die Konstruktion so doch gar nicht schlecht! Anders würde es doch gerade gar nicht funktionieren, weil ja auch das Engagement vom OB so wichtig ist.“⁹⁸

Trotz mancher Vorbehalte hinsichtlich des Einflusses vor allem der Gründungsmitglieder Bank und Stadtverwaltung wurden alle Bürgerstiftungen im Untersuchungsraum vom Regierungspräsidium anerkannt. Sie konnten ihre Arbeit aufnehmen und sind auf dem Weg, sich zu etablieren. Teilweise tragen sie, wie bereits erwähnt, auch das Gütesiegel des BdSt. Die Freiheit, die die Rechtsvorschriften dem Phänomen Bürgerstiftung einräumen, sind im Fließtal also auf eine selbstbewusste Weise eingelöst worden, die der regionaltypischen politischen Kultur mehr entspricht als der gängigen Mehrheitsmeinung. Die Ausrichtung auf eine dominierende, charismatische Persönlichkeit und die *output*-orientierte intersektorale Kooperation zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen den Traditionslinien, die im einführenden Kapitel beschrieben wurde.

Zahlreiche Gespräche und Beobachtungen haben für die vorliegende Fallstudie gezeigt, dass der politische Wille des (Ober-) Bürgermeisters und sein persönlicher Einsatz die entscheidenden Faktoren für das Gelingen der Bürgerstiftung sind. Diese Tatsache klang ja auch schon im letztgenannten Zitat an. Es ist nachrangig, ob und wenn ja, welches Amt er in

⁹⁷ Und zwar sowohl von Gremienmitgliedern von Bürgerstiftungen als auch von Außenstehenden.

⁹⁸ Herr Alben, Heimdorf.

welchem Gremium innehat. Viel wichtiger ist, ob er bereit ist, als „Zugpferd“⁹⁹ zu fungieren und die Autorität seines Amtes für die Sache einzusetzen. In den größtmäßig überschaubaren Kommunen des Fließtals ist die Haltung des Bürgermeisters zu jedweden öffentlichen Thema von größter Bedeutung. Zwei weitere Faktoren ergänzen sein politisches Gewicht. Erstens ermöglicht ihm sein Amt Zugang zu den unterschiedlichsten Organisationen, Gruppen und Personenkreisen. Er kann, wenn er das möchte, auf zahlreichen repräsentativen Terminen für sein Anliegen werben. Bringt er zweitens zudem noch etwas Charme und glaubwürdigen persönlichen Einsatz für die Sache der Bürgerstiftung mit, scheint der Erfolg nahezu garantiert. Der Typ der Fließtälere Bürgerstiftungen kann daher pointiert auch als „Bürgermeister-Stiftung“ beschrieben werden.

Der Heimdorfer Oberbürgermeister und Stiftungsvorstand K. verdeutlicht diesen Typ beispielhaft. Mit dem Slogan „An Conny's Stand, 'ne Wurst aus K.'s Hand“¹⁰⁰ warben der Besitzer einer Currywurstbude und der Oberbürgermeister bereits in der Woche zuvor im Amtsblatt gemeinsam um Kunden auf dem samstäglichen Wochenmarkt. Der Erlös von gut 1.000 € kam der Bürgerstiftung zugute. Dem legendären „Wurst-Conny“, einer Institution in Heimdorf, steht damit ein Platz im Stifterforum zu. Den Bürgermeister K. mit der Wurstklemme hantieren zu sehen, ließen sich weder der eigens vom Stadtmarketing einbestellte Moderator des Regionalsenders SWR 4 noch viele Marktgänger entgehen. Das Bild des zupackenden Bürgermeisters demonstrierte nicht nur die öffentliche Akzeptanz der Bürgerstiftung in allen Schichten. Es betonte gleichzeitig die Bürgernähe eines leutseligen Oberbürgermeisters. Die erfolgreiche PR-Aktion kann als Einladung an Bürger aller sozialen Schichten verstanden werden, sich an der Bürgerstiftung zu beteiligen. Möglicherweise war sie für Herrn K. auch deshalb wertvoll, weil sie dem Stifterforum zumindest einen Teil des elitären Images nahm.¹⁰¹ Gemessen an ihrem Anspruch, offen für alle Bürger der Stadt zu sein, sind die Bürgermeister-Stiftungen des Vorderen Fließtals aber noch weit davon entfernt, auf eine tragfähige Basis bauen zu können. Die hochkarätige Besetzung ihrer Gremien mit Anwälten, Steuerberatern, Marketing- und Verwaltungsexperten und Politprofis rückt sie in die Nähe von Expertenorganisationen.¹⁰²

Ob die administrative und personelle Nähe zur Kommunalpolitik und Wirtschaft auf das Gros der Fließtälere nun eher abschreckend oder anziehend wirkt, kann mit den Mitteln der vorgelegten Fallstudie nicht repräsentativ belegt werden. Sie kann sich lediglich an einzelnen

⁹⁹ Herr Gässler, Fünfstadt.

¹⁰⁰ Aschbacher Jörg; Wurst-Conny am Samstag auf dem Wochenmarkt. Voller Einsatz für die Bürgerstiftung, in: Heimdorf Aktuell vom 5.6.2008.

¹⁰¹ Heimdorf Aktuell vom 19.6.2008 auf [<http://www2.buergerstiftung-Heimdorf.de/?m=200806>] vom 31.1.2011.

¹⁰² Zur Kategorisierung von NPOs vgl. Zimmer, Annette u.a.: The Legacy of Subsidiarity. The Nonprofit Sector in Germany, in: Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Wiesbaden 2004. S. 681 – 712. S. 695ff.

Anhaltspunkten, wie etwa den eingehenden Spenden und Zustiftungen orientieren. Gemessen an diesen Indikatoren funktioniert die Staufinger Bürgerschaftsstiftung überhaupt nicht, wohingegen die Heimdorfer Bürgerstiftung schon eher als Erfolg bezeichnet werden kann.¹⁰³ Die dortige Geschäftsführerin hofft, dass die zahlreichen Aktionen der städtischen Bevölkerung zugunsten der Stiftung ein Zeichen dafür sind,

„dass wir quer durch alle Schichten angekommen sind [...] Und plötzlich springen Leute auf den Zug auf, von denen man das gar nicht erwartet hätte. Die machen dann irgendwelche abgefahrene Aktionen, wo man am Anfang den Kopf schüttelt, die dann aber doch was bringen. Und zum Teil werden sie dann sogar Wiederholungstäter. [...] Das trägt dann total zur Integration und zur Identifikation bei. Das ist angekommen, das merkt man. [...] Dass wir in relativ kurzer Zeit die 400.000 €-Grenze überschritten haben, das ist enorm, das zeigt, dass wir angenommen und angekommen sind.“¹⁰⁴

Letztlich muss sich aber jede Bürgerstiftung nicht nur an der Menge der gesammelten Mittel messen lassen, sondern vor allem an ihren Projekten und Fördermaßnahmen. Das folgende Kapitel widmet sich daher der Frage, wie oder wofür die Bürgerstiftungen ihr Geld ausgeben. Dahinter steckt nicht weniger als die Frage nach ihrer Existenzberechtigung als „stiftende“, d.h. gebende, Organisation.

3.4 Behauptung: Bürgerstiftungen sind neuartig, innovativ und bedarfsorientiert

„Da entsteht was völlig Neues in der Stadt, die Arbeit macht richtig Spaß.“¹⁰⁵

„Stifter sind Trendsetter. Sie greifen Fehlentwicklungen schnell auf und können sie in gute Projekte oder Förderschwerpunkte verwandeln.“¹⁰⁶

Bürgerstiftungen werden als neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements gelobt und unterstützt. Doch sind sie wirklich die innovativen Akteure in der Kommune, die sie gerne wären? Insbesondere die Anordnung der Geschäftsführung wirft die Frage auf, wie stark sich die Bürgerstiftungen des Fließtals noch von der Rechtsform der kommunalen oder örtlichen Stiftung unterscheiden. Diese Rechtsform existiert im Dritten Sektor schon lange und ist im Fließtal durch die kreisübergreifende Fließ-Murr-Stiftung vertreten, die Teile des Vermögens der Altkreisen Backnang und Staufingen verwaltet.¹⁰⁷ Seit dem Bürgerstiftungs-Boom ist diese Form allerdings marginalisiert worden.¹⁰⁸ Auch kommunale Stiftungen können in ihrer

¹⁰³ Vgl. die Zahlen in Anhang A 2, etwa das Verhältnis von Größe der Stadt zu den Stiftungseinnahmen in Relation zur Zeit seit ihrer Gründung.

¹⁰⁴ Frau Leibhardt, Heimdorf.

¹⁰⁵ Frau Leibhardt, Heimdorf

¹⁰⁶ BdSt (Hrsg.): Bürgerstiftungen stellen sich vor. Berlin 2005. S. 9.

¹⁰⁷ [http://www.Fließ-murr-kreis.de/Satzung_Fließ-Murr-Stiftung.pdf] vom 4.4.2011.

¹⁰⁸ Vgl. den Arbeitskreis Kommunalstiftungen, der in Anlehnung an die Initiative Bürgerstiftung ebenfalls sein 10-Punkte-Programm verfasst. Vgl. auf [<http://www.stiftungen.org/de/termine-vernetzung/arbeitskreise-gesprachskreise-und-foren/arbeitskreis-kommunales.html>] vom 31.1.2011.

Rechtsform stark variieren und sowohl auf eine öffentliche als auch auf private Initiativen zurückgehen. Bei nichtrechtsfähigen kommunalen Stiftungen ist die Gemeinde der Vermögensträger, bei rechtsfähigen kommunalen Stiftungen gilt die Stiftung selber als juristische Person, trotz der Verwaltung durch die Gemeinde. In jedem Fall aber muss das Stiftungsvermögen getrennt vom kommunalen Haushalt verwaltet und auf Dauer erhalten werden. Nach überwiegend herrschender Meinung muss der Stiftungszweck von Kommunalstiftungen im Bereich kommunaler Aufgaben liegen, zu denen auch die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Kommunen gehören. Die Alternativmeinung hält es hingegen für hinreichend, wenn ihre Zwecksetzung kommunal ausgerichtet, d.h. lediglich in der Mittelvergabe geografisch beschränkt ist.¹⁰⁹ Damit nähern sich kommunale Stiftungen und Fließtäl Interpretation der Bürgermeister-Stiftungen erheblich an.

In der hier besprochenen Interpretation geht die Gründungsinitiative in der Regel auf ein Mitglied des Stadtrates (Steinen), der Stadtverwaltung (Heimdorf) oder gleich des Oberbürgermeisters (Weinbach) zurück. Nur im Fall Schülerhausen wurden Bürger und ihr Vermögen bereits vor der Stiftungsgründung mit einbezogen. Die Nähe zur Kommune und ihren Würdenträgern ist also von Anfang an gegeben. Folgerichtig ist auch die Geschäftsführung meist stadtnah angesiedelt, entweder beim Stadtmarketing (Heimdorf und Fünfstadt) oder beim örtlichen Kämmerer (Weinbach und Schülerhausen). Das heißt, die handelnden Personen sind zum Großteil lokale Würdenträger, die sich ohnehin kräftig im Dritten Sektor der Region tummeln.¹¹⁰ Der Blick auf den reichen Dritten Sektor der Region Vorderes Fließtal zeigt im Übrigen, dass das Thema bürgerschaftliches Engagement nichts ist, was von den Bürgerstiftungen allein, neu und exklusiv auf die Agenda gesetzt worden ist. In der traditionell stark vom schwäbischen Pietismus geprägten Region empfinden viele Menschen es geradezu als Pflicht, sich für ihre Mitmenschen und Umwelt einzusetzen – insbesondere wenn sie vom Bürgermeister persönlich darum gebeten werden.¹¹¹ Sämtliche Gremienmitglieder der untersuchten Bürgerstiftungen waren oder sind in mindestens einer anderen NPO bereits aktiv. Für die Frage nach der Neuartigkeit der Organisationsform kann also festgehalten werden, dass in den untersuchten Kommunen die Bürgerstiftungen an sich zwar neue Organisationen sind, aber weder vom Organisationstypus noch von ihrer personellen Besetzung her als wirklich neuartig bezeichnet werden können. Zu nahe verwandt sind sie mit dem bereits existierenden Typus der kommunalen Stiftung; zu bekannt

¹⁰⁹ So etwa die Stiftungsgesetze Bayerns oder Hessens. Denecke, Heiko: Die rechtliche Bedeutung der kommunalen Stiftung. Eine Analyse am Beispiel der Entwicklung des Stiftungswesens in Ostdeutschland. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Olaf Werner. Jena 2004. S. 3f.

¹¹⁰ Alle interviewten Experten üben neben ihrem Amt in der Bürgerstiftung zum Teil bereits seit Jahren ein oder mehrere andere Ehrenämter aus.

¹¹¹ Dies gilt insbesondere auch für das Engagement in der Bürgerstiftung, das zahlreiche Gremienmitglieder mit ihrer Stellung in der Gesellschaft, die sie zum „Zurückgeben“ verpflichtete – oder aber der persönlichen Berufung durch den Bürgermeister selbst begründen. So etwa Herr Gässler in Fünfstadt oder Herr Alben in Heimdorf.

sind die Personen, die in den Stiftungsgremien eine Rolle spielen. Ihr Anspruch, als neue Akteure für innovative Impulse in einer *governance*-orientierten Lokalpolitik zu sorgen, muss also bereits von ihrem Aufbau her in Frage gestellt werden. Dies gilt umso mehr für die inhaltliche Arbeit.

Was die Zielsetzung ihrer Förderung betrifft, stehen nicht nur Bürgerstiftungen, sondern Stiftungen insgesamt in jüngster Zeit in dem Ruf, durch ihre schlanke Organisationsform und finanzielle Unabhängigkeit besonders wendig mit gesellschaftlichen Problemen umgehen zu können.¹¹² Der Typ Fließtärer Bürgerstiftungen ist, wie gezeigt werden konnte, weder institutionell unabhängig noch im Sinne der klassischen Stiftung strikt hierarchisch aufgebaut. Er ist vielmehr in ein vielverzweigtes Netz unterschiedlichster *Stakeholder* eingesponnen und gleichzeitig den unterschiedlichsten Anforderungen ausgesetzt: u.a. der Profilierung des Bürgermeisters oder der Forderung nach gleichberechtigter Fördermittelausschüttung durch die mitunter rivalisierenden lokalen NPOs. Die Frage ist also, wie innovativ und effektiv die Fließtärer Bürgerstiftungen die Probleme angehen können, die sich ihnen stellen? Dass ihre Gründung nicht allein aus altruistischen Motiven geschah, wurde bereits gezeigt. Doch immerhin muss vor dem Hintergrund der Aktiv-Bürger und ihrer christlich-liberalen Grundhaltung davon ausgegangen werden, dass *caritas* zumindest mit dazu beigetragen hat, dass sich Menschen zur Gründung einer Bürgerstiftung entschlossen haben. Wo also sehen sie die Probleme der Region Vorderes Fließtal und welche Maßnahmen ergreifen die Bürgerstiftungen zu deren Lösung?

Beide Fragen können, zumindest vom bisherigen Stand der untersuchten Bürgerstiftungen ausgehend, klar beantwortet werden. Es ist innerhalb der Studie kein Fall bekannt, in dem eine ausgesprochene gesellschaftliche Notsituation oder Krise unmittelbar zur Stiftungsgründung geführt hätte. Im Gegenteil ist es so, dass die einmal gegründeten Bürgerstiftungen zum Teil recht krampfhaft nach Projekten suchen, die sie fördern oder gar selbst durchführen können. In Ermangelung aussagekräftiger Großprojekte – oder um jedermann gleichermaßen gerecht zu werden – schütten sie nach dem „Gießkannenprinzip“¹¹³ relativ kleine Beträge zwischen 200 und 2.000 Euro aus. Herr Falz aus Schülerhausen schildert das Problem, mit dem viele seiner Kollegen ringsum zu kämpfen haben:

„Es gibt derzeit wieder solche Diskussionen im Stiftungsrat, was unterstützungsfähig ist. [...] Es wäre angenehm, es würde mal eine klare Notsituation entstehen. Z.B., was in Schülerhausen schon vorkam, eine Familie löscht sich aus und es verbleiben zwei Kinder. Damals hat das die evangelische Kirche übernommen, heute würde da

¹¹² Vgl. zu einem der frühesten Befunde, die seither wiedergegeben werden die Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Stiftungen. Ziele, Projekte, Management, rechtliche Gestaltung. Wiesbaden 1998.

¹¹³ So etwa Herr Falz gleichermaßen über die Arbeit „seiner Bürgerstiftung“ Schülerhausen, wie auch über die Nachbarkommune Heimdorf.

sicher gleich die Stiftung antreten und helfen. [...] Vielleicht, wenn so was passiert wie in Winnenden, dann könnte man eine entsprechende Initiative unterstützen, das könnte ich mir gut vorstellen.“

Herr Falz schildert die zynische Situation, dass sich eine arbeitslose Bürgerstiftung einen Katastrophenfall nahezu herbeisehnt, um endlich aktiv werden zu können. Er stellt sich vor, dass in einem solchen Fall die Bürgerstiftung die Aufgabe einer anderen NPO übernehmen könnte. Die neue Bürgerstiftung rivalisiert also mit alteingesessenen Organisationen, hier der evangelischen Kirche, um traditionelle Domänen. Der Markt gemeinnütziger Projekte, auf dem die örtlichen NPOs ihr Gut zumeist monetärer Unterstützungsleistungen anbieten, scheint knapp und umkämpft zu sein. Herr Falz und seine Kollegen ringsum beklagen dem entsprechend einhellig die geringe Zahl der eingehenden Projektanträge. Diesen Mangel führen sie abwechselnd auf den relativen Wohlstand der Region, die Scheu wirklich Notleidender vor dem Antragstellen oder den ungenügenden Bekanntheitsgrad der Bürgerstiftung zurück. Was auch im Einzelfall der ausschlaggebende Grund sein mag: Allesamt stehen die jungen Bürgerstiftungen vor dem Dilemma, dass der momentane Bedarf an Förderung nicht vorhanden ist oder zumindest nicht an sie herangetragen wird.

Für eigene Projekte wiederum fehlen zum Teil Mittel, zum Teil ausführendes Personal oder aber schlichtweg die Phantasie: „Unsere Gremiensitzungen laufen leider ab wie Gemeinderatssitzungen: die Verwaltung macht Vorschläge, dann wird diskutiert und abgenickt oder verworfen“, ¹¹⁴ schildert Herr Rieber den typischen Verlauf einer Sitzung der Weinbacher Bürgerstiftung. Um ihre Betriebsblindheit zu überwinden, bedienen sich einige Bürgerstiftungen anderer Institutionen, die im Ruf stehen, näher am Puls der Stadtbewohner zu sein. In Stauffingen etwa ist der Arbeitskreis Stauffingen Engagiert der Zulieferer für die Fördergelder der Bürgerstiftung, in Steinen ist es das Bürgernetz. Einige Stiftungen, etwa die Bürgerschaftsstiftung Stauffingen, haben in ihrer Satzung einen festen Prozentsatz festgelegt, der auf die Durchführung eigener, operativer Projekte entfallen muss. Mit einiger Not und kreativer Buchführung konnte die Quote bisher stets satzungsgemäß erfüllt werden. Doch auch in den meisten Nachbarkommunen arbeitet die jeweilige Bürgerstiftung bisher eher als Förderverein vorhandener NPOs, denn als „Reformmotor der Zivilgesellschaft“ ¹¹⁵.

Einige Mittelempfänger berichten, dass sie direkt von Bekannten, die in den entsprechenden Stiftungsgremien sitzen, dazu aufgefordert wurden, einen Antrag zu stellen, weil noch Geld übrig sei. ¹¹⁶ Mangelnde Projektanträge und geringe finanzielle Auslastung bei gleichzeitigem Profilierungsdruck führten dazu, dass es Gremienmitgliedern einfach gemacht wird, ihre Lieblingsprojekte oder -institutionen zu protegieren. Dieser Verschiebebahnhof entlang

¹¹⁴ Herr Rieber, Weinbach.

¹¹⁵ Walkenhorst, Peter: Einleitung. Bürgerstiftungen als neue Organisationsform zivilgesellschaftlichen Engagements, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte. Gütersloh 2004. S. 11 – 26. S. 17.

¹¹⁶ ZB. Herr Keim, Leiter einer Grund- und Hauptschule in Heimdorf.

informeller Seilschaften ist nicht neu im Fördergeschäft des Dritten Sektors. Er macht es aber kleinen, unbekannten Projekten – und seien sie noch so innovativ und wirkungsvoll – die nicht an die örtlichen Eliten angebunden sind, schwer, ins Blickfeld derjenigen geraten, die über Fördermittel entscheiden.

Dabei wäre die Profilierung durch ein eigenes Projekt oder eine entsprechende Projektunterstützung besonders zu diesem frühen Zeitpunkt ein gelungener Auftakt für jede Bürgerstiftung. Sie könnte sich damit ihre Existenzberechtigung erwerben und mit der entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit für ihre weitere Bekanntheit in der Öffentlichkeit sorgen. Beispielhaft schildert Frau Jepp für Heimdorf ein Problem, das die Haltung vieler spiegelt, die zwar im Dritten Sektor der untersuchten Region aber nicht in der Bürgerstiftung aktiv sind.

„Manchmal kommt sie [die Bürgerstiftung Heimdorf] mir vor wie eine Geldsammelmaschine. Man erfährt immer nur über allerliebste, vielfältige Aktionen, wie viel dieser oder jener gespendet habe. Aber man erfährt nichts über die Projekte, die bisher unterstützt wurden, was ist geplant, was ist schon gewesen? Das ist doch der Grund, warum es die gibt, sonst brauchen wir die ja nicht.“¹¹⁷

Es häufen sich die Vermutungen der Gremienmitglieder selbst, dass die Nachfrage nach finanzieller Unterstützung in den relativ wohlhabenden Kommunen des Vorderen Fließtals mit seinem ohnehin reichen Dritten Sektor nur bedingt vorhanden ist. „Unverzichtbar“, so Herr Alben im Gespräch, „würde ich sie [die Bürgerstiftung Heimdorf, Anm. d. Verf.] jetzt nicht nennen. Vielleicht wird sie das mal. Ich will ja gar nicht ausschließen, dass da mal Dinge auf die Reihe kommen, die es ohne Bürgerstiftung nicht gegeben hätte.“¹¹⁸ Aber bisher, das zeigen zahlreiche Gespräche, sind die meisten noch auf der Suche nach einem Profil. In den Worten von Frau Leibhardt, Stiftungsgeschäftsführerin aus Heimdorf, klingt dies so: „Jetzt müssen wir dann langsam was bringen, die Leute glauben uns sonst, wir würden ewig nur Maultaschen auf dem Markt verkaufen.“¹¹⁹ Der Handlungsdruck erklärt möglicherweise, dass die Themen Bildung und Jugend, die für gewöhnlich immer auf öffentliche Resonanz stoßen, überproportional vertreten sind.¹²⁰ Es erklärt auch, warum in der Anfangsphase vor allem kleine, überschaubare Projekte gefördert werden, deren zeitnahe Abschluss gleich als erstes Erfolgserlebnis präsentiert werden kann.¹²¹

Es ist den Verantwortlichen also zumindest teilweise bewusst, dass in diesem Bereich Anspruch und Wirklichkeit existenzgefährdend auseinanderklaffen. Um beim letztgenannten

¹¹⁷ Frau Jepp, Heimdorf. Dementsprechend auch die Gespräche mit Herrn Keim, Frau Gohle. Gleichlautend aber auch das Stiftungsratsmitglied aus Staufen Frau Quittel und die Heimdorfer Geschäftsführerin Frau Leibhardt.

¹¹⁸ Herr Alben, Heimdorf.

¹¹⁹ Frau Leibhardt, Heimdorf.

¹²⁰ Vgl. exemplarisch die Spendenübersicht der Bürgerstiftung Weinbach 2009 auf [http://213.23.113.117/buergerstiftung/cms/front_content.php?idcat=96] oder die Spendenliste der Bürgerstiftung Steinen auf [<http://www.buergerstiftung-Steinen.de/>], jeweils vom 31.1.2011.

¹²¹ Vgl. beispielhaft in Schülerhausen auf [<http://www.buergerstiftung.pluederhausen.de/data/foerderprojekte.php>] vom 31.1.2011.

Beispiel zu bleiben: Heimdorf etwa versucht sich dem hausgemachten Druck zu entziehen, indem es in seinen Förderrichtlinien das Attribut „innovativ“ vom eigenen operativen Projektgeschäft auf die Projekte der Antragsteller überträgt. Das macht die Fördermittelvergabe allerdings nicht einfacher und führt geradewegs ins nächste Dilemma. Regelmäßig fallen unter der Last des Innovationsanspruches solche Antragsteller durchs Raster, deren Projekte seit Jahren erfolgreich laufen und nun die Folgefinanzierung eintreiben müssen. Es bleibt also abschließend die Frage, warum die Neuartigkeit von Bürgerstiftungen und ihren Projekten so hoch bewertet wird. Innovation an sich ist kein Wert und kann die Existenz einer Organisation nicht ausreichend legitimieren.

3.5 Behauptung: Bürgerstiftungen sind zentrale Akteure im örtlichen Dritten Sektor

„Für uns ist zentral, dass wir und die Leute gut vernetzt sind, dass wir im Ort ein gutes *know-how* haben, [...] dass wir möglichst viel veröffentlichen und vieles über die Vereine an die breite Basis tragen.“¹²²

„Im Rahmen ihrer Plattformarbeit kann eine Bürgerstiftung eine Moderatoren-, Katalysatoren- oder Mediatorenrolle zukommen. Bürgerstiftungen geben den Raum, Anstoß und Mittel für die Entwicklung neuer gemeinschaftlicher Projekte, sie fühlen sich als Anwalt für die Aufgegriffenen Themen in der Kommune und vermitteln ggf. in Konflikten zwischen unterschiedlichen gemeinnützigen Organisationen vor Ort.“¹²³

Die personelle Besetzung und Konstruktion der Organe hat es bereits gezeigt: Es handelt sich bei der Neugründung von Bürgerstiftungen keineswegs um eine bescheidene Angelegenheit sondern um den ganz großen Wurf. Der Anspruch an sich selbst, die Rolle, die die neue Organisation unter den bereits vorhandenen politischen und gesellschaftlichen Organisationen spielen möchte, ist keine andere, als die des Leitwolfes. Sie möchte Interessen bündeln, Knotenpunkt sein, vernetzen, glaubwürdiger Partner von Bürgern und Politik, Interessensverbänden, Betroffenen und anderen *Stakeholdern* gleichzeitig sein, an ihr soll keiner vorbei kommen. Wie bekannt und beliebt sind die untersuchten Bürgerstiftungen also? Was unternehmen sie, um den lokalen Dritten Sektor unter ihrem Dach zentral zu bündeln?

Neben der bereits beschriebenen Besetzung der Gremien mit gut vernetzten Experten halten alle befragten Bürgerstiftungen einen möglichst hohen Bekanntheitsgrad in ihrer Stadt für ein maßgebliches Erfolgskriterium ihrer Organisation. Fast alle (bis auf Staufen und

¹²² Herr Quedtmaier, Steinen.

¹²³ BdSt: Vor Ort aktiv. Bürgerstiftungen stellen sich vor 2009/ 2010. Berlin 2009 auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/6_Publikationen_Bilder/Publikationen_pdf/BS_stellen_sich_vor_09xs.pdf] vom 29.4.2011. S. 31.

Schülerhausen) bescheinigen sich in dieser Hinsicht selbst einen recht guten Erfolg. Alle räumen aber ein, dass gerade in der derzeitigen frühen Phase ihrer Existenz die Aufmerksamkeit noch erhöht werden kann und muss. Daher bedienen sich die Bürgerstiftungen nach Kräften unterschiedlicher Kommunikationskanäle.

Face-to-face-Kommunikation sehen viele als das probateste Mittel, um ihre Organisation und deren Ziele bekannt zu machen. Kaum ein Stadt-, Stadtteil-, Wein- oder Vereinsfest, Markttag, Jubiläum oder sonstiger Anlass verstreichen, ohne, dass Mitglieder der Bürgerstiftung werbewirksam Brezeln, Maultaschen, Stiftungswein oder ähnliches herstellen, verkaufen, versteigern oder zu wohltätigen Zwecken selbst verspeisen. Dabei kommt es für die Gremienmitglieder nicht selten zu Loyalitätskonflikten. Wie beschrieben wurden viele von ihnen gerade wegen ihres Bekanntheitsgrades, ihrer guten Vernetzung und Mitgliedschaft in namhaften Organisationen in die Gremien berufen. Herr Alben ist seit Jahren der Kirche in Gemeinderat und kirchlichem Denkmalschutzverein eng verbunden. Dem Wunsch der Stadt Heimdorf, bzw. deren Repräsentanten, sich auch im Rat der neu gegründeten Bürgerstiftung einzubringen, wollte er sich nicht widersetzen. Nun werben beide Organisationen für die Renovierung der Stadtkirche und Herr Alben befindet sich in dem Dilemma, welcher Kampagne er sein Gesicht leihen soll.

„In der Kirche bin ich doch schon so lang, das wissen doch auch alle und zählen mich automatisch dazu, egal ob Kirchengemeinderat oder Kirchbauverein. [...] Bei der Stiftung sehe ich mich eher nicht so aktiv und trage auch kein Schild vor mir her. Aber vielleicht müsste man da auch aktiver sein, gerade jetzt in dem Zeitfenster mit der einmaligen Ausschüttung? [...] Bald habe ich einen runden Geburtstag, da will ich im Privaten auch was tun. Vielleicht ist das überhaupt das Beste.“¹²⁴

Herr Albens Ringen um seine vereinsmäßige Heimat zeigt deutlich, dass sich die Frage der Konkurrenz unter den Drittsektororganisationen der kleinen Fließtäler Städte und Gemeinden bei Weitem nicht nur auf finanzielle Mittel beschränkt. Die Überbeanspruchung seiner Person als Aushängeschild droht bei Herrn Alben ins Gegenteil zu kippen. Wie oben angesprochen, ist vor allem die Suche nach motiviertem Personal eine der Kernfragen der jungen Bürgerstiftungen. Sie kommen mit ihren ehrgeizigen Aktionen auf Wochen- und Stadtmärkten an ihre Grenzen. „Sich zweimal in der Woche bei jedem Wetter auf den Markt stellen und Flyer verteilen? Wer macht das schon? Ich hätte da keine Lust drauf und der OB sicher auch nicht“¹²⁵, bringt ein Stiftungsratsmitglied und selbständiger Ingenieur aus Schülerhausen das Problem auf den Punkt.

Angenehmer scheint vielen Gremienmitgliedern der Kommunikationsweg über traditionelle Massenmedien. Zur Erinnerung: Viele von ihnen sind Akademiker im mittleren Alter, mutmaßlich also eher Menschen des Wortes als der Tat. Die klassische Pressearbeit der

¹²⁴ Herr Alben, Heimdorf.

¹²⁵ Herr Falz, Schülerhausen.

kleinen Bürgerstiftungen im Vorderen Fließtal ist dem entsprechend durchaus beachtlich. Regelmäßige, bebilderte Artikel in den Zeitungen künden von anstehenden oder gelaufenen Spendenakquise-Aktionen oder Fördermittelvergaben. Scheckübergaben an Mittelempfänger mit lachenden Bürgermeistern bzw. Stiftungsvorständen überschwemmen die Lokalteile der Zeitungen und in berechenbarer Redundanz auch die wöchentlichen kommunalen Mitteilungsblätter. Ein beliebtes Mittel, um die regelmäßige wohlwollende Berichterstattung sicherzustellen, ist die, den Chefredakteur der örtlichen Zeitung gleich in die Stiftungsarbeit mit einzubinden.¹²⁶

Die untersuchten Bürgerstiftungen selbst legen immensen Wert auf eigene Publikationen und die Berichterstattung über sie in den Medien. Sie gestalten selbst aktiv das Image mit, das von ihnen in der Öffentlichkeit existiert. Dabei verwechseln sie offenbar mitunter ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit mit Transparenz im Sinne von Nachvollziehbarkeit oder Überprüfbarkeit.¹²⁷ Möglichkeiten und Grenzen eines transparenten Dritten Sektors werden in Theorie und Praxis derzeit wieder viel diskutiert.¹²⁸ Im Kontext ihrer Publikationstätigkeit soll dieser Aspekt der Selbstdarstellung des Bürgerstiftungsmilieus hier angesprochen werden.

Support-Organisationen wie der BdSt fordern Transparenz zumeist aus zwei Gründen. Erstens bestehe gegenüber dem Staat und dessen Mitgliedern eine gewisse Publizitätspflicht. Brömming spricht von

„der Einlösung der Verpflichtung, die eine Stiftung mit der Freistellung von Steuern eingegangen ist. Mit der Dokumentation ihrer Tätigkeit können Stiftungen zeigen, dass sie mit ihren operativen Projekten oder der Fördermittelvergabe das Gemeinwohl fördern und damit die steuerliche Sonderbehandlung zu Recht genießen.“¹²⁹

Zweitens empfiehlt es sich aus demokratietheoretischer Sicht, einen Ausgleich für die fehlende Repräsentativität des Dritten Sektors zu schaffen. Bürgerstiftungen sind nicht demokratisch legitimiert, greifen aber zum Teil gravierend in die Gestaltung des öffentlichen Raumes ein – oder wollen dies zumindest tun. Bisher sind die Stiftungsaufsichten der Länder und die interne *governance* die einzigen Kontrollinstanzen von Stiftungen. Anders als bei

¹²⁶ Z.B. ist der Chefredakteur der Heimdorfer Nachrichten Mitglied im Stiftungsrat der dortigen Bürgerstiftung.

¹²⁷ Zur nahen Verwandtschaft von Transparenz und Öffentlichkeit vgl. etwa Brömming, Ulrich: Transparenz/ Öffentlichkeitsarbeit, in: Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005. S. 692 – 703.

¹²⁸ Überblicksartig zum Thema vgl. Strachwitz, Rupert Graf: Transparenz und Zivilgesellschaft, in: Opusculum Nr. 64/ 2010.

¹²⁹ Brömming, Ulrich: Transparenz/ Öffentlichkeitsarbeit, in: Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005. S. 692 – 703. S. 693.

GmbHs etwa existiert für Stiftungen keine rechtliche Verpflichtung zur öffentlichen Rechnungslegung.¹³⁰

Die untersuchten Bürgerstiftungen versuchen, dem Trend zu folgen, der im gesamten *Nonprofit*-Sektor derzeit zu beobachten ist. Zunehmend orientieren sich Stiftungen und Vereine in Sachen öffentlicher Berichtslegung am *Forprofit*-Bereich. Immer häufiger werden vor allem Mittelherkunft und -verwendung, aber auch Gremienbesetzung, Satzungen oder Förderrichtlinien publiziert, wie es namhafte Vertreter des Dritten Sektors seit geraumer Zeit standardmäßig fordern.¹³¹ Es soll dabei nicht um die Publikation vordergründiger Daten gehen, die ohnehin jedem Interessierten leicht zugänglich sind. Es soll die Botschaft der *accountability*¹³² der Organisation vermittelt werden, der nachvollziehbare, verlässliche, verantwortungsvolle Umgang mit den anvertrauten Ressourcen, das „dafür gerade Stehen“. Demokratietheoretische Überlegungen spielen bei den Befragten dem entsprechend eine sehr untergeordnete Rolle. Gespräche zum transparenten Stiftungshandeln besitzen für sie eine existenziellere Dimension, die mit ihrer innersten Organisationslogik zusammen hängt. Es ist ihre tiefe Überzeugung, dass nur zum Anlaufpunkt für Spender und Zustifter, für Förderanträge und innovative Projektvorschläge werden kann, wer gehört wird. Nur wessen Expertentum in der Öffentlichkeit bekannt ist, gewinnt an Einfluss und kann den Dritten Sektor vor Ort seinen Ansprüchen entsprechend dominieren. Aber nur, wenn die der Öffentlichkeit dargebotenen Informationen auch verlässlich und deckungsgleich mit dem Handeln sind, ist das Marketingziel erreicht.¹³³ Öffentlichkeitsarbeit, Glaubwürdigkeit und Transparenz gehen stets untrennbar miteinander einher.

Wie schwierig für die zum großen Teil ehrenamtlichen, nicht geschulten Verantwortlichen der strategische Umgang mit der öffentlichen Meinung ist, belegen zahlreiche Expertengespräche der Fallstudie, die um das Thema Publizität und Öffentlichkeit kreisen.¹³⁴ Auch Frau Quedel, Stiftungsvorständin in Heimdorf, sucht die Position ihrer Stiftung zwischen den beiden Antipoden der Transparenz-Debatte:

¹³⁰ Für Vereine ist immerhin der Eintrag ins lokale Register verpflichtend. Eine bundesweit einheitliche Übersicht ist aber auch hier nicht gegeben.

¹³¹ Vgl. u.a. Strachwitz, Rupert Graf: Transparenz und Zivilgesellschaft, in: Opusculum Nr. 64/ 2010.

¹³² Vgl. Ebrahim, Alnoor: The Many Faces of Nonprofit Accountability, in: Renz, David O./ Herman, Robert D. (Hrsg.): The Jossey-Bass Handbook of Nonprofit Leadership and Management. San Francisco 2010. S. 110 – 121.

¹³³ Vgl. zu Strategien, Methoden und Zielen von Öffentlichkeitsarbeit bei NPOs unter anderem den Artikel „Gegenstand und Besonderheiten des Social Marketing“, in: Meffert, Heribert: Marketing. Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung. Konzepte – Instrumente – Praxisbeispiele. Wiesbaden 2000. S. 1276 – 1292.

¹³⁴ Insbesondere bei Herrn Gässler, Fünfstadt; Frau Leibhardt, Heimdorf; Frau Jepp, Heimdorf; Herr Quedtmaier, Steinen.

„Es muss ja nicht jeder alles wissen. Wir arbeiten hier so gut Hand in Hand und praktisch muss es doch auch einfach funktionieren. [...] Manchmal glaub ich, dass es gar nicht so gut ist, wenn man immer so viel offen legt.“¹³⁵

Transparenz und Offenheit bedeutet in ihren Augen auch Angreifbarkeit und Belastung für ein gut eingespieltes Team und dessen kurze Dienstwege. „Andererseits ist es doch so wichtig, dass alles auf viele Schultern verteilt ist und alle wissen, was wir hier machen“, schiebt sie nach. An solchen Äußerungen zeigt sich gut das Dilemma der jungen Fließtäler Bürgerstiftungen: Einerseits funktionieren sie hervorragend als homogene Expertengruppen. Andererseits ist es gerade für die *top-down* implementierten Bürgermeister-Stiftungen des Vorderen Fließtals nun an der Zeit, vom Kopf auf die Füße gestellt zu werden. Sie sind hinsichtlich der Mittelakquise, Personalgewinnung und Projektarbeit dringend darauf angewiesen, sich in der Breite der städtischen Bevölkerung zu verankern.

Die Internetauftritte der Bürgerstiftungen stellen das Zentrum ihrer auf Öffentlichkeit zielenden Berichterstattung dar. Sie dienen der Sammlung, Aufbereitung und Verbreitung von Informationen jeglicher Art.¹³⁶ Widmet man sich diesem Medium, so entsteht der Eindruck, dass nicht der Inhalt allein, sondern die schiere Menge von Informationen über den Erfolg der Organisation entscheidet. Die Internetpräsenz der Bürgerstiftung Steinen¹³⁷ etwa erschlägt den Besucher mit einer derartigen Flut von Detailinformationen – Fotos von Gremienmitgliedern, sämtliche Presseartikel, von der ersten Erwähnung im Gemeinderat über die Gründungsfeierlichkeit bis hin zur jüngsten Kleinspende, Spendenbarometer, Besucherstatistik, Weiterleitungen zu den Seiten nahestehender Organisationen, Gütesiegel des BdSt und vieles mehr, – dass der Leser am Ende verunsichert zurückbleibt. Er irrt zum Beispiel auf der Suche nach der jährlichen Fördermittelausschüttung vergeblich durch zahlreiche Rubriken wie durch ein wahllos aneinandergereihtes Sammelsurium. Hier wird das Postulat „Volle Transparenz!“¹³⁸ vor allem quantitativ ausgelegt.

Die Informationspolitik der Steinener Bürgerstiftung macht beispielhaft deutlich, was für den gesamten Untersuchungsraum gilt und womöglich auch auf den Rest der Republik übertragbar ist. Die Berichterstattung über Bürgerstiftungen ist nicht nur mengenmäßig schwer zu bewältigen sondern vor allem so durchweg positiv, ja, bisweilen gar euphorisch, dass sie auf den kritischen Betrachter wie unreflektierte Lobhudelei wirkt.

¹³⁵ Frau Quedel, Heimdorf.

¹³⁶ Der Zugang zur Internetpräsenz der jeweiligen Stiftungen ist überdies ein interessantes Indiz, das Auskunft über das Verhältnis zur Stadtverwaltung gibt: Besitzt die Bürgerstiftung einen eigenständigen Internetauftritt, wie etwa Schülerhausen oder Fünfstadt? Oder kann sie nur über die offizielle Seite der Kommune aufgerufen werden wie in Stauffingen? Vgl. den Unterpunkt „Bürgerschaftsstiftung“ in der Rubrik „Bildung und Erziehung“ auf der Seite der Stadt Stauffingen auf [<http://www.stauffingen.de/sixcms/detail.php?id=14774>] vom 17.10.2011.

¹³⁷ Vgl. [<http://www.buergerstiftung-steinen.de/>] vom 17.10.2011.

¹³⁸ Herr Reeb, Stauffingen.

Die vorliegende Fallstudie kann keine repräsentativen Daten über die Wahrnehmung der Bürgerstiftungen in der allgemeinen Öffentlichkeit des Vorderen Fließtals liefern; dazu war das *Sample* bei weitem zu gering. Die erhobenen Aussagen über den Bekanntheits- oder Beliebtheitsgrad des Organisationstypus Bürgerstiftung im Allgemeinen oder der jeweiligen örtlichen Bürgerstiftung im Besonderen können höchstens eine gewisse Grundstimmung nachzeichnen.¹³⁹ Feststellen ließ sich immerhin, dass diejenigen Befragten, die zwar im Dritten Sektor aber nicht in der Bürgerstiftung aktiv sind, letztere kennen – und ihr im Allgemeinen recht kritisch gegenüber eingestellt sind. Zum Teil mag eine grundlegende Skepsis des eher konservativen Aktiv-Bürger-Milieus gegen Neuerungen im Allgemeinen eine Rolle spielen oder auch die Angst um Konkurrenz im überschaubaren Wirkungsraum der NPOs im Fließtal. Auf Frau Gohle, langjähriges DLRG-Mitglied aus Heimdorf, trifft beides zu:

Ich frage mich, ob den kleinen Vereinen nicht dadurch das Geld fehlt, schließlich kann man doch jeden Euro Spendengeld nur einmal ausgeben. Jetzt hat die Bürgerstiftung so eine Klasse Publicity und die Kleinen kämpfen ums Überleben. Dabei gibt es in der Stadt doch wirklich so viel Ehrenamt, ohne das würde vieles nicht funktionieren, zum Beispiel auch Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, ohne da einen Hehl draus zu machen. [...] Dann machen die Broschüren und das sieht toll aus und die Presse schreibt was und die Verwaltungskosten, die die haben... das muss doch auch erstmal alles verdient sein! [...] Es ist doch schon so viel da, vielleicht sollte man das Vorhandene besser unterstützen und nicht noch was Neues anfangen? [...] ¹⁴⁰

Einen nicht zu unterschätzenden Anteil der geäußerten Kritik hebt aber nicht auf die Existenz der Bürgerstiftungen ab, sondern auf ihr Auftreten in der Öffentlichkeit. Sie formiert sich vor allem um den Topos der Bescheidenheit herum, wie er auch im obigen Zitat von Frau Gohle vorkommt. Gerade wegen der bekannten Mitglieder in ihren Gremien und der häufigen Berichterstattung in den lokalen Blättern werden die Bürgerstiftungen als großspurig und marktschreierisch wahrgenommen. Die Abneigung dagegen liegt vermutlich bei dem eingangs beschriebenen pietistisch geprägten Nächsten- und Gesellschaftsdienst, der für zahlreiche Aktiv-Bürger eine Selbstverständlichkeit darstellt, über die man nicht spricht. Die Werbung für eigene Verdienste und Wohltaten ist aus der Sicht der eher konservativen Gesellschaftskultur des Vorderen Fließtals ebenso verpönt wie das Reden über Geld. Für diese Deutung spricht im Übrigen auch die hohe Zahl anonymer Großspender bei den untersuchten Bürgerstiftungen. Sie führen die Bürgerstiftungen in das Dilemma, dass ihnen satzungsgemäß zwar ein Sitz im Stifterforum zusteht, sie diese Option aber nicht wahrnehmen können oder wollen, um ihre Anonymität nicht aufzugeben.¹⁴¹

¹³⁹ Eine repräsentative Umfrage in allen Bevölkerungsteilen zur Wahrnehmung von Büregr, zum Beispiel was außer der reinen Existenz der Bürgerstiftung über ihre Tätigkeit bekannt ist, könnte für sie hilfreich sein, an ihrer Kommunikationsstruktur zu arbeiten.

¹⁴⁰ Frau Gohle, Heimdorf.

¹⁴¹ So etwa in Heimdorf und Stückach.

Einen ergänzenden, unternehmerischeren Erklärungsansatz liefert Frau Jepp dazu. Sie formuliert die Linie ihres Unternehmens ganz drastisch:

„Wir haben uns gegen eine Kooperation mit der Bürgerstiftung entschieden. Das macht die Konkurrenz, das machen alle. Für uns ist es marketingmäßig interessanter, eine Lücke zu besetzen, wo genauso Finanzierungslücken sind, wo man seit langem schon dem Haus verbunden ist, wo Nachhaltigkeit garantiert ist, wo langjährige Partnerschaft und Erfahrung und Vertrauen vorhanden ist. Ich muss ja nicht jede Sau auch noch einmal durchs Dorf reiten.“¹⁴²

Die Einseitigkeit und Überpräsenz des Themas Bürgerstiftung kann also ins Gegenteil ausschlagen, wie die zitierten Gesprächspartner belegen.

In der Fülle aller gesammelten Meinungen fand sich letztlich jedoch keine, die sich grundsätzlich gegen eine Bürgerstiftung ausgesprochen hätte. Wer würde es schon riskieren, sich öffentlich gegen anerkannte Werte wie „Gemeinwohl“ und „Bürgerengagement“, mit denen das Wesen von Bürgerstiftungen kognitiv verknüpft ist, auszusprechen? Frau Jepp gelingt dies, weil das Unternehmen, für das sie spricht, selbst eine namhafte Stiftung im Hintergrund hat.¹⁴³ Wohl äußern sich auch hochrangige Gremienmitglieder bisweilen kritisch, doch überwiegt bei allen die Meinung „Eigentlich ist das doch etwas rundweg Gutes. Da kann man ja schlecht dagegen sein.“¹⁴⁴ Die Kampagne der *Support-Organisationen* zur Förderung des Bürgerstiftungsgedankens scheint also durchaus seine Wirkung zu zeigen. Dennoch deuten Indizien wie ausbleibende Förderanträge trotz wiederholter Aufforderung im Stadtanzeiger und örtlichen Nachrichtenblatt sowie durch Anschreiben an alle Vereine, die Besetzung der Gremien mit den „üblichen Verdächtigen“¹⁴⁵, die hohe Zahl von „Wiederholungstätern“¹⁴⁶ bei Spenden und Zustiftungen und andere Indikatoren mehr aber darauf hin, dass der Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad der Bürgerstiftungen in ihren jeweiligen Kommunen nach wie vor zu wünschen übrig lässt.

Für viele Kritiker stellen die Bürgerstiftungen nicht die vernetzten oder verbindenden Organisationen dar, als die sie sich selbst gern sehen. Dem entsprechend verweigern sie sich auch ihrem Anspruch, von allen für alle Bürger zu wirken. Wenn aber die neue Bürgerstiftung nichts existenziell Neues darstellt oder leistet außer eine erneute Plattform für die immergleichen Figuren der kommunalen Elite, dann muss sie sich fragen lassen, warum sie überhaupt existiert. Warum führt die Beauftragte der Stadt Heimdorf für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement ein Schattendasein in einer Unterabteilung der Sozialverwaltung, die noch nicht einmal im historischen Rathaus sondern in einer Außenstelle untergebracht ist? Warum genügt der Stadt Weinbach nicht die Stabsstelle

¹⁴² Frau Jepp, Heimdorf.

¹⁴³ Die Eich-Stiftung existiert bereits länger als die Heimdorfer Bürgerstiftung und verfügt über ein größeres Volumen als dieselbe. Vgl. [www.Eich-stiftung.de] vom 17.10.2011.

¹⁴⁴ Herr Alben, Schorndorf.

¹⁴⁵ Herr Gässler, Fünfstadt.

¹⁴⁶ Frau Leibhardt, Heimdorf.

Ehrenamtliches Engagement, die ebenfalls vom Bürgermeister eingerichtet wurde? Warum wurde die ebenfalls in Weinbach seit Jahrzehnten existierende kommunale Sozialstiftung nicht genutzt sondern als Unterstiftung in die neue Bürgerstiftung integriert? Warum leistet sich Steinen die Doppelspitze aus Bürgerstiftung und Bürgernetz? Zweifellos wird jede Kommune und jede Bürgerstiftung darauf ihre Antwort geben können. In Kapitel 3.2. wurden deutliche Hinweise auf eine Antwort vorgestellt. Zweifellos müssen aber die meisten Bürgerstiftungen sich ihren Ruf als gleichwertiges oder gar herausragendes Mitglied des lokalen Dritten Sektors erst erarbeiten, wenn sie ihrem eigenen Anspruch gerecht werden wollen.

3.6 Behauptung: Bürgerstiftungen können Staatsaufgaben übernehmen

„Angesichts sinkender öffentlicher Mittel und der Entwicklung der kommunalen Haushalte wird die Finanzierung von bisher selbstverständlichen Freiwilligkeitsleistungen der Gemeinde zunehmend fraglich. Ziel einer Bürgerstiftung in unserer Gemeinde soll daher sein, hier einzugreifen.“¹⁴⁷

„Ich sehe Bürgerstiftungen als starken Partner des Staates. Sie können den Staat nicht ersetzen aber sie können ihn wirkungsvoll ergänzen.“¹⁴⁸

So deutlich und an so zentraler Stelle wie die zitierte Präambel der Bürgerstiftung Steinen beschreibt keine weitere Bürgerstiftung im Untersuchungsraum ihre Aufgabe. Dennoch wird die Übernahme staatlicher Leistungen durch die Bürgerstiftung in den meisten Expertengesprächen als Option und zum Teil auch Hauptaufgabe genannt. Dies entspricht gängigen Erklärungsversuchen der Drittsektorforschung, muss aber in Frage gestellt werden.¹⁴⁹ Das eigene Bild des Verhältnisses zwischen Stiftung und Staat variiert zwar zwischen „starker Partner“¹⁵⁰ und „Lückenbüsser“¹⁵¹. Doch keiner täuscht sich darüber hinweg, dass die seit Jahrzehnten prekäre Situation der kommunalen Haushalte mit einem kontinuierlichen Abbau der Freiwilligkeitsleistungen verbunden ist.¹⁵²

Dass es sich nur um freiwillige Staatsaufgaben handeln kann, die die neue NPO-Art übernehmen kann, muss betont werden. Selbst bei schwierigster Haushaltslage wird sich die Kommune weder selbst von ihren Pflichtaufgaben entbinden, noch von Bürgerstiftungen entbinden lassen können. Theoretisch könnte es den Bürgerstiftungen zwar gelingen, sich

¹⁴⁷ Präambel der Satzung der Bürgerstiftung Steinen.

¹⁴⁸ Ursula von der Leyen, ehem. Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=120092.html> vom 29.4.2011.

¹⁴⁹ Vgl. die Versagens- oder Heterogenitätstheorien, maßgeblich die von Weisbrod vgl. Salamon, Lester M./ Anheier, Helmut K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch, in: Dieselben u.a. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin 1998. S. 211 – 247. S. 217ff.

¹⁵⁰ Heimdorf, Fünfstadt, Weinbach.

¹⁵¹ Schülerhausen.

¹⁵² Vgl. zu den Herausforderungen der Stadt BdSt (Hrsg.): Stiftungsreport 2010/11. Stadt trifft Stiftung. Gemeinsam gestalten vor Ort. Berlin 2010.

als so professionell, erfahren, verlässlich, wirtschaftlich etc. zu profilieren, dass ihr in der Zukunft staatliche Aufgaben ganz oder teilweise übertragen werden. Aus dem Sozialbereich ist diese Konstruktion als *Public Private Partnership* zwischen Staat und Wohlfahrtsverbänden bekannt. Doch selbst Verfechter intersektoraler Regierungsführung werden zugeben müssen, dass die bisher noch jungen Bürgerstiftungen von einer solchen Partnerschaft derzeit noch weit entfernt sind. Sie besitzen weder die Professionalität des Personals, noch das Budget, um in der Liga eines Diakonie-, Caritas- oder Paritätischen Wohlfahrtsverbandes mitzuspielen.¹⁵³ Zudem ist es fraglich, ob sie durch die Vielfalt ihrer Förderziele jemals in einem einzelnen Bereich eine derartige Professionalisierung und Professionalität erzielen können – oder ob ihre Förderer dies überhaupt wollen. Die meisten Bürgerstiftungen haben ohnehin den ausdrücklichen Passus der Satzungsvorlage des BdSt in ihre Satzung aufgenommen, dass die Stiftung ausdrücklich keine staatlichen Pflichtaufgaben übernehmen kann.

Auffallend zielstrebig drängen die untersuchten Bürgerstiftungen jedoch in einen der ganz klassischen staatlichen Hoheitsbereiche: Wie oben bereits angesprochen, sehen Bürgerstiftungen eines ihrer Hauptförderziele im Bereich Bildung. Das entspricht ganz dem Bundesdurchschnitt.¹⁵⁴ Das Beispiel Weinbach mag verdeutlichen, welchen Stellenwert die Bürgerstiftung seit ihrer Gründung 2005 in diesem Bereich in der Stadt erreicht hat. Unter dem Motto „Gesund aufwachsen in Weinbach“¹⁵⁵ bzw. dem inoffiziellen, mittelfristigen Förderleitsatz „Wir bringen Kinder in Bewegung“¹⁵⁶ möchte sie sich in den kommenden Jahren verstärkt für Kinder und Jugendliche sowie im Bildungsbereich engagieren. Durch die satzungsgemäße Besetzung der Gremien finden sich in Vorstand und Rat, die über die Mittelvergabe befinden, relativ viele (aktuelle und ehemalige) Gemeinderäte, Mitglieder der Stadtverwaltung und auch der Oberbürgermeister selbst. Obwohl man bereits zum wiederholten Male alle Vereine der Stadt angeschrieben habe, sei außerhalb der Stiftungsmitarbeiter und der städtischen Gremienmitglieder die Möglichkeit der Antragstellung bei der Bürgerstiftung nicht hinreichend bekannt, berichtet Kämmerer und Stiftungsgeschäftsführer Rieber im Gespräch. Dies führe dazu, dass insbesondere die Stadträte, die im Themenbereich Bildung ihr Profil hätten, überproportional viele Anträge für Schulen einreichen und auch genehmigt bekämen. Dabei ist eben der Schulbereich eine klassische kommunale Pflichtaufgabe. Das daraus entstehende Dilemma beschreibt Rieber folgendermaßen:

¹⁵³ Vgl. zum Budget der Rmstaler Bürgerstiftungen den Anhang.

¹⁵⁴ Vgl. BdSt (Hrsg.): Stiftungsreport 2010/11. Stadt trifft Stiftung. Gemeinsam gestalten vor Ort. Berlin 2010.

¹⁵⁵ Bürgerstiftung Weinbach Förderschwerpunkt 2010 „Gesund aufwachsen in Weinbach“ auf [\[http://213.23.113.117/buergerstiftung/cms/front_content.php?idcat=96\]](http://213.23.113.117/buergerstiftung/cms/front_content.php?idcat=96) vom 4.4.2011.

¹⁵⁶ Herr Rieber, Weinbach.

„In gewisser Weise stellt die Stadt dann Anträge bei sich selber [...] sie kann eben auch Zuschüsse kriegen für ihre Projekte oder Schulen. Das Land hat ja stark gekürzt und da springen wir eben ein. [...] Man könnte da schon reininterpretieren, dass die Stadt sich selbst entlastet. Wenn es die Bürgerstiftung nicht gäbe, müsste die Stadt das anders finanzieren oder die Projekte gäbe es eben nicht.“¹⁵⁷

Rieber fährt fort, diese Art des „Selbstbedienungsladens“¹⁵⁸ wäre in der Öffentlichkeit nur geringfügig bekannt, sonst würde die Kritik an der Fördermittelvergabe wohl heftig ausfallen. Auch in Weinbach leidet man unter dem bereits angesprochenen Problem mangelnder Förderanträge und ist auf der Suche nach einem „Leuchtturmprojekt“¹⁵⁹, das auf lohnende Weise – das bedeutet öffentlichkeitswirksam und profilschärfend – eine größere Menge Stiftungskapital binden kann. Doch selbst wenn Bildungsmittel an städtische Schulen im Vergleich zu anderen Förderprojekten überproportional häufig vergeben werden, zeigt ein Blick auf den Weinbacher Kommunalhaushalt, dass die Bürgerstiftung noch weit davon entfernt ist, die Stadt in ihrer Aufgabe zu beerben oder auch nur wirkungsvoll zu ergänzen: Zwar ist Bildungs- und Schulförderung wie oben beschrieben ein großer Förderbereich der Weinbacher Bürgerstiftung. Tatsächlich standen ihr im Jahr 2009 aber insgesamt nur eine mögliche Ausschüttung von etwa 30.000 € zur Verfügung. Die Stadt Weinbach hingegen veranschlagte in ihrem Haushalt allein fast 3,5 Mio € städtischer Ausgabe für Schulen.¹⁶⁰

Auch die Behauptung, Bürgerstiftungen würden sich zunehmend als echte Partner pleitegegangener Kommunen unentbehrlich machen, muss also zumindest relativiert werden. Es bleibt bei dem Befund, dass der finanzielle Spielraum der Bürgerstiftungen zumindest derzeit noch eher beschränkt ist und sich die Art ihres Engagements bisher zumindest noch nicht den Maßstab einer quasi-staatlichen Institution erreicht hat. Mit ihnen, so das Fazit eines Gesprächspartners, haben die örtlichen „Bürgermeister was für ihre Portokasse [...], wenn der Dienst nach Vorschrift mal nicht reicht, um sich zu präsentieren.“¹⁶¹ In diesem Befund schließt sich der Kreis zum Anfang des Kapitels und wirft zugleich eine neue Dimension des Anspruchs auf Übernahme staatlicher Aufgaben auf. Insbesondere der Fließtärer Typ der Bürgermeister-Stiftungen scheint anfällig dafür zu sein, dass sich in ihnen eine Art Schattenhaushalt für nicht mehr finanzierbare staatliche Leistungen bildet. In einigen Fällen haben sowohl der Kämmerer als auch der Bürgermeister und Teile des Gemeinderates Einblick in die Finanzen von Stadt und Stiftung gleichzeitig. Die Möglichkeit, Projekte und Fördermaßnahmen von einem Topf in den anderen zu verschieben ist zumindest gegeben. Glücklicherweise sind die Bürgerstiftungen aufgrund ihrer bisherigen Finanzlage aber noch weit von ihrem Anspruch entfernt, gestaltender

¹⁵⁷ Herr Rieber, Weinbach.

¹⁵⁸ Herr Rieber, Weinbach.

¹⁵⁹ Herr Rieber, Weinbach.

¹⁶⁰ Vgl. den Nachtrag zum Verwaltungshaushalt der Stadt Weinbach von 2009 auf [<http://www.Weinbach.de/text/112/de/haushaltsplan.html>] vom 31.1.2011, S. 11.

¹⁶¹ Herr Alben, Heimdorf.

Partner der Lokalpolitik zu sein. Damit sinkt mutmaßlich auch die Gefahr, die enge Verflechtung zwischen Kommune und Bürgerstiftung zu missbrauchen.

4 Fazit und Ausblick

Die Bürgerstiftungen im Vorderen Fließtal – nur alter Wein in neuen Schläuchen? Das Fazit fällt ernüchternd aus. Gemessen vor allem an den demokratiethoretischen Ansprüchen, die sie an sich stellen, haben die untersuchten Bürgerstiftungen in den meisten Fällen glatt ihr Thema verfehlt. Sie scheinen derzeit eher Instrumente des Standortmarketings von Kommunen oder deren Eliten nach dem Motto „mein Haus, mein Auto, mein Boot... meine Stiftung!“¹⁶² zu sein, als Ausdruck der bürgerschaftlich organisierten Zivilgesellschaft.

Ein möglicher Grund dafür mag im Maßstab selbst liegen, dessen sich die vorliegende Arbeit bedient: Selbstverständlich werden übersichtsartige Darstellungen über die deutsche Bürgerstiftungslandschaft ihre Erkenntnisse aus der Realität bündeln, verallgemeinern und raffen, um den kleinsten gemeinsamen Nenner der Stiftungsgattung herauszuarbeiten. Es scheinen darüber hinaus vor allem externe Ansprüche an Bürgerstiftungen zu sein, die sie kaum trennbar auch für sich selbst übernehmen. Diese klingen zwar vielversprechend, sind aber schlichtweg überzogen und empirisch außerordentlich schwer zu überprüfen. Sie beschwören eine normativ überhöhte Gesellschafts- oder Politikvision herauf, beschreiben aber keineswegs die Realität. Der Blick scheint getrübt für die Tatsache, dass ähnliche Hoffnungen bereits in der Vergangenheit auf anderen Instrumenten *governance*-orientierter Regierungsführung lagen: Runde Tische, lokale Agenden, kommunale Sozialstiftungen, Bürgerbegehren und Bürgerbescheide, das gläserne Rathaus – alle diese Begriffe waren zu ihrer Zeit mit großen Hoffnungen auf mehr Partizipation und Bürgerbeteiligung verbunden und keiner konnte seinen Glanz über die Zeiten retten. Viele von ihnen fristen mittlerweile ein von den selbst ernannten Freunden der Realität belächeltes Schattendasein, obwohl alle ihr Gutes haben. Den Bürgerstiftungen droht ein ähnliches Schicksal, wenn nicht endlich ihre Chancen und Risiken, ihre Möglichkeiten und Grenzen realistisch eingeschätzt werden.

Die Auflistung von Kritikpunkten der vorliegenden Arbeit soll nicht bedeuten, dass Bürgerstiftungen per se zum Scheitern verurteilt sind. Einen solchen Automatismus herbeizureden wäre ebenso einseitig, wie die übergroßen Erwartungen, die an sie gestellt werden. Hier eröffnet sich der Blick auf den zweiten, wichtigeren Erklärungsstrang. Die Bürgerstiftungen selbst müssen lernen, sich und ihre Optionen im Rahmen der ganz spezifischen lokalen Bedingungen richtig einzuschätzen. Sie müssen lernen, zwischen den

¹⁶² Mecking, Christoph: Mein Haus, mein Auto, mein Boot... meine Stiftung. Vom Sinn des Stiftens in unserer Zeit, in: ISS(Hrsg.): Den Stein ins Rollen bringen. Stiften und Stiftungen in Stuttgart. Stuttgart 2005. S. 12 – 18. S. 12.

großen Schlagworten öffentlicher Sonntagsreden und ihren eigenen Zielen zu unterscheiden, um sich schließlich ganz bewusst das eine oder andere Mittel zur Zielerreichung zu erarbeiten. Worthülsen wie „Unabhängigkeit“ oder „Transparenz“, um die die deutsche Bürgerstiftungs-Debatte immer wieder kreist, transportieren keine Werte für sich. Erst wenn sie an den besonderen Voraussetzungen vor Ort abgeglichen werden und strategisch eingesetzt werden, entfalten sie ihre Wirkung für oder gegen eine Bürgerstiftung.

Für die angesprochenen Aspekte bedeutet das Folgendes:

- Die Frage der Rechtsform ist keine, an der sich Gelingen oder Scheitern von bürgerschaftlichem Engagement entscheidet. Die Frage nach der Rechtsform ist in der Literatur überstrapaziert, nicht zuletzt aufgrund der historischen Dominanz des Stiftungsrechts in der Dritten-Sektor-Forschung. Vor- und Nachteile der verschiedenen Rechtsformen müssen gründlich abgewägt werden. Soll etwa konsequent das partizipative Element betont werden, kann es sinnvoll sein, sich der Vereinsform zu bedienen, in der das basisdemokratische Gremium der Mitgliederversammlung der oberste Souverän ist.
- Abgesehen vom steuerlichen Tatbestand ist die Selbstlosigkeit des Stiftungshandelns eine Verzerrung von Tatsachen. Gemeinwohl und Eigennutz halten sich in den unterschiedlichsten Spielarten von Drittsektororganisationen stets die Wage. Der philanthropische *homo oeconomicus* kann große Summen seines Vermögens der Gemeinnützigkeit zuführen und sich gleichzeitig über den Zuwachs von sozialem Kapital in Form von Ehre und Anerkennung freuen. Diese Tatsache zu leugnen heißt auch, eine Chance zu vertun, Menschen genau bei dieser Ehre zu packen, um sie erfolgreich einzubinden.

In der Atmosphäre des sprichwörtlichen schwäbischen „Schaffergeistes“, drohen die untersuchten Bürgerstiftungen aber derzeit ihre eigentliche Zielsetzung aus den Augen zu verlieren. Es entsteht bisweilen der Eindruck, der „Schwerpunkt der Tätigkeit einer Bürgerstiftung [sei] der Aufbau ihres Stiftungsvermögens“¹⁶³. Dem ist aufs massivste zu widersprechen. Natürlich kann eine NPO nur dann Projekte umsetzen, wenn sie über entsprechende Mittel verfügt. Doch führt es den Kern des Stiftungs- und Schenkungsgedankens *ad absurdum*, wenn zuerst eine Organisation gegründet, danach mit großer Leidenschaft für unternehmerisches Handeln ein Haufen Kapital gesammelt und erst zum Dritten darüber nachgedacht wird, wofür das gehortete Geld eigentlich ausgegeben werden soll.

¹⁶³ Vgl. die Bertelsmann Stiftung: So funktioniert eine Bürgerstiftung auf [<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-23BDDF15-65E2C932/bst/hs.xsl/11245.htm>] vom 17.10.2011.

- Das Wort „von Bürgern für Bürger“ sollte wieder verstärkt als das wahrgenommen werden, was es ist: ein einprägsamer, werbewirksamer *Marketingslogan*. Ein operationalisierbares Kriterium für die Arbeit von Bürgerstiftungen ist er schon deshalb nicht, weil ohnehin jeder Einwohner einer Kommune ein Bürger ist, es also keine Alternative dazu gibt. Was die impliziten Forderungen nach der Inklusion von mehr und anderen Bevölkerungsgruppen angeht, zeichnen sich auf der Basis der untersuchten Bürgermeister-Stiftungen zwei Optionen ab: Entweder sie wollen weiterhin als schlankes, erstklassig vernetztes Expertengremium arbeiten. Dann könnten sie ähnlich einem *think tank* pointierte Projekte entwickeln und finanzieren, die Durchführung aber Dritten überlassen. Gerade in den überschaubaren Kommunen Süddeutschlands könnte die traditionell herausragende Stellung des Oberbürgermeisters ausreichen, um eine integrative Wirkung auf die Gesamtbevölkerung auszuüben. In diesem Fall müsste sich die Bürgerstiftung aber vom Anspruch der umfassenden Partizipationsmöglichkeit für jedermann freischwimmen und unter Umständen auch belastende Scheingremien wie Stifterforum oder Stifterversammlung überdenken.

Oder die Bürgerstiftung möchte dem Anspruch gerecht werden, in ihrer Personalstruktur und in ihren Gremien die Vielheit der städtischen Milieus abzubilden. Abgesehen von der Vermutung, dass sich auch trotz stärkster Bemühung niemals alle Bevölkerungsgruppen erreichen lassen werden, ist die konsequente Umsetzung dieses Anspruchs wohl äußerst schwierig: Wo überhaupt findet man die Außenseiter, wie bewegt man sie zum Mitmachen, welche ist die gemeinsame Verhandlungssprache (im übertragenen, soziokulturellen Sinne aber auch ganz pragmatisch hinsichtlich der Landessprache), wie überzeugt man die dominierenden Eliten, ihre Monopolstellung zu teilen etc.? Wenn sie sich der Herausforderung stellten, könnten Bürgerstiftungen tatsächlich eine Organisation werden, die auch schwach repräsentierten Gruppen ein Forum bietet. Gerade die lokale Ausrichtung der Stiftungen bietet etwa Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit, sich in ihrer Nahwelt einzubringen und auszuleben, ohne gleich das ganze Paket von Staatsbürgerschaft und Religionsgemeinschaft annehmen zu müssen.

In welche Richtung sich die Bürgerstiftungen, nicht nur der untersuchten Region, langfristig entwickeln, bleibt abzuwarten. Bei aller Schelte über die derzeitigen elitären Strukturen und Gremien sollte auch nicht übersehen werden, dass diese den Start der neuen Organisationen sicherlich erleichtern, ihnen das notwendige *know-how* zuführen und die notwendigen Abläufe und Infrastrukturen – von der Anmeldung beim Finanzamt bis zur kostenlosen Nutzung der städtischen Poststelle – zur Verfügung stellen.

- Die Frage nach der gesellschaftlichen Veränderungskraft von Bürgerstiftungen ist ähnlich zweigeteilt zu beantworten. Bürgerstiftungen und andere NPOs können grundsätzlich innovativ sein, müssen es aber nicht. Keine NPO unterliegt irgendeiner Verpflichtung dazu, es sei denn, sie nimmt sie in ihre Satzung mit auf. Auch Bürgerstiftungen könnten, entgegen dem allgemeinen Trend zu öffentlich in Szene gesetzten neuen Projekten, verstärkt auf Altbewährtes und Kontinuitäten setzen. Nichts bremst einen Entwicklungsprozess mehr aus, als permanente Erneuerungen und Überarbeitungen. Es wäre wahrhaft selbstlos, auf glamouröse Eigenproduktionen zu verzichten, und ehemalige Innovationen zu unterstützen, die nicht schlechter, nur älter, werden und oft genug an der Frage der Folgefinanzierung scheitern.

Wenn die Bürgerstiftungen aber tatsächlich innovativ Gesellschaft und Politik mitgestalten wollten, könnten sie bei akutem Ideenmangel auf *best-practice*-Plattformen wie den ISS, die runden Tische der Breuninger Stiftung oder den Projektpool des BdSt zurückgreifen. Die Eigenleistung bestünde dann im strategischen Projekttransfer mit Augenmaß für die jeweiligen lokalen Besonderheiten.

- Die personellen Voraussetzungen sind in der Regel gut geeignet, dass die Bürgerstiftungen tatsächlich eine herausragende Rolle im Dritten Sektor der Kommunen spielen: Sie sind in den entsprechenden Kreisen eingeführt und gut vernetzt, bündeln *know-how* und Finanzkraft. Doch hochkarätig besetzte Gremien sind nicht gleichbedeutend mit Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie sagen auch nichts aus über den Grad der Identifikation der Gremienmitglieder mit der Organisation. Es wird keine Bürgerstiftung umhin kommen, sich mit glaubwürdiger Förderpraxis, gesammeltem Expertenwissen, sensiblem *Stakeholder-Management* und vor allem einem langen Atem ausgestattet, die angestrebte Rolle im Laufe der Zeit zu erarbeiten. Ihr sei zur Behutsamkeit vor allem im Umgang mit traditionsreichen Vereinen geraten. Die Überstrapazierung des moralschweren Appells zu (mehr) bürgerschaftlichem Engagement droht diejenigen zu verprellen, die schon sehr lange ganz selbstverständlich in ihrer Kommune aktiv sind, ohne viel Aufhebens darum zu machen oder großen Dank dafür zu erwarten.
- Wer über Transparenz spricht, dem muss ins Gedächtnis gerufen werden, dass die Offenheit einer Organisation mehr als eine gepflegte Homepage erfordert. Es ist ein guter Anfang, wenn bekannt ist, wer in welchem Gremium sitzt, wie hoch das Spendenaufkommen ist oder welchen Förderrichtlinien sich Projektantragsteller zu unterwerfen haben. Das allerdings sollte vor dem Hintergrund der Organisationslogik von Bürgerstiftungen eigentlich nicht der Rede wert sein. Wirkliche Transparenz

bedeutet Nachvollziehbarkeit, etwa warum (oder warum eben gerade nicht) jemand in welches Gremium gewählt wurde; sie gewährt also Einblicke in deren Innerstes. Sie lässt sich nicht an der Menge lobender Erwähnungen in den Medien, sondern an der Glaubwürdigkeit der Antwort auf unbequeme Fragen messen.

Kein Zweifel, wer mit offenen Karten spielt, macht sich angreifbar. Es ist notwendig, ganz grundsätzlich zu überlegen, welche Zahlen oder Daten eine Bürgerstiftung bekannt geben möchte – oder muss. Damit verbunden ist die Frage, wem mit der Offenlegung gedient sein soll. Geht es um den Bedarf der NPO-Forschung oder der *Support-Organisationen* an vergleichbarem Datenmaterial? Dann ist es deren Aufgabe, für die regelmäßige Beantwortung ihrer eigenen Umfragen zu werben, wie es ja bereits geschieht.¹⁶⁴ Folgt die Bürgerstiftung der demokratiethoretischen Argumentation und sieht sich als Teil der demokratisch legitimierten städtischen Öffentlichkeit? Dann wird sie sich gewissen öffentlichen Meinungsbildungsprozessen stellen, vielleicht sogar unterwerfen. Sie wird Instanzen schaffen, die ihre – *nota bene* selbst verordnete – Veröffentlichungspflicht kontrolliert und die auch eine Verfügungsgewalt bei Verletzung besitzt. Oder versteht sie sich als eigenständige Organisation, die auf einem begrenzten Markt rasch und effektiv ein professionelles *social entrepreneurship* etablieren möchte? Dann kann eine gewisse Verschwiegenheit über interne Abläufe von Vorteil sein. Die Abwesenheit rechtsverbindlicher Publikationspflichten ermöglicht diesen Weg bisher noch ohne Weiteres.

- Vor dem Übereifer, Staatsaufgaben übernehmen zu wollen, muss schließlich gewarnt werden. Für die noch jungen Bürgerstiftungen kann es gefährlich werden, sich selbst in die Position des Lückenbüßers zu manövrieren oder von mangelhaft kontrollierten Gremien oder Personen (in erster Linie die gebündelte formale und informelle Macht des Oberbürgermeisters!) dorthin bugsieren zu lassen. Noch sind sie in sämtlichen Ressourcen nicht in der Lage, diese Position auszufüllen. Sie entbehren zudem jeder Legitimierung nach den Maßstäben des repräsentativen demokratischen Systems der BRD. Selbstverständlich wollen und sollen auch Bürgerstiftungen als Organisationen der Zivilgesellschaft Aufgaben in Staat und Gesellschaft übernehmen, doch müssen sie nicht notgedrungen die bisherigen Staatsaufgaben weiterführen. Im Grunde ist dieser Anspruch sogar besonders schwer vereinbar mit dem Anspruch auf

¹⁶⁴ Unter anderem arbeiten der BdSt und die AB seit Jahren daran, verlässliche Daten möglichst vieler deutscher Bürgerstiftungen zu sammeln, um eine vergleichbare, aggregierbare Grundlage für die NPO-Forschung zu generieren. Vgl. etwa die jährlichen sog. Märzumfragen des BdSt, u.a. [Bundesverband deutscher Stiftungen: Faktenblatt Märzumfrage 2010 auf http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/8_Presse/2_Pressematerial/IBS_Faktenblatt_2010_10_01.pdf] vom 18.1.2011.

Innovativität. Hinsichtlich der Mittelvergabe wird es für alle Bürgerstiftungen des untersuchten Raumes notwendig sein, sich nicht allein auf eingehende Anträge oder die Phantasie ihrer Gremienmitglieder zu verlassen, sondern sich gezielt des Instruments der Markt- bzw. Bedarfsanalyse zu bedienen, das ihnen ihren Platz in der örtlichen Förderlandschaft maßgeschneidert zuweisen wird.

Hilfreich wäre es in jedem Falle, wenn die einflussreichen *Support*-Organisationen die Bürgerstiftungen bei ihrer Entfaltung unterstützten, indem sie ihre vermeintlich verbindlichen „Definitionen“ umdeklarierten. Es handelt sich bei genauerem Hinsehen um eine Zusammenschau von praktischen Erfahrungswerten sowie eine Handreichung von variablen Instrumenten des *Nonprofit-Management*, die immer nachgeordnet zu Satzung und Leitbild rangieren¹⁶⁵. Provokant formuliert, handelt es sich sogar nur um das erfolgreiche *Marketing*-Konzept einer ganzen Reihe von Institutionen, die ihre Existenzberechtigung aus der rein quantitativ bewerteten Verbreitung des Bürgerstiftungsgedankens in Deutschland beziehen¹⁶⁶.

Auch der Dritte Sektor und seine Organisationsformen unterliegen gewissen zyklischen Schwankungen. Zur Zeit erlebt das Modell Bürgerstiftung eine bisher nicht dagewesene *Hausse*. Doch sind sie von ihrem Wesen her auf große Dauer angelegte Organisationen, die, so die Hoffnung, Generationen von Bürgern und Bürgermeistern überleben. Sie werden über die Jahre hinweg verschiedene Phasen durchlaufen, auch solche der Ablehnung und Kritik. Da kann es nur von Nutzen sein, wenn jede Bürgerstiftung für sich – ganz im Sinne der Profilschärfung in qualitativer Hinsicht – diejenigen Merkmale pflegt und ausbaut, die sie vor allem von anderen Organisationsformen des Dritten Sektors unterscheidet: ihre strukturelle Flexibilität auf der einen und ihr klares Bekenntnis zum Wohl „ihrer“ Stadt und deren Bewohner auf der anderen Seite. Gute Bürgerstiftungsarbeit hat es nicht nötig, sich an bundesweit vereinheitlichenden Wettbewerben und globalen Phrasen zu orientieren. Sie muss vielmehr ihre Arbeit kleinräumig und mit Augenmaß vor der eigenen Haustüre verrichten, um ein glaubwürdiger, effizient arbeitender Akteur des lokalen Dritten Sektors zu sein.

¹⁶⁵ Einen großen Schritt in die richtige Richtung stellt z.B. der „BürgerstiftungsCheck“ der AB dar, vgl.: Aktive Bürgerschaft e.V. (Hrsg.): BürgerstiftungsCheck. Kennzahlenorientiertes Management von Bürgerstiftungen auf Grundlage der Balanced Scorecard. Berlin 2008.

¹⁶⁶ Neben den genannten *Support*-Organisationen BdSt und BA sind hier vor allem die Bertelsmann Stiftung und die Körber-Stiftung aus Deutschland sowie die amerikanische Charles Stewart Mott Foundation zu nennen, die allesamt daran arbeiten, die „Idee der Bürgerstiftung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, die Gründung neuer Bürgerstiftungen anzuregen und die bestehenden Bürgerstiftungen bei ihrem Aufbau zu unterstützen.“ Vgl. zum Zitat das Transatlantic Community Foundation Network-Projekt TCNF von Bertelsmann u.a. auf [<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-E29F01A1-D086CE1A/bst/hs.xsl/5556.htm>] vom 17.10.2011.

5 Literaturverzeichnis¹⁶⁷

• Monografien und Sammelbände

Aktive Bürgerschaft e.V. (Hrsg.): BürgerstiftungsCheck. Kennzahlenorientiertes Management von Bürgerstiftungen auf Grundlage der Balanced Scorecard. Berlin 2008.

Anheier, Helmut K.: Stiftungen. Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Gütersloh 2000.

Backhaus-Maul, Holger u.a. (Hrsg.): Corporate Citizenship in Deutschland. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen. Bilanz und Perspektiven. Wiesbaden 2010.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründe, Aufbau, Projekte. Gütersloh 1998.

Bock, Irmtraud u.a. (Hrsg.): Gemeinden und Stiftungen. Studie zur Gründung von Stiftungen auf kommunaler Ebene zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und öffentlicher Zwecke (Schriftenreihe des Gemeindetags Baden-Württemberg, Bd. 8). Stuttgart 2006.

Brehmer, Jörg/ Moersch, Karl: Fließtalpolitik (Schriftenreihe der Reinhold-Maier-Stiftung, Bd. 31). Stuttgart 2004.

Denecke, Heiko: Die rechtliche Bedeutung der kommunalen Stiftung. Eine Analyse am Beispiel der Entwicklung des Stiftungswesens in Ostdeutschland. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Olaf Werner. Jena 2004.

Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002.

Meffert, Heribert: Marketing. Grundlagen marktorientierter Unternehmensführung. Konzepte – Instrumente – Praxisbeispiele. Wiesbaden 2000.

Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005.

Pröve, Ralf: Stadtgemeindlicher Republikanismus und die „Macht des Volkes“. Civile Ordnungsformationen und kommunale Leitbilder politischer Partizipation in den Deutschen Staaten vom Ende des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Göttingen 2000.

Sack, Detlef: Governance und Politics. Die Institutionalisierung öffentlich-privater Partnerschaften in Deutschland (Schriften zur Governance-Forschung, Bd. 15) Baden-Baden 2009.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistik für Landkreise: Fließ-Murr-Kreis. Stuttgart 2007.

Strachwitz, Rupert Graf (Hrsg.): Stiftungen. Nutzen, fördern und einrichten. Ein Handbuch. Frankfurt/ Main 1994.

Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005.

Vogt, Ludgera: Das Kapital der Bürger. Theorie und Praxis zivilgesellschaftlichen Engagements. Frankfurt/ New York 2005.

¹⁶⁷ Alle Ortsnamen wurden für die Arbeit mit Pseudonymen verschlüsselt. Dies hat auch Auswirkungen auf die Quellen und Literaturverweise.

Zimmer, Annette u.a.: Führungskräfte in gemeinnützigen Organisationen. Bürgerschaftliches Engagement und Management. Münster 2005.

- **Artikel in Sammelbänden**

Brömming, Ulrich: Transparenz/ Öffentlichkeitsarbeit, in: Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005. S. 692 – 703.

Ebrahim, Alnoor: The Many Faces of Nonprofit Accountability, in: Renz, David O./ Herman, Robert D. (Hrsg.): The Jossey-Bass Handbook of Nonprofit Leadership and Management. San Francisco 2010. S. 110 – 121.

Feurt, Suzanne L.: International Perspective: Models, Experience and Best Practice, in: Walkenhorst, Peter (Hrsg.): Community Foundations in Civil Society/ Bürgerstiftungen in der Zivilgesellschaft. Gütersloh 1999. S. 23 – 38.

Feurt, Suzanne L.: Gemeinschaftsstiftungen. Stiftungsarbeit von Bürgern für Bürger, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründe, Aufbau, Projekte. Gütersloh 1998. S. 139 – 268.

Fischbach, Christian: Bürgerstiftungen und Partizipation. Betrachtungen zu den Stakeholdern von Bürgerstiftungen, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S. 147 – 162.

Hinterhuber, Eva Maria: Die Bürgerstiftung – ein Sonderfall?, in: Strachwitz, Rupert Graf/ Mercker, Florian (Hrsg.): Stiftungen in Theorie, Recht und Praxis. Handbuch für ein modernes Stiftungswesen. Berlin 2005. S. 337 – 342.

Müller, Karin: Bürgerstiftungen und ihre Charakteristika. Anspruch und Realität, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S. 67 – 90.

Rawert, Peter: Bürgerstiftungen in Deutschland. Eine kritische Einführung aus juristischer Sicht, in: Nährlich, Stefan u.a. (Hrsg.): Bürgerstiftungen in Deutschland. Bilanz und Perspektiven (Bürgergesellschaft und Demokratie, Bd. 23). Wiesbaden 2005. S. 40 – 51.

Sachse, Christoph: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements, in: Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002. S. 23 – 28.

Salamon, Lester M./ Anheier, Helmut K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch, in: dieselben u.a. (Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland. Berlin 1998. S. 211 – 247.

Schlüter, Andreas/ Walkenhorst, Peter: Foreword, in: Walkenhorst, Peter (Hrsg.): Community Foundations in Civil Society/ Bürgerstiftungen in der Zivilgesellschaft. Gütersloh 1999. S. 7 – 12.

Strachwitz, Rupert Graf: Transparenz und Zivilgesellschaft, in: Opusculum Nr. 64/ 2010.

Thimm, Elisabeth: Eine missachtete Bedeutung oder Das Skript im Kopf der Forscherin, in: Eisch, Katharina – Hamm, Marion (Hrsg.): Die Poesie des Feldes. Beiträge zur ethnografischen Kulturanalyse (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, Bd. 62). Tübingen 1984. S. 81 – 92.

Walkenhorst, Peter: Einleitung. Bürgerstiftungen als neue Organisationsform zivilgesellschaftlichen Engagements, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte. Gütersloh 2004. S. 11 – 26. S. 17.

Zimmer, Annette u.a.: The Legacy of Subsidiarity. The Nonprofit Sector in Germany, in: Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard (Hrsg.): Future of Civil Society. Making Central European Nonprofit-Organizations Work. Wiesbaden 2004. S. 681 – 712.

- **Artikel in Zeitungen und Zeitschriften, graue Literatur**

Aschbacher Jörg; Wurst-Conny am Samstag auf dem Wochenmarkt. Voller Einsatz für die Bürgerstiftung, in: Heimdorf Aktuell vom 5.6.2008.

Bundesverband deutscher Stiftungen (Hrsg.): Bürgerstiftungen stellen sich vor. Berlin 2005.

Bundesverband deutscher Stiftungen (Hrsg.): Stiftungsreport 2010/11. Stadt trifft Stiftung. Gemeinsam gestalten vor Ort. Berlin 2010.

Mecking, Christoph: Mein Haus, mein Auto, mein Boot... meine Stiftung. Vom Sinn des Stiftens in unserer Zeit, in: Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen (Hrsg.): Den Stein ins Rollen bringen. Stiften und Stiftungen in Stuttgart. Stuttgart 2005. S. 12 – 18.

Schuster, Wolfgang: Grußwort zur Neuauflage, in: Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen (Hrsg.): Den Stein ins Rollen bringen. Stiften und Stiftungen rund um Stuttgart. Stuttgart 2005. S. 10 – 11.

Strachwitz, Rupert Graf: Plädoyer für eine Zivilgesellschaftspolitik, in: Bucerius Law School (Hrsg.): npoR Heft 1/ 2009. S. 2 – 9.

Walkenhorst, Peter: Erfolge und Herausforderungen. Zehn Jahre Bürgerstiftungen in Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, in: Stiftung und Sponsoring Heft 1/ 2007. S. 22 – 23.

Zimmer, Annette/ Priller, Eckhard: Der Dritte Sektor in Deutschland. Wachstum und Wandel, in: Gegenwartskunde, Jg. 50/ Heft 1. S. 121 – 147.

- **Internetquellen**

Aktive Bürgerschaft e.V. : Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2010. Berlin 2010 auf [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/VAB_Laenderspiegel_BS_2010.pdf] vom 31.1.2011.

Aktive Bürgerschaft e.V. auf [<http://www.aktive-buergerschaft.de/>] vom 31.1.2011.

Aktive Bürgerschaft e.V. auf [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/basisinformationen/entwicklung_und_diskurs/engagement_von_unternehmen] vom 31.1.2011.

Arbeitskreis Kommunalstiftungen des BdSt auf [<http://www.stiftungen.org/de/termine-vernetzung/arbeitskreise-gespraechskreise-und-foren/arbeitskreis-kommunales.html>] vom 31.1.2011.

Bertelsmann Stiftung: Bürgerstiftungen. Engagement von Bürgern für Bürger, auf [http://www.buergerstiftungen.de/cps/rde/xchg/buergerstiftungen/hs.xsl/2132_18468.htm] vom 17.10.2011.

Bertelsmann Stiftung: Glossar auf [http://www.buergerstiftungen.de/cps/rde/xchg/buergerstiftungen/hs.xsl/2132_18468.htm] vom 4.4.2011.

Bertelsmann Stiftung: So funktioniert eine Bürgerstiftung auf [<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-23BDDF15-65E2C932/bst/hs.xsl/11245.htm>] vom 17.10.2011.

Bürgerstiftung Berlin auf [<http://www.buergerstiftung-berlin.de/index.php?id=39>] vom 17.6.2010.

Bürgerstiftung Duisburg gAG unter [<http://www.buergerstiftung-duisburg.de/Satzung.html>] vom 17.6.2010.

Bürgerstiftung Weinbach auf [http://213.23.113.117/buergerstiftung/cms/front_content.php?idcat=96] vom 4.4.2011.

Bürgerstiftung Steinen auf [<http://www.buergerstiftung-Steinen.de/>] vom 31.1.2011.

Bürgerstiftung Ostrachtal e.V. in Bad Hindelang auf [http://www.bad-hindelang.info/se_data/_filebank/pdf/gemeinde/vereine/VEREINE-Liste%20Internet.pdf] vom 17.6.2010.

Bürgerstiftung Schülerhausen auf [<http://buergerstiftung.pluederhausen.de/data/stiftungsforum.php>] vom 31.1.2011.

Bürgerstiftung Heimdorf auf [<http://www.buergerstiftung-Heimdorf.de/>] vom 31.1.2011.

Bürgerschaftsstiftung Staufingen auf [<http://www.Staufingen.de/sixcms/detail.php?id=14773>] vom 17.6.2010.

Bürgerstiftung Fünfstadt auf [<http://www.buergerstiftung-Fünfstadt.de/>] vom 31.1.2011.

Bürgerverein Blankenese in Hamburg auf [<http://www.blankeneser-buergerverein.de/wir.php>] vom 17.6.2010.

Bundesverband deutscher Stiftungen (Hrsg.): Vor Ort aktiv. Bürgerstiftungen stellen sich vor 2009/ 2010. Berlin 2009 auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/6_Publikationen_Bilder/Publikationen_pdf/BS_stellen_sich_vor_09xs.pdf] vom 29.4.2011.

Bundesverband deutscher Stiftungen auf [<http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/>] vom 31.1.2011.

Bundesverband deutscher Stiftungen: Faktenblatt Märzumfrage 2009 auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/2_News_und_Wissen/5_Buergerstiftungswissen/Zahlen_und_Fakten/Fakten_Maerzumfrage_2009.pdf] vom 31.1.2011.

Bundesverband deutscher Stiftungen: Faktenblatt Märzumfrage 2010 auf [http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/fileadmin/ibs/de/8_Presse/2_Pressematerial/IBS_Faktenblatt_2010_10_01.pdf] vom 18.1.2011.

Bundesverband deutscher Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (Hrsg.): BankInformation. MitStiften! Mit Geld, Zeit, Ideen. Heft 4/ 2011. Berlin 2011; auf [http://issuu.com/aktivebuergerschaft/docs/bvr_bi_sonderausgabe_buergerstiftungen_2011_gross/2?mode=a_p] vom 29.4.2011.

Detjen, Joachim: Leitbilder der Demokratie-Erziehung: Reflektierte Zuschauer – interventionsfähige Bürger – Aktivbürger auf [http://www.bpb.de/veranstaltungen/P9KG4D,0,Leitbilder_der_DemokratieErziehung%3A_Reflektierte_Zuschauer_%96_interventionsf%4E4hige_B%FCrger_%96_Aktivb%FCrger.html] vom 31.1.2011.

Diakonie Stetten auf [<http://www.stetten.de/Zahlen-Fakten.12.0.html>] vom 17.6.2010.

Familie Hucke auf [<http://familie-hucke.de/Theo%20Bachteler.htm>] vom 31.1.2011.

Weinbacher Zeitung vom 4.10.2010 auf [http://content.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2655324_0_9223_-buergerstiftung-erneut-guetesiegel-fuer-buergerstiftung.html] vom 17.10.2011.

Weinbacher Zeitung vom 9.6.2010 auf [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2517199_0_9223_--quot-jeder-gespendete-euro-kommt-an-quot.html] vom 31.1.2011.

Gemeinde Steinen im Fließtal auf [<http://www.Steinen.de/ceasy/modules/cms/main.php5?cPagelId=11>] vom 31.1.2011.

Gemeinde Stückach auf [<http://www.Stückach.de/static/03P/06P/51/1/11/index.html>] vom 31.1.2011.

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg auf [<http://www.landesrecht-bw.de/jportal/?quelle=jlink&query=GemO+BW+Inhaltsverzeichnis&psml=bsbawueprod.psml&max=true>] vom 31.1.2011.

Haushalt der Stadt Weinbach von 2009 auf [<http://www.Weinbach.de/text/112/de/haushaltsplan.html>] vom 31.1.2011.

Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen auf [<http://www.stuttgarter-stiftungen.de/index.php>] vom 31.1.2011.

Kreissparkasse Stauffingen auf [<https://www.swn-online.de/buergerpreis.aspx>] vom 4.4.2011.

Eich-Stiftung gemeinnütziger Verein e.V. auf [www.Eich-stiftung.de] vom 17.10.2011.

Püttner, Günter zitiert nach Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Baden-Württemberg. Kleine politische Landeskunde. Stuttgart 1999, auf [<http://www.lpb-bw.de/publikationen/politischelandeskunde/99/ratsverfassung.gif&imgrefurl>] vom 31.1.2011.

Rassem, Mohammed: Die Stiftung als Modell, in: Stiftung und Leistung. Essays zur Kultursoziologie. Mittenwald 1979. S. 193, zitiert nach Strachwitz, Rupert Graf: Deutsche Stiftungen, ein Spiegel der Gesellschaft auf [<http://staatundstiftung.wordpress.com/2010/01/10/deutsche-stiftungen-ein-spiegel-der-gesellschaft/>] vom 31.1.2011.

Regierungspräsidium Stuttgart auf [<http://www.rp.baden-wuerttemberg.de/servlet/PB/menu/1062854/index.html>] vom 15.6.2010.

Fließ-Murr-Kreis auf [http://www.Fließ-murr-kreis.de/2347_DEU_WWW.php] vom 16.6.2010.

Fließ-Murr-Stiftung auf [http://www.Fließ-murr-kreis.de/2341_DEU_WWW.php] vom 31.1.2011.

Heimdorf Aktuell vom 19.6.2008 auf [<http://www2.buergerstiftung-Heimdorf.de/?m=200806>] vom 31.1.2011.

Heimdorf Aktuell vom 25.2.2010 auf [<http://www2.buergerstiftung-Heimdorf.de/?m=201002>] vom 31.1.2011.

Heimdorfer Nachrichten vom 1.3.2003 auf [http://www.Fließenbacher-bank.de/konto___karten/presse/gruendung.html] vom 31.1.2011.

Stadt Weinbach auf [<http://www.Weinbach.de/startseite/1/de/startseite.html>] vom 31.1.2011.

Stadt Heimdorf auf [<http://www.Heimdorf.de/ceasy/modules/cms/main.php5?cPagelId=11>] vom 31.1.2011.

Stadt Stauffingen auf [<http://www.Stauffingen.de/alias/start>] vom 31.1.2011.

Struktur- und Regionaldatenbank des Statistischen Landesamtes für Baden-Württemberg für das Jahr 2009 auf [<http://www.statistik-bw.de/srdb/home.asp?H=BevoelkGebiet&U=02&R=GE119067>] vom 31.1.2011.

Stuttgarter Zeitung vom 26.5.2010 auf [http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/2498721_0_9223_-endspurt-beim-buergerpreis-der-kreissparkasse.html], vom 31.1.2011.

Transatlantic Community Foundation Network auf [<http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-E29F01A1-D086CE1A/bst/hs.xsl/5556.htm>] vom 17.10.2011.

Tourismusverband Fließtal-Route auf [<http://www.Fließtal-route.de/Land-amp-Leute.392.0.html>] vom 18.6.2010.

Volksbank Fließ eG (Hrsg.): Sozialbericht 2010 für 2009, auf [http://www.volksbank-stuttgart.de/etc/medialib/i211m8900/pdf/wir_ueber_uns/geschaeftsberichte.Par.0004.File.tmp/sozialbericht2009.pdf] vom 31.1.2011.

Von der Leyen, Ursula auf [<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Presse/pressemitteilungen,did=120092.html>] vom 29.4.2011.

Wehling, Hans-Georg: Artikel „Süddeutsche Ratsverfassung“, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Unterschiedliche Verfassungsmodelle (Informationen zur politischen Bildung, Bd. 242), auf [http://www.bpb.de/publikationen/MYGRXS,4,0,Unterschiedliche_Verfassungsmodelle.html#index] vom 31.1.2011.

Wikipedia Artikel „Fünfstadt“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Fünfstadt>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Weinbach“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Weinbach>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Steinen im Fließtal“ auf [http://de.wikipedia.org/wiki/Steinen_im_Fließtal] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Schülerhausen“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Pl%C3%BCderhausen>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Fließ-Murr-Kreis“ auf: [<http://de.wikipedia.org/wiki/Fließ-Murr-Kreis>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Fließtal“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Fließtal>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Heimdorf“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Heimdorf>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Stückach“ auf [[http://de.wikipedia.org/wiki/Stückach_\(Fließ\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Stückach_(Fließ))] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Staufingen“ auf [<http://de.wikipedia.org/wiki/Staufingen>] vom 31.1.2011.

Wikipedia: Artikel „Fließenbach (Fließtal)“ auf [[http://de.wikipedia.org/wiki/Fließenbach_\(Fließtal\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Fließenbach_(Fließtal))] vom 31.1.2011.

Fließenbacher Bank Stiftung auf [http://www.Fließenbacher-bank.de/konto___karten.html] vom 31.1.2011.

• **Abkürzungsverzeichnis**

AB	-	Aktive Bürgerschaft
BdSt	-	Bundesverband deutscher Stiftungen
ISS	-	Initiativkreis Stuttgarter Stiftungen
OB	-	Oberbürgermeister

Anhang

Übersicht Fließtal

Das Fließtal liegt im zentralen Nordosten des Bundeslandes Baden-Württemberg und zieht sich entlang des Flüsschens Fließ durch die Landkreise Fließ-Murr, Ludwigsburg und Ostalb. Es wird im Westen begrenzt durch den Neckar, bzw. die Landeshauptstadt Stuttgart und im Osten durch die Ausläufer der Schwäbischen Alb. Im Folgenden interessiert nur der westliche Teil der Region, mit den Kommunen, die unmittelbar an der Fließ bzw. der Bahnlinie liegen. Das hier gewählte Untersuchungsgebiet Vorderes Fließtal umfasst also insgesamt neun Kommunen, namentlich die Städte Staufingen, Weinbach, Fünfstadt und Heimdorf sowie die Gemeinden Steinen, Fließhalden, Fließenbach, Stückach und Schülerhausen. Administrativ gehören sie zum Kreis Fließ-Murr sowie zu Region und Regierungspräsidium Stuttgart. In diesem Teil des Kreises liegt der Siedlungsschwerpunkt mit vier von sechs Großen Kreisstädten.

Die Lebensader des Fließtals ist weniger das namensgebende Flüsschen Fließ, sondern die Verkehrswege, die die Region von Heimdorf über Stuttgart-Innenstadt bis zur Messe und zum Flughafen Leinfelden-Echterdingen verbinden und sie für Wirtschaft und Bevölkerung attraktiv machen. Die S-Bahnlinie S2 wird entlang der Bundesstraße 14 (Stuttgart – Nürnberg) bzw. 29 (Stuttgart-Aalen) ab Heimdorf noch bis Aalen durch Regionalzüge (Fließbahn) verlängert. In der Großen Kreisstadt Staufingen trennen sich B 14 und B 29 sowie Murr- und Fließbahn.

Das Fließtal muss sich wie auch andere angrenzende Kreise die Bezeichnung „Stuttgarter Speckgürtel“ gefallen lassen. Die Lebensqualität ist hoch, die Grundstückspreise ebenfalls. Wer es sich leisten kann, behält nur den Arbeitsplatz im beengten Stuttgarter Talkessel und zieht ins grüne, gut angebundene Vordere Fließtal zwischen Weinbach und Schülerhausen.¹ Die verkehrsgünstige Lage nahe einer wirtschaftsstarken Landeshauptstadt, die auch kulturell einiges zu bieten hat, ist ein Hauptmerkmal der Region. Allerdings besitzt das Fließtal selbst genug kleinere und größere mittelständische Unternehmen sowie einige Weltmarktführer vor allem im Bereich Maschinenbau (u.a. Bosch, Stiehl und Kärcher), um selbstbewusst neben Stuttgart zu existieren. Die Region gehört zu den dicht besiedeltsten und wohlhabendsten der Republik. Auch nach der Finanzkrise steht sie wegen ihrer vielen Mittelständler und der breiten Gewerbe- und Industriestruktur gut da.²

¹ Der Anteil von Einfamilienhäusern liegt im Fließ-Murr-Kreis beispielsweise bei 52%. Stand 2007, Tendenz steigend; vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Statistik für Landkreise: Fließ-Murr-Kreis. Stuttgart 2007. S. 14.

² Vgl. zu aktuellen Zahlen und Fakten über den Fließ-Murr-Kreis va. [http://www.Fließ-murr-kreis.de/2347_DEU_WWW.php] vom 16.6.2010.

Das regionale Tourismusmanagement bewirbt die reizvolle Landschaft, überschaubare Ortschaften mit Fachwerkbauten und einwandfreier Infrastruktur inmitten von Weinbau und Streuobstwiesen. Die Bewohner sind zudem stolz auf ihre reiche historische Vergangenheit. Als Heimat von Staufer- und Salierkönigen bezeichnet sich die Region als „Wiege Württembergs“. Zahlreiche historische Persönlichkeiten lebten oder wirkten vor Ort, einer der bekanntesten ist der in Heimdorf geborene Gottlieb Daimler.³

Fließtäler (Bürger-) Stiftungen

Förderzwecke

	Fellbach	Waiblingen	Kernen	Weinstadt	Schorndorf	Plödenhausen	Winterbach
Kinder und Jugend	x	x	x	x	x	x	x
Senioren- und Altenpflege	x	x		x	x	x	x
Bildung und Erziehung	x	x	x		x	x	
Kunst, Kultur, Denkmalpflege	x	x		x	x	x	x
Umwelt- und Naturschutz	x	x	x	x	x		x
Heimatspflege	x		x		x	x	
Landschaftspflege	x						
Demokratisches Staatswesen	x						
Sport	x			x	x	x	x
Gesundheitspflege	x				x	x	
Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement	x	x	x	x	x	x	x
Mildtätige Zwecke	x			x	x	x	x
kirchliche Zwecke				x			x
Völkerverständigung und Integration					x	x	
Ehe und Familie					x	x	

Quelle: Eigene Zusammenstellung

³ Vgl. zu Informationen über Land und Leute besonders den lokalen Tourismusverband Fließtal-Route unter [<http://www.Fließtal-route.de/Land-amp-Leute.392.0.html>] vom 18.6.2010.

Vermögenslage in € (gerundet)⁴

	Weinbach	Staufingen	Steinen	Fünfstadt	Fließenbach	Heimdorf	Stückach	Schülerhausen
Grundstock- vermögen 31.12.2009	605.900	165.100	217.400	129.300	150.000	410.800	60.000 ⁵	166.300
Vermögen bei Gründung	125.000	50.000	150.000	75.000	60.000	60.000	60.000 ⁶	130.700
Ausschüttung gesamt 2009⁷	33.100	28.900	11.900	9.500	5.500	9.400	0	8.000

Beitrag zum Grundstockvermögen in Anteilen in € (gerundet)⁸

	Weinbach	Staufingen	Steinen	Fünfstadt	Fließenbach	Heimdorf	Stückach	Schülerhausen
Kommune	100.000	50.000	100.000	60.000	0	30.000	25.000	25.000
Bank	25.000	0	0	15.000	60.000	30.000	25.000	25.000
Dritte	0	0	40.000	0	0	0	10.000	80.700

Vermögenserwerb seit Gründung bis 2009 in Anteilen in € (gerundet)⁹

	Weinbach	Staufingen	Steinen	Fünfstadt	Fließenbach	Heimdorf	Stückach	Schülerhausen
Matching fonds Kommune	210.200	10.000	23.100	0	0	169.900	k.a.	10.000
Matching fonds Bank	0	20.000	0	0	0	71.000	k.a.	10.000
Zustiftungen Dritter	473.900	115.100	53.200	33.600	40.000	391.300	K.a.	16.600
Spenden Dritter	70.300	41.900	8.700	39.100	0	416.000	k.a.	2.300

⁴ Tabelle: eigene Zusammenstellung.⁵ Grundstockvermögen zum 31.12.2010.⁶ Gründung erst am 15.11.2010.⁷ Gesamtbetrag aus Förderung und operativen Projekten, aus Grundstockmitteln und Spenden.⁸ Tabelle: eigene Zusammenstellung.⁹ Tabelle: eigene Zusammenstellung.

Leitfragen für Expertengespräche¹⁰

Bemerkung: Wie bei themenzentrierten Leitfragen-Interviews üblich, wurde nicht bei jedem Gespräch der gesamte Katalog abgefragt. Der Gesprächsleitfaden war für die Interviewerin zwar wichtig, um die zentralen Aspekte nicht aus dem Auge zu verlieren. Andererseits muss es immer möglich sein, dem Befragten Raum für eigene Themen und Schwerpunkte zu lassen und alternativen Spuren nachzugehen.

Ergänzend zu den hier aufgeführten Leitfragen wurden Kennzahlen jeder Bürgerstiftung als Datengrundlage erhoben:

- Satzung
- Weitere bindende Papiere der Verfasstheit, z.B. Förderrichtlinien
- Finanzielle Ausstattung

TEIL 1: Infos zur interviewten Person

- Name
- Alter
- Familienstand
- Ausbildung/ Beruf
- Sonst. ehrenamtliche Tätigkeiten
- Amt in der NPO

TEIL 2: Gründungsphase

- wann/ wie bestand zum 1. Mal Kontakt mit dem Thema B'Stiftung?
- Wie kam es zum Gedanken, dass es eine Option für die eigene Stadt ist?
- Warum wurde sie genau zu diesem Zeitpunkt gegründet? Gab es ein einschneidendes Ereignis?
- Wo/ wie haben Sie sich informiert?
- Gab es beratende Personen/ Institutionen?
- Wird die Beratung derzeit weitergeführt, gibt es einen Fachmann/ eine permanente Betreuung?
- Gab es Beispiele, an denen Sie sich orientiert haben?
- Wer war an Gründung beteiligt?
- Sind die „Gründerväter“ heute Teil der Gremien oder arbeiten anderweitig mit?
- Wer musste motiviert werden?
- Wer konnte nicht überzeugt werden?
- Welche Personen oder Gremien waren/ sind maßgebliche Gestalter?
- Warum sind Sie bei der B'Stiftung tätig? Warum in dieser Position?

¹⁰ Quelle: eigene Zusammenstellung.

TEIL 3: Wirkung und Profilierung

- Wen wollen Sie besonders erreichen und zu welchem Zweck (Zeit- oder Geldspende, Gremienmitarbeit, Projektarbeit...)? Wie tun Sie das? Gelingt es Ihnen?
- Wo liegen Probleme im Erreichen der Zielgruppe?
- Haben Sie andere als die Zielgruppe erreicht? Wodurch?
- Wie ist die allgemeine Resonanz auf die Gründung der B'Stiftung in der Bevölkerung?
- Mit welchen Projekten konnte sich die B'Stiftung besonders in der Öffentlichkeit profilieren?
- Was kam nicht so gut an?
- gibt es (positive/ negative) Reaktionen auf die Gründung und Arbeit der B'Stiftung? Welche?
- Hat sich die Stimmung hinsichtlich der Themen „Beteiligung, Engagement, Bürgerschaftlichkeit, emotionale Verbindung mit der Stadt“ o.ä. seither geändert?
- Was tun Sie zur Verbreitung der Idee?
- Werden Sie dabei unterstützt? Von wem?

TEIL 4: formale Netzwerke

- Haben Sie Kooperationspartner? Welche und welcher Art?
- Mit welchen nicht und warum?
- Mit wem würden Sie gern mal ein Projekt durchführen?
- Sind Sie in Netzwerke eingebunden? In welche?
- Welche Leistungen bieten diese an und von welchen profitieren Sie besonders?
- Welche Leistungen würden Sie benötigen, finden aber keinen Anbieter?
- Welche Leistungen erbringen Sie für dieses Netzwerk?
- Würden Sie bitte in einer groben Skizze Ihre Organisation innerhalb Ihres Netzwerkes mit den 5 -10 wichtigsten Bezugs-/ Interaktionspartnern aufzeichnen?

TEIL 5: Kooperation, Partizipation

- an welchen Stellen gibt es formale Berührungspunkte mit der Stadt? Sind diese erwünscht?
- Wo/ wie profiliert sich die Bürgerstiftung als Partner der Stadt?
- Wo/ wie grenzt sie sich von ihr ab?
- Welche Projekte wurden gemeinsam durchgeführt? Wie gut oder schlecht sind diese gelungen? Warum? Welches Fazit ziehen Sie aus dieser Kooperation?
- Welche informellen, netzwerkartigen „connections“ pflegen Sie zu Mitgliedern der Verwaltung oder Politik?
- Ziehen Sie daraus unmittelbaren (finanziell messbaren) Nutzen?
- Soll eine Bürgerstiftung die Stadt in ihren Aufgaben unterstützen? In welchem Politikfeld (Soziales, Kultur, Bildung...)? In welchem Bereich nicht?
- Kann oder will ihre Bürgerstiftung ein gleichberechtigter Partner der Lokalpolitik sein?
- Welche Bedingung müsste dafür erfüllt sein – oder ist sie es schon? Warum?
- Wie ist das Verhältnis der Bürgerstiftung im Vergleich zu anderen NPOs vor Ort?

- Wie ist die Beziehung der Bürgerstiftung zur Stadt im Vergleich mit anderen NPOs vor Ort?

TEIL 6: Bewertung

- Ist die Arbeit so, wie Sie es sich vorgestellt haben?
- Was ist anders als erwartet? Warum?
- Würden Sie wieder eine B´Stiftung gründen?
- Was würden Sie anders machen?
- Was würden Sie anderen Kommunen/ Personen raten, die eine B´Stiftung gründen wollen?
- Hat sich die Stadt/ das Zusammenleben verändert? Inwiefern?
- Zeichnet sich das Fließtal als besonderer Stiftungsstandort aus? Wodurch oder warum nicht?
- Hat sich Ihre Sicht auf die Machbarkeit/ Umsetzbarkeit von Projekten im städtischen Rahmen verändert? Inwiefern? Wodurch genau?
- Gibt es inoffizielle Do´s und Dont´s innerhalb der NPO, die über die reine Satzung hinaus die Arbeit gestalten, Trends, Moden, ein inoffizielles Motto?

TEIL 7: für Berater/ Volksbanken

- seit wann besteht Engagement der VoBa in Sachen Bürgerstiftungen?
- Wann wurde die erste initiiert?
- Wie viele bereits initiiert?
- Sind andere Regionen ähnlich erfolgreich? Gibt es Vergleiche/ Statistiken?
- Übergeordnetes Ziel? Marketingaspekte?
- Richtlinien? Kodex? Handreichung für Mitarbeiter?
- Welche Ausbildung/ Schulung selbst erhalten?
- Zusammenarbeit mit „Aktive Bürgerschaft“?
- Mitgliedschaft in sonstigen Netzwerken/ sachbezogenen Verbänden?
- Weitere (tatsächliche oder angestrebte) Kooperationspartner
- Wo, bei wem ist der Geschäftsbereich in der Bank angesiedelt?
- Eigene Mitgliedschaft in Gremien? Welches? Warum? Auf wessen Wunsch?
- Langfristige Berateraufträge oder Geschäftsführerschaft?
- Sonstiges privates ehrenamtliches Engagement?
- Wie funktioniert Wissensvermittlung an B´Stiftungen?
- Wo liegen Defizite? Wie können die aufgebrochen werden?
- Wie findet erster Kontakt statt? Treten Kommunen/ Individuen an VoBa heran oder andersrum?
- Schon mal welche abgelehnt?
- Welche Beratungsleistungen für Stiftungen/ Stifter sonst noch im Portfolio (Erbschafts-/ Anlageberatung, Betreuung von unselbständigen/ Treuhandstiftungen etc.)?

Interviewpartner

Herr I. Alben

Geschäftsführer a.D. des Kaufhaus Alben in Heimdorf, Stiftungsrat der Bürgerstiftung Heimdorf; Gespräch im Büro von Herrn Alben, Dauer ca. 60 min.

Die Familie Alben gehört zum Kreis der alteingesessenen Heimdorfer Familien. Das Kaufhaus Alben befindet sich zentral in der Fußgängerzone der Kernstadt und wird mittlerweile in der dritten Generation von Herrn Albens Töchtern geführt.

Den beobachtenden Blick für Heimdorf hat Alben zu seinem Credo gemacht: Er ist überzeugt, dass es den Geschäften nur gut geht, wenn es den Bürgern und der Stadt auch gut geht. Und er ist überzeugt, dass nur Nächstenliebe und Nachbarschaftshilfe als oberste christliche Gebote das gemeinsame Zusammenleben in einer Stadt ermöglichen. Daher ist es für ihn eine Selbstverständlichkeit, sich aktiv für die Kommune einzusetzen, sei es im Gemeinderat, im Kirchengemeinderat oder in der Bürgerstiftung.

Herr G. Falz

Inhaber eines Ingenieurbüros und als Vertreter der Volksbank entsandtes Mitglied des elfköpfigen Stiftungsrates der Bürgerstiftung Schülerhausen; Gespräch in den Räumen der Eich-Stiftung, Dauer ca. 60 min.

Herr Falz ist aktiv im Stiftungsrat der Bürgerstiftung Schülerhausen, sieht deren Existenz und Aktivitäten aber durchaus kritisch. Er bemängelt, dass sie ein Profilierungsobjekt des Bürgermeisters sei, dass der für sein Ego brauche und dass bei der Mehrheit der Gremienmitglieder, inklusive ihm selbst, keine wahre Identifikation mit der Stiftung aufkomme. Besonders missfällt ihm, dass es nicht gelingt, ein Projekt zu finden, dass ein Paukenschlag, sowohl für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, als auch für die klare Profilierung und eine größere interne Verbindung der einzelnen Mitarbeiter sein könnte. Diese Mängel sieht er nicht nur in Schülerhausen, sondern auch in der Nachbarstadt Heimdorf.

Herr H. Gässler

Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Fünfstadt; Gespräch in der Kanzlei Gässler und Co. in Heimdorf, Dauer, ca. 35 min.

Herr Gässler stammt ursprünglich aus Stuttgart, arbeitet als Anwalt in Heimdorf, wohnt allerdings in Fünfstadt. Dort ist er sehr aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligt: er ist Mitglied in mehreren Vereinen, u.a. dem Sportverein, meist auch in deren Gremien, Mitbegründer der örtlichen Tafel und vertritt die Stadt in rechtlichen Dingen.

Diese Stellung macht ihn hervorragend geeignet, das Amt des Stiftungsvorstands zu führen, das ihn offensichtlich stark ausfüllt – sowohl inhaltlich, als auch zeitlich. Gerne widmet er Arbeitskräfte seiner Kanzlei und seine eigene Freizeit der Bürgerstiftung, besucht Informationsveranstaltungen und arbeitet an der Optimierung von Satzung, Öffentlichkeitsarbeit, Förderprofil und vielem anderen mehr.

Frau N. Gohle

Prokuristin bei der Eich GmbH und Co. KG und Buchhalterin der Eich-Stiftung; Gespräch im Besprechungsraum der Eich-Stiftung, Dauer ca. 60 min. Die Aufnahme bricht unbemerkt nach ca. einer min. wegen mangelnder Speicherkapazität des Aufnahmegerätes ab. Gedächtnisprotokoll anbei.

Frau Gohle arbeitet seit ihrer Lehrzeit als junges Mädchen für die Familie Eich in der Buchhaltung der verschiedenen Betriebe. Sie unterhält einen großen Freundes- und Familienkreis und hat bereits wie selbstverständlich die Pflege bedürftiger Familienmitglieder übernommen. Als ihre Kinder noch klein waren, war die ganze Familie aktiv bei der DLRG.

Frau Gohle betrachtet das Treiben um den Dritten Sektor im Allgemeinen und die Bürgerstiftung Heimdorf im Besonderen skeptisch. Sie glaubt, dass aus Geltungsdrang oder wegen einer Modeströmung immer mehr Menschen Stiftungen gründen, ohne sich über deren langfristige Existenz Gedanken zu machen. Sie selbst hält es für ein Gebot der Selbstverständlichkeit, sich für ihre Mitmenschen und ihre Stadt zu engagieren, lehnt aber eine Mitarbeit in der Bürgerstiftung kategorisch ab.

Frau D. Jepp

Fachwirtin Sozial- und Gesundheitswesen einer der größten Apotheken Heimdorfs; Gespräch im Besprechungsraum der Eich-Stiftung, Dauer ca. 60 min., Gespräch bricht unbemerkt nach ca. einer min. wegen mangelnder Speicherkapazität des Aufnahmegeräts ab. Gedächtnisprotokoll anbei.

Frau Jepp ist gebürtige Heimdorferin und arbeitet seit Jahren in der renommierten Dr. Eich'schen-Apotheke am Marktplatz, deren letzte Betreiber auch die Eich-Stiftung gründeten. Frau Jepp ist ehrenamtlich aktiv im Beirat des Bund der Selbständigen (BDS) Ortsverband Heimdorf und hat für diesen u.a. den jährlichen Stadtlauf, einen Sponsorenlauf mit im Jahr 2010 ca. 800 Teilnehmern, auf die Beine gestellt.

Sie fühlt sich auch als Vertreterin der Eich'schen Apotheke am Marktplatz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus, der Familie Eich und der Eich-Stiftung verbunden und verantwortlich. Daher steht Frau Jepp der Bürgerstiftung Heimdorf eher distanziert gegenüber. Sie hält es für fragwürdig, dass zur Zeit alle ins gleiche Horn stoßen und hat sich gemeinsam mit dem Geschäftsführer der Eich'schen Apotheke aus Marketinggründen bewusst gegen eine Kooperation mit oder Fundraising-Aktion für die Bürgerstiftung Heimdorf entschieden.

Herr E. Keim

Rektor einer Grund- und Hauptschule mit Ganztagesbetrieb in Heimdorf; Gespräch im Rektorat der Hauptschule, Dauer ca. 40 min. Dann bricht die Aufnahme bei ca. $\frac{3}{4}$ des Gesprächs wegen mangelnder Speicherkapazität des Aufnahmegeräts abrupt ab.

Die Schule war bereits mehrfach Förderungsempfänger der Bürgerstiftung Heimdorf. Eines der ersten Projekte der Bürgerstiftung Heimdorf fand an der Keplerschule statt. Herr Keim ist in der Stadt und im Landkreis in Bildungsgremien gut vernetzt.

An der Bürgerstiftung Heimdorf schätzt er ihre vielseitige Vergabemöglichkeit, die auch die Förderung solcher Projekte ermöglicht, die bei zahlreichen Organisationen mit sehr engen Förderrichtlinien durchfallen würden und das unkomplizierte Antragsverfahren. Er kritisiert die mangelnde Transparenz in der Vergabe und dass die geförderten Projekte nicht ausreichend in der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Frau O. Leibhardt

Amtsleiterin des Amtes für Stadtmarketing der Stadt Heimdorf, nebenberuflich Geschäftsführerin der Bürgerstiftung Heimdorf; Gespräch im Büro der Amtsleiterin im Rathaus, Dauer ca. 38 min.

Frau Leibhardt ist neben dem Bürgermeister durch ihr Amt als Leiterin des Stadtmarketing, aber auch durch ihr verbindliches Wesen, neben dem Bürgermeister eine der öffentlichsten Personen der Stadt Heimdorf. Sie bildet das verbindende Element zwischen Öffentlichkeit und Stadtverwaltung, ist Ansprechpartner für zahlreiche Institutionen, Organisationen und Veranstalter. Sie selbst ist verheiratet, kinderlos, in ihrer Freizeit nicht ehrenamtlich tätig aber Mitglied in der SPD.

Die Stadt Heimdorf unterstützt die Bürgerstiftung Heimdorf in der Anfangszeit nicht nur durch einen *matching funds*, sondern auch indem sie für die Kosten der Geschäftsführung aufkommt. Die Position der Amtsleiterin des Stadtmarketing ist dafür hervorragend geeignet, die Identifikation von Frau Leibhardt mit der Kommune ist zudem über ihren reinen Beruf hinaus groß. Sie ist überzeugt, dass die Bürgerstiftung Heimdorf damit den richtigen Weg gewählt hat, auch wenn das Qualitätssiegel des Bundesverbandes deutscher Stifter damit verwehrt bleibt.

Frau D. Quedel

Steuerfachangestellte in einer Kanzlei und ehrenamtliche stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bürgerstiftung Heimdorf; Gespräch im Besprechungsraum der Eich-Stiftung, Dauer ca. 68 min.

Frau Quedel ist Mutter zweier erwachsener Kinder und arbeitet halbtags in einer Kanzlei. Sie ist bereits Mitglied in mehreren Heimdorfer Vereinen sowie Geschäftsführerin in einem davon. Sie mutmaßt, dass sie wegen ihrer politischen Neutralität vom Oberbürgermeister gefragt wurde, ob sie das Amt der Schriftführerin im Vorstand der neu zu gründenden Bürgerstiftung Heimdorf übernehmen wolle. Sie hält Verknüpfung und Bündelung von Aktivitäten für das städtische Gemeinwohl für wichtig und sagte daher zu.

Sie hält die Heimdorfer Bürgerstiftung für ein durch und durch gelungenes Instrument, dessen Potenzial noch lang nicht ausgeschöpft ist. Dass vor allem ältere Menschen sich diesem neuen Modell gegenüber skeptisch zeigen, ist für sie nur menschlich. Die Gerechtigkeit der Mittelvergabe, das Finden geeigneter Empfänger, das Anlegen der richtigen Kriterien an die Förderanträge sind für sie maßgebliche Herausforderungen in ihrer Arbeit.

Herr X. Quedtmaier und Herr N. Räscher

Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Steinen und Mitglied im Bürgernetz Steinen;
Gespräch in der gemeinsamen Geschäftsstelle von Bürgerstiftung und Bürgernetz in
Steinen, Dauer ca. 1,5 h.

Herr Dr. Quedtmaier, pensionierter Apotheker, ist geschäftsführender Vorstand der von ihm in langjähriger Überzeugungsarbeit mit gegründeten Bürgerstiftung Steinen. Er arbeitet darüber hinaus im Bürgernetz Steinen mit, in dem sich auch Herr Räscher als einer der Sprecher engagiert. Dieser betreut mehrere Projekte im Bürgernetz, einem lockeren Zusammenschluss ehrenamtlich arbeitender Menschen, die sich für die Belange ihrer Gemeinde einsetzen. Herr Räscher ist Senior-Geschäftsführer eines regional bekannten Bürobedarfs-Groß- und Einzelhändlers.

Beide Institutionen teilen sich ein Büro und betonen die enge Zusammenarbeit und Absprache, um Reibungsverluste und Konkurrenz zu vermeiden – dennoch klingt im Gespräch immer wieder das Bedürfnis, sich mit dem ein oder anderen Projekt zu profilieren, sowie die Tatsache, dass noch nicht alle Bereiche klar abgegrenzt sind, an. Wert legen beide aber auf die institutionelle Unabhängigkeit von der Stadt. Beide behandeln auch wiederholt das Problem, wie mehr, engagierte und langfristige Mitarbeiter zu gewinnen seien.

Frau R. Quittel

Stiftungsratsvorsitzende der Bürgerschaftsstiftung Staufingen; Gespräch im Cafe in der Staufinger Innenstadt, Dauer ca. 1,5 h

Frau Quittel war 15 Jahre lang SPD-Gemeinderätin und genießt erst seit kurzem ihren Unruhestand. Die ehemalige Steuerangestellte ist Vorsitzende des Stiftungsrates der Bürgerschaftsstiftung Staufingen. Sie ist Vorsitzende des Arbeitskreises Staufingen Aktiv und damit das Bindeglied zwischen Stadtverwaltung und bürgerschaftlichem Engagement. Außerdem sitzt sie für das Bündnis Frauen im Zentrum im Vorstand des Familienzentrums und leitet seit 30 Jahren die Wandergruppe der Bürgeraktion Korber Höhe.

Frau Quittel hat die Gründung der Bürgerschaftsstiftung seit dem ersten Impuls ihrer Fraktion im Gemeinderat begleitet. Auch nach der Stiftungsgründung hat sie den Prozess weiter verfolgt und blieb stets kritisch und durchsetzungsfähig. In ihrer Amtszeit als Stiftungsrätin möchte sie für ein transparenteres Zusammenspiel der Gremien Vorstand und Rat sorgen und versuchen, die Stiftung mehr in der Bevölkerung zu verorten.

Herr N. Reeb

Erster Bürgermeister der Stadt Stauffingen, Gründungs- und Vorstandsmitglied der dortigen Bürgerschaftsstiftung; Gespräch im Büro des Ersten Bürgermeisters im Rathaus Stauffingen, Dauer ca. 30 min.

Herr Reeb war von Anfang an einer der maßgeblichen Initiatoren für die Gründung einer Bürgerstiftung in Stauffingen. Er geht an das Thema ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in der Kommune insgesamt sehr strategisch heran. Das Thema gehört eindeutig nicht nur zu seinem persönlichen sondern auch zu seinem politischen Profil. Dieses pflegt er nicht zuletzt wegen eines politischen Misserfolges in jüngster Zeit, der ihn einige Sympathien in der Stadt gekostet haben.

Durch zahlreiche eigene Ehrenämter auf kommunaler, regionaler und auf Bundesebene weiß er, was ehrenamtliche Arbeit bedeutet und wie die beteiligten Menschen zu behandeln sind, Dankeschönkultur, gezieltes Zielgruppen- und Stakeholdermanagement, und die enge institutionelle und personelle Verflechtung der Organisationen in der Stadt, die sich dem Thema Ehrenamt widmen, sowie die Bemühung um größtmögliche Transparenz bei der Mittelvergabe etc. zeichnen Stauffingen aus. Dennoch muss Reeb einräumen, dass über den engeren Kreis der „üblichen Verdächtigen“ hinaus die Bürgerschaftsstiftung noch nicht ausreichend in der Stadt bekannt ist und Schwierigkeiten hat, weitere Mitarbeiter und Unterstützer zu rekrutieren.

Herr L. Rieber

Leiter der Stadtkasse der Stadt Weinbach, Geschäftsführer der Bürgerstiftung Weinbach; Gespräch im Büro des Stadtkämmerers im Rathaus Weinbach, Dauer ca. 1,5 h.

Herr Rieber übt das Amt des Geschäftsführers für die Bürgerstiftung Weinbach nebenamtlich aus. Er wurde, so mutmaßt er, als Kämmerer und Fachmann für wirtschaftliche Fragen vom Oberbürgermeister der Stadt bewusst angesprochen, obwohl er im Bereich Stiftungswesen keine Erfahrung hatte.

Herr Rieber sagt, dass ihn der neue Arbeitsbereich in seiner Vielfältigkeit fachlich, aber auch persönlich, sehr bereichert habe. Obwohl er sich sehr mit seiner Arbeit identifiziert, sieht er viele Aspekte kritisch und macht sich durchaus Gedanken über Alternativen. Unter anderem kritisiert er die enge Verbindung der Bürgerstiftung zur Stadtverwaltung Weinbach. Dadurch wollten und könnten sich viele Bürger nicht im gewünschten Maße mit der Bürgerstiftung identifizieren. Er sieht dringenden Handlungsbedarf in der personellen Entkopplung der Ämter, obwohl er einräumt, dass ohne den Oberbürgermeister als Vorstandsvorsitzenden

das maßgebliche „Zugpferd“ fehlen würde. Ein weiteres Problem stellt für ihn die Profilierung der Stiftung dar. Die Suche nach einem eigenen Projekt war bisher erfolglos, die Stiftung ist bisher eine reine Förderstiftung, was eigentlich nicht ihrem Selbstbild entspricht.

Herr B. Teilich

Bürgermeister der Gemeinde Fließenbach; Gespräch im Büro von Herrn Teilich im Rathaus Fließenbach, Dauer ca. 45 min.

Herr Teilich ist der in Stadt und Landkreis wegen seiner mitunter polternden Art nicht unumstrittene Bürgermeister in einer kleinen, wohlhabenden Kommune im Fließtal. Diese verfügt selbst nicht über eine Bürgerstiftung, es existiert allerdings eine eigene sog. Fließenbacher Bank-Stiftung. Diese ist aus Mitteln und als Initiative der eigenständigen Volksbank Fließenbach vor wenigen Jahren gegründet worden und schüttet pro Jahr einen vierstelligen Betrag an kommunale Vereine und Organisationen aus. Der Bürgermeister sitzt ebenfalls mit im Vorstand dieser Stiftung und schätzt die unbürokratische Mittelvergabe zugunsten von Organisationen in der Kommune.

Herr N. Vinze

Vorstand der Volksbank Fließ eG, Vorstandsmitglied u.a. der Bürgerstiftung Heimdorf; Gespräch im Büro des Bankvorstands in der Zentrale in Staufen, Dauer ca. 39 min.

Herr Vinze ist Mitglied des dreiköpfigen Vorstands der Volksbank Fließ eG, die zum Finanzverbund der Volks- und Raiffeisenbanken gehört. Entsprechend der Firmenpolitik behält sich die Bank vor, Personen in die Gremien der Bürgerstiftungen zu entsenden, bei denen sie Gründungsmitglied ist. Herr Vinze teilt sich diese Ämter in den insgesamt acht von der Volksbank Fließ eG mit gegründeten Stiftungen mit seinen Vorstandskollegen, einem Generalbevollmächtigten sowie in Einzelfällen mit Vertretern des Aufsichtsrats der Bank.

Er macht keinen Hehl daraus, dass die Gründung und Mitgestaltung von Bürgerstiftungen für die Bank ein Marketinginstrument ist, das ihr Profil im Sinne von Bürgernähe, Verwurzelung vor Ort und Regionalentwicklung gegenüber konkurrierenden Kreditinstituten stärken soll. Er findet diese Firmenpolitik der Genossenschaftsbank aber nur konsequent.

Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter <http://www.opuscula.maecenata.eu>

2009	Nr.33	Die Einnahmequellen des 3. Sektors in Ungarn <i>Kata Imre, Mariusz Rybak und Szabina Nemes</i>
	Nr. 34	Das Konzept „Social Franchising“ Die systematische Verbreitung von gemeinnützigen Projekten <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 35	Nachhaltige Kapitalanlagen für Stiftungen. Chancen und Herausforderungen für Stiftungen im 21. Jahrhundert. <i>Melinda Köszegi</i>
	Nr. 36	Stiftungen und bürgerschaftliches Engagement. Problemaufriss für den Engagement-Bericht des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. <i>Rupert Graf Strachwitz, Thomas Ebermann, Henrik Neuke</i>
	Nr. 37	Zivilgesellschaftspolitik in Japan. Die Entwicklung der organisierten Zivilgesellschaft. <i>Daniel Backhouse, Robert Hoffmann und Christian Schreier</i>
	Nr. 38	Maecenas Erben. Vom Mäzenatentum zum Sponsoring? Gründungsideen und heutige Organisationsformen deutschsprachiger Kultureinrichtungen in Italien. <i>Corinna Pregla</i>
	Nr. 39	Der zivilgesellschaftliche Mehrwert Beiträge unterschiedlicher Organisationen <i>Amanda Groschke, Wolfgang Gründinger, Dennis Holewa, Christian Schreier und Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 40	Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung <i>Elke Becker</i>
2010	Nr. 41	Bürgergesellschaftskonzepte Programmatische und demokratietheoretische Betrachtung von Reformleitbildern der SPD und CDU <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 42	50 Jahre DESY Zur Rechtsformproblematik einer vom Staat gegründeten Stiftung <i>Wiebke Eggers</i>
	Nr. 43	Engagierte Menschen Vier Fallstudien <i>Priska Daphi, Angela Berger, Sandra Rasch und Anna Steinfurt</i>
	Nr. 44	Transparenz, Akzeptanz und Legitimität Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive <i>Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz</i> <i>Mitarbeit: Christoph Kahlert</i>
	Nr. 45	Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken <i>Alexander Freiherr v. Strachwitz</i>
	Nr. 46	Transparenz in der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
2011	Nr. 47	Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus <i>Andreas Werner</i>
	Nr. 48	Der neue Bundesfreiwilligendienst Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 49	Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge <i>Carolin Häberlein, Johannes Nössler und Stefanie Vorberger</i>
	Nr. 50	Empirische Studien zur Zivilgesellschaft Stiftungen, Bibliotheken, Internet <i>Rainer Sprengel</i>
	Nr. 51	Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Bürgerinitiativen <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 52	Quo vadis Deutschlandstipendium Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>

URN: urn:nbn:de:0243-012012op532

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840